

# Umwelt und Bürgerdienst

## Umweltschutz

Der Schutz der Umwelt wird immer mehr zu einem Anliegen der gesamten Bevölkerung. Die Erhaltung einer reinen Luft, der Schutz vor Lärmeinwirkung, die Erhaltung und Pflege der Grünräume und die gefahrlose Entsorgung der Abfälle sind wesentliche Faktoren für das Wohlbefinden und die Gesundheit des einzelnen. Um diese Grundlagen einer menschengerechten Umwelt zu sichern, bedarf es gesetzlicher Regelungen, ständiger Kontrollen und auch des Schritthaltes mit der technischen Entwicklung und der wissenschaftlichen Forschung. Die Abteilung ist aus diesem Grund mit der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen befaßt, stellt das Fachpersonal für Begutachtungen, führt die Amtssachverständigentätigkeit durch und erstellt gemeinsam mit Universitäten und Ziviltechnikern Beurteilungsgrundlagen.

Auf legislativem Gebiet wurde im Jahr 1987 die Verordnung der Wiener Landesregierung vom 19. Mai 1987 betreffend die Erklärung von Teilen des 23. Wiener Gemeindebezirkes zum Landschaftsschutzgebiet (Landschaftsschutzgebiet Mauer—Kalksburg), LGBL. für Wien Nr. 27/1987, ausgearbeitet, die am 25. Juni 1987 in Kraft getreten ist. Ferner wurde eine Novelle zum Wiener Baumschutzgesetz ausgearbeitet und zur Begutachtung ausgesandt. Insgesamt vier Naturgebilde wurden zu Naturdenkmälern erklärt, für sechs Naturdenkmäler wurde die Unterschutzstellung widerrufen, davon bei zwei Naturdenkmälern nur zum Teil. Sanierungsmaßnahmen wurden für 10 Naturdenkmäler aufgetragen und in der Folge auch ausgeführt, für insgesamt 29 Vorhaben in Landschaftsschutzgebieten und zwei Eingriffen in Naturdenkmäler unter Vorschreibung verschiedener Bedingungen und Auflagen bzw. nach Anpassung der Projekte an die Erfordernisse des Natur- und Landschaftsschutzes naturschutzbehördliche Genehmigungen erteilt.

Für die Tätigkeit eines Sonderabfallsammlers bzw. -beseitigers wurden 11 bescheidmäßige Genehmigungen erteilt. Rund 500 weitere Meldungen von Sonderabfallerzeugern langten aufgrund des § 3 der Sonderabfallnachweisverordnung ein und wurden EDV-mäßig erfaßt. Der Großteil der Meldungen ist erst nach telefonischer oder schriftlicher Aufforderung durch die Abteilung erfolgt. Nach dem Sonderabfallgesetz mußten einige Strafanträge gestellt werden. Weiters wurden rund 40.000 Begleitscheine EDV-mäßig erfaßt. Die Arbeit an dem österreichweiten Datenverbund für Sonderabfall wurde fortgesetzt. Aus den gewonnenen Erfahrungen wurde ein Vorschlag für ein neues, verbessertes Begleitscheinsystem für Sonderabfall und Altöl erarbeitet und gemeinsam mit den Bundesländern, den Bundesministerien für Umwelt, Jugend und Familie sowie für wirtschaftliche Angelegenheiten und einigen betroffenen Firmen diskutiert. Aufgrund des § 7 Abs. 2 des Altölgesetzes gaben rund 100 Firmen ihre Meldungen ab, die EDV-mäßig abgespeichert wurden. Eine Genehmigung als Altölsammler wurde zwei Firmen erteilt. Anlässlich gewerbebehördlicher Überprüfungen von Betriebsanlagen hat die Abteilung der MA 36 die abgespeicherten Daten, die den Sonderabfall und das Altöl betreffen, übermittelt.

Auf dem Gebiet des Schallschutzes waren die Amtssachverständigen als Gutachter in behördlichen Verfahren tätig und führten Schallpegelmessungen bei Projekten zur Errichtung von Baulichkeiten und im Rahmen von Maßnahmen zur Verkehrsorganisation durch. Bei Projekten der Stadtstrukturplanung, der Verkehrsplanung, bei der Überarbeitung von Widmungsplänen, bei Straßenvorhaben sowie bei der Planung und Beurteilung von Schallschutzprojekten wurden Amtssachverständige der Abteilung als Gutachter beigezogen. Folgende Meßprojekte und Untersuchungen wurden über Auftrag der Abteilung im Jahre 1987 bearbeitet:

In einer Untersuchung über die Auswirkungen von Verkehrsorganisationsmaßnahmen auf die Umwelt im Bereich Inzersdorf (23. Bezirk) wurden Maßnahmen aufgezeigt, die eine realistische Verbesserung der Umwelt in diesem Gebiet ermöglichen. Um für die Umweltsituation sowohl in der Draschestraße als auch in der Kolbegasse weitere Verbesserungen zu erzielen, die sich für die Anrainer auf die Wohnqualität zufriedenstellend auswirken, ist eine zum Teil großräumige Verkehrsverlagerung anzustreben. Ein weiteres Gebiet, in dem die Auswirkungen von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung auf die Umwelt untersucht wurden, waren Teile des 17., 18. und 19. Bezirkes. Durch den hohen Durchgangsverkehr in Bereichen der Lacknergasse, Rosensteingasse, Gregor-Mendel-Straße, Hasenauerstraße und Philippovichgasse bzw. Schegargasse ergeben sich starke Umweltbelastungen für die Anrainer. Nur im Zusammenhang mit lokalen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung können punktuell Verbesserungen der gesamten Umweltsituation erreicht werden, wobei darauf zu achten ist, daß keine negativen Auswirkungen auf angrenzende Bereiche entstehen. Ferner wurden im Sanierungsgebiet Währing auf der Basis von Messungen Lärmkarten angefertigt, wobei festgestellt werden konnte, daß die Lärmbelastung in diesem Gebiet seit 1981 nicht zugenommen hat. In den Bereichen, in denen Fußgängerzonen eingerichtet wurden, kam es, wie zu erwarten, zu den größten Lärminderungen. In Straßen, die nun als Einbahn geführt werden, konnte keine Schallpegelreduktion festgestellt werden. In den Bereichen, in denen der Fahrbahnbelag geändert wurde, konnte jedoch eine deutliche Schallpegelminderung erzielt werden. Im Bereich Erdbergstraße—Franzosengraben war aufgrund eines Vorprojektes geplant, neben einer Park-and-Ride-Garage Geschäfte, Büros und Wohnungen zu errichten. Im Rahmen einer

Umweltuntersuchung wurde dieser Nutzungsvorschlag im Hinblick auf die Umweltbelastungen der Wohnungen beurteilt. Im Ergebnis wurde festgestellt, daß die vorhandene bzw. die künftige Schadstoffbelastung dem geplanten Vorhaben nicht entgegensteht. Hingegen sollen aufgrund der zu erwartenden Lärmbelastung Wohnungen, die zu den Straßen hin orientiert sind, nicht vorgesehen werden. Auch die entsprechend abgeschirmten Innenhofbereiche der Liegenschaft sind hohen Geräuschpegeln ausgesetzt. Zusammenfassend wurde festgestellt, daß die vorgeschlagene Wohnnutzung im Untersuchungsgebiet wegen der zu erwartenden Lärmbelastung den Anforderungen an eine umweltbewußte Standortplanung nicht vollständig entspricht.

Auf dem Gebiet der Luftreinhaltung stand im Jahr 1987 der Ausbau des Wiener Luftmeßnetzes im Vordergrund. Seit 1986 wird das Luftmeßnetz so erweitert, daß alle Meßstellen mit Meßgeräten für Schwefeldioxid, Staub und Stickoxid ausgerüstet werden, an fünf Meßstellen wird zusätzlich Kohlenmonoxid, an drei Stellen Ozon gemessen werden. Durch diese Erweiterung war es notwendig geworden, die alten Meßcontainer zu entfernen und durch neue, größere Container zu ersetzen. Im Zuge dieser Umstellung wurde auch die Meßstelle der Zentralanstalt auf der Hohen Warte und am Stephansdom von der Abteilung mit Datenerfassungsgeräten und Meßgeräten ausgestattet und in das Meßnetz der Stadt Wien eingebunden. An den einzelnen Luftmeßstellen werden aus den kontinuierlich anfallenden Meßwerten der Meßgeräte Minutenmittelwerte gebildet und in die Meßzentrale der Abteilung übertragen. Nach der Kontrolle dieser „Urdaten“ werden daraus, entsprechend einem in Österreich einheitlichen Vorschlag zur Auswertung der Schwefeldioxid- und Staubimmissionsmeßwerte, Halbstundenmittelwerte (HMW) berechnet und die ursprünglich gespeicherten Rohdaten gelöscht. Durch diese Vorgangsweise ist gewährleistet, daß einerseits von den Meßstellen in die Meßzentrale so viele Meßwerte übertragen werden, daß daraus ein quasi analoger Meßverlauf rekonstruiert werden kann, aus dem ein erfahrener Betreuer von Meßgeräten Fehler in den Meßgeräten erkennt. Andererseits wird durch die rasche Reduktion der Meßdaten auf Halbstundenmittelwerte nicht unnötig Speicherplatz im Zentralrechner belegt. Diese Halbstundenmittelwerte bilden die Basis für die Beurteilung der Luftsituation, werden für jede Meßstelle monatsweise ausgedruckt, zu Tagesmittelwerten zusammengefaßt und als Tagesgang für jeden Monat anschaulich grafisch dargestellt. Die Ergebnisse der Luftqualitätsüberwachung werden in Wien schon seit mehreren Jahren täglich um die Mittagszeit im Wiener Stadtradio der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Darüber hinaus hat man auf Anregung von Herrn Bürgermeister Dr. Helmut Zilk sowie mit Unterstützung der Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien an verschiedenen Stellen im Wiener Stadtgebiet Tafeln errichtet, die die Luftqualität anzeigen. Die erste von etwa fünf geplanten Tafeln ist seit Herbst des Jahres 1987 am Stephansplatz in Betrieb. Sie zeigt die Schadstoffkonzentrationen von Schwefeldioxid, Staub, Stickstoffdioxid und Kohlenmonoxid an und erlaubt anhand einer grafischen Darstellung die Beurteilung der gemessenen Luftschadstoffe. Weiters erfolgt eine monatliche Zusammenfassung der Meßergebnisse in der Zeitschrift „Unser Wien“ in Form einer anschaulichen Grafik. Darüber hinaus können in der Stadtinformation im Wiener Rathaus die aktuellen Meßwerte von der interessierten Bevölkerung auf einem eigenen Monitor abgefragt und bei Bedarf auch ausgedruckt werden.

Im folgenden werden die wichtigsten Forschungsprojekte auf dem Gebiet des Immissionsschutzes angeführt:

Eine Untersuchung über die Abgasbelastung von Verkehrsteilnehmern wurde im Auftrag der Abteilung von Univ.-Prof. Dr. Knoflacher im Jahr 1987 begonnen, deren Ergebnisse aufzeigen sollen, welchen Schadstoffbelastungen verschiedene Verkehrsteilnehmer, wie Autofahrer, Fußgänger oder Radfahrer, im Vergleich zu Benützern öffentlicher Verkehrsmittel ausgesetzt sind. Eine weitere Forschungsarbeit mit dem Ziel, flüchtige organische Substanzen in der Wiener Luft nachzuweisen und zu identifizieren, wurde vom Institut für Analytische Chemie der Technischen Universität Wien durchgeführt. Dabei sollten gleichzeitig Meßmethoden miteinander verglichen und das beste Verfahren vorgeschlagen werden. Da in der letzten Zeit in der wissenschaftlichen Fachliteratur immer mehr der Verdacht bestätigt wurde, daß die chlorierten Kohlenwasserstoffe in der Atmosphäre nicht nur wegen ihrer negativen Auswirkungen auf die Ozonschutzschicht, sondern möglicherweise auch durch die Bildung besonders toxischer, chlorierter Ozonverbindungen in der Stadtatmosphäre gefährlich sind, wurden in einem ausführlichen Forschungsprogramm mit dem Institut für Organische Chemie der Technischen Universität Wien diese Bildungsmechanismen in einer Bestrahlungskammer untersucht und getrachtet, diese Substanzen in der Stadtluft zu isolieren. Ferner wurde mit mehreren Universitätsinstituten und dem Umweltbundesamt die interuniversitäre „Vienna Summer Aerosol Study“ zu Problemen der Oxydantienbildung im Sommer durchgeführt. Dabei konnte festgestellt werden, daß bei sommerlichen Schönwetterperioden etwa 100 ppb Ozon nach Wien hereingetragen werden und daß hinter Wien, etwa im Tullner Feld, Ozonkonzentrationen bis 140 ppb auftreten.

Im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes befaßten sich die Amtssachverständigen unter anderem mit der Schädlingsbekämpfung und der Einschränkung toxischer Schädlingsbekämpfungsmittel (Pestizide). So wurde in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt eine von der Innung der Wiener Schädlingsbekämpfer zusammengestellte Liste der in Verwendung stehenden Pestizide einer Begutachtung hinsichtlich Humantoxizität und Umweltschutzproblematik zugeführt. Diese sogenannte „Positivliste“ enthält die am wenigsten bedenklichen Substanzen sowie mögliche Alternativen und soll die Anwendung von Pestiziden, die durch städtische Dienststellen und im Auftrag städtischer Dienststellen erfolgt, regeln. Gleichzeitig werden „Jährliche Schädlingsbekämpfungspläne“, die zum Beispiel das Stadtgartenamt und das Forstamt zusammenstellen, auf mögliche negative Umwelteinflüsse (Grundwasserkontamination, Bodenedophonbeeinflussung, Pflanzen- und Nützlingsschädigung) geprüft.

Die Bestandsaufnahme und Begutachtung der Vegetation im dichtverbauten Gebiet, mit der im Herbst 1986 begonnen wurde, konnte 1987 für den 7. Bezirk abgeschlossen werden. Resultat der Arbeit ist die Ausweisung von schützenswerter Vegetation, insbesondere im Hinblick auf die Erklärung zu Naturdenkmälern. Die Arbeit ist eine Grundlagenerhebung über Merkmale der Topographie, der Geologie, der Bebauung und der Vegetation und umfaßt ein planliche Darstellung begrünter Innenhöfe und Baulücken. Neben der Grüngestaltung, auch modernen, die den persönlichen Erfordernissen angepaßt ist, konnten auch kulturhistorische Besonderheiten in diesem Bezirk festgestellt werden: Biedermeiergärten sowie ein einziger Mietergarten sind hervorragende Beispiele bürgerlicher Gartenkunst, die im Rahmen des Naturschutzgesetzes eine Sicherstellung erfahren sollen. Außer der Feststellung der Ausgestaltungsform brachte eine Vegetationsanalyse anhand von Bestandslisten einen Aufschluß über den genauen Baumbestand und die Verbreitung einzelner Baumarten in diesem Bezirk.

Was die Sanierung kleingärtnerisch genutzter Flächen betrifft, lag ein Schwerpunkt bei der Bearbeitung des Vorfeldes zum Lainzer Tiergarten, in dem sich großflächige Kleingartenanlagen mit relativ naturnahen Flächen von hohem Erholungswert abwechseln. Unter Zugrundelegung des von der Abteilung ausgearbeiteten Abgrenzungsvorschlags für ein Landschaftsschutzgebiet wurde in zahlreichen Besprechungen und Begehungen die Einbindung der Kleingartenbereiche in den landschaftlichen Rahmen unter Berücksichtigung der Vegetationsentwicklung der Freifläche erarbeitet.

Auf der Basis der von der Abteilung gemeinsam mit der MA 19 ausgearbeiteten methodischen Überlegungen, die die praktische Umsetzung des § 10 Abs. 5 Wiener Kleingartengesetz betreffen, wurden erstmalig für Bäume auf einer beabsichtigten Kleingarten-Erweiterungsfläche Schutzempfehlungen abgegeben. So befindet sich auf einer im 16. Bezirk an der Johann-Staud-Straße gelegenen Liegenschaft eine aus insgesamt 21 Bäumen (20 Linden, 1 Ahorn) bestehende Baumgruppe, die aufgrund der alleartigen Anordnung einen entscheidenden Einfluß auf das örtliche Stadtbild, vor allem nach erfolgter Bebauung, ausübt. In diesem Zusammenhang wurde erstmalig von der Abteilung auch der Vorschlag unterbreitet, die auf dieser Liegenschaft stockenden gesunden Obstbäume vorerst zu belassen und es den künftigen Pächtern freizustellen, diese zu belassen oder zu entfernen. Damit könnte erreicht werden, daß neu aufgeschlossene und neu bebaute Kleingartenanlagen von Beginn an eine relativ hohe Durchgrünung aufweisen.

Folgende Forschungsarbeiten wurden im Auftrag der Abteilung durchgeführt:

Die Erstellung von Grundlagen zur Abgrenzung von Schutzgebieten nach dem Wiener Naturschutzgesetz für den Westrand des Wiener Stadtgebietes hatte die Erhaltung und Entwicklung dieses Gebietes (Wienerwald, Wienerwaldrandzone) unter Berücksichtigung der von den Auftragnehmern erstellten Grundlagen zum Ziel. Dies soll nun bezirksweise mit Hilfe von Verordnungen nach § 11 Abs. 1 und 2 des Wiener Naturschutzgesetzes 1984 erfolgen. Der Verordnungsentwurf für ein Landschaftsschutzgebiet Döbling liegt bereits vor, die übrigen im Westen Wiens gelegenen Bezirke werden noch bearbeitet. Aufgrund der Novellierung des Wiener Naturschutzgesetzes war es notwendig geworden, die Lobauverordnung aus dem Jahre 1978 neu zu fassen. Kurz nach der Auftragserteilung ergaben sich für den Bereich der Lobau neue Zielsetzungen: Die Lobau sollte Bestandteil eines „Nationalparkes Donauauen“ werden. Entsprechend diesen Überlegungen wurden in der nun vorliegenden Arbeit auch grundsätzlich die Fragen für eine innere Differenzierung der Lobau in „Kernzonen“, „Randzonen“ usw. behandelt.

Im Zusammenhang mit dem Wettbewerb „Chancen für den Donaauraum Wien“ wirkte die Abteilung in der interdisziplinären Zusammenarbeit mit. Nach dem Wettbewerb wurden im Auftrag der Abteilung drei Projekte durchgeführt, und zwar mit den Themen „Besuchereinführung- und Lenkungskonzept in der Lobau“, „Informationszentrum Obere Lobau — Nationalparkteil Wien und Ökonomie Lobau — Landwirtschaft“ sowie „Umweltzentrum und Nationalparkverwaltung“.

Mit dem 6. Bearbeitungsschritt der Biotopkartierung Wien wurde die ARGE-Biotopkartierung unter der Federführung von Dr. G. M. Steiner beauftragt. Gegenstand des Arbeitsschrittes 1987 waren die Kartierung des dicht bebauten Stadtgebietes, die Erprobung der Auswertungsergebnisse in den Bezirken nördlich der Donau, die Nachkartierung bisher noch nicht oder nicht ausreichend erfaßter Flächen, die gemeinsame Begehung und Beurteilung problematischer Flächen durch Mitarbeiter aller Arbeitsgruppen sowie eine Wintervogelkartierung an ausgewählten Punkten.

Die Untersuchungen zur Nahrungsökologie der Biber in der Lobau wurden 1987 abgeschlossen und erbrachten interessante Ergebnisse über die Nahrungserwerbsstrategien dieser wiedereingebürgerten Tierart. Es wurde ermittelt, welche Präferenzen bezüglich Gehölzerart und Stammdurchmesser bestehen, wie das Verhältnis Angebot zu Nutzung an Fraßplätzen aussieht und ob die Morphologie des Gewässerrandes (Stammtransport) Einfluß auf die Nutzung des bestehenden Nahrungsangebots hat. Die Ergebnisse sind für Prognosen über weitere Wiederansiedlungen von Bibern und deren Auswirkungen auf die Ufervegetation von hohem Interesse.

In Vorarbeiten für den Versuch einer Etablierung des Fischotterbestandes in der Unteren Lobau wurde die Möglichkeit der Wiederansiedlung dieser Tierart untersucht. Eine derartige Wiederansiedlung kann wegen der Größe der Reviere, die diese Tiere haben, in der Wiener Lobau allein nicht durchgeführt werden und müßte gemeinsam mit dem Land Niederösterreich geplant werden.

Das Projekt „Sanierung von Alleebäumen“ wurde 1987 abgeschlossen. Aufgrund der Erfahrungen, die man mit der praktischen Anwendung von Sanierungsmethoden an Alleebäumen in verschiedenen Straßenzügen von Wien

gemacht hat — als vorrangiges Projekt gelten derzeit die Wiener Ringstraße im 1. Bezirk und 3. Bezirk, die Hadikgasse im 14. Bezirk, die Stadionallee im 2. Bezirk sowie die Grinzinger Straße und Paradisgasse im 19. Bezirk — lassen sich die Ergebnisse auch wissenschaftlich klar dokumentieren und die Vorgänge pflanzenphysiologischer Art erklären.

Im chemischen Labor wurden insgesamt 1.032 Proben untersucht, darunter Bodenproben aus Altlasten, Erdproben, Altöle, Sicker- und Abwässer sowie Proben aus Immissionsmessungen. Außerdem wurden im Zuge der Trinkwasseraufbereitung aus Grundwasser in den Grundwasserwerken Nußdorf, Lobau und Donauinsel Nord regelmäßige Untersuchungen der Wasserqualität hinsichtlich der chemischen Parameter durchgeführt.

Im biologischen Labor wurden die Untersuchungen über die Verwertbarkeit organischer Masse zur Herstellung von Bodendünger fortgesetzt.

Referenten der Abteilung haben im Jahre 1987 zur Fortbildung und zum Erfahrungsaustausch an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen, so am Kongreß „Der Sachverständige zwischen Ökologie und Ökonomie“ in Wien, an der Besprechung in Salzburg, die das „Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen“ betraf, am Seminar „Altlastensanierung — kontaminierte Standorte“ in Linz, am Seminar für Toxikologie in Wien, am Fachkongreß und an der Ausstellung „Sanierung kontaminierter Standorte“ in Berlin, an der Fachveranstaltung „Altdeponien und kontaminierte Standorte“ in Essen, am Symposium „Chemie und Sicherheit“ in Wien, am Kolloquium „Die Bestimmung der polychlorierten Bi- und Terphenyle“ in Wien, an der Internationalen Konferenz „Luftreinhalte in europäischen Großstädten“ in Berlin, am Workshop „Emissionskataster — Bestandsaufnahmen und Anwendungsdefizite“ in Laxenburg, an der Sitzung des Fachausschusses für Gewerbebereich und Gewerbetchnik in Wels, an der Sitzung des Umweltausschusses des Österreichischen Städtebundes in Linz, mit einem Vortrag in der Ausstellung bei der Veranstaltung „Kommune und Umwelt“ in Berlin, am Seminar „Erstellung von Amtsgutachten durch Umweltschutzsachverständige“ in Wels, am Ständigen Komitee des Naturschutzes beim Europarat in Straßburg, am Fachgespräch „Bodenschutz und Wasserwirtschaft“ in Wien, an der Expertenkonferenz der beamteten Naturschutzreferenten in Heiligenbrunn, am Seminar „Verkehrsberuhigung — Fahrgeometrische Lösungen“ in Wien, an einer Österreichischen Expertendelegation zum Thema Naturschutz in Budapest, am Seminar „Naturraumpotential — Naturschutzdokumentation — Landschaftsinventar“ in Linz, am Seminar „Schutz, Pflege und Bewertung der Landschaft“ in Irnding, an der Arbeitssitzung des Österreichischen Arbeitsringes für Lärmbekämpfung in Steyr, an den Arbeitssitzungen des Österreichischen Nationalen Komitees der Internationalen Alpenschutzkommission in Wien und Salzburg, am Internationalen technischen Seminar über Schallmeßtechnik in Naerum/Dänemark, am Fachnormenausschuß Akustik „Geräuschmessung an Maschinen“ in Brückl, mit einem Vortrag am Seminar der österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik 1987 in Rust, mit einem Referat an der Tagung des Städtebundes in St. Pölten, am Kolloquium „Die Rolle der Biotechnologie für den ökologischen Landbau“ in Kassel, an der Fachtagung über aktuelle agrartechnische Angelegenheiten in Linz, an der Kongreßmesse für Umwelttechnik in Linz, am Seminar „Integrierte Entsorgungskonzepte“ in Graz, an der Fachmesse auf dem Gebiet der kommunalen Entsorgung von Abwasser und Abfall — IFAT in München, an der Städtebundtagung der Gewerbeferenten in Innsbruck und an der 5. Europäischen Umweltministerkonferenz in Lissabon sowie an der Vorbereitungssitzung der 6. Europäischen Umweltministerkonferenz auf Beamtenebene in Straßburg.

In der Abteilung fielen 6.421 neue Akten an, wovon 6.328 diverse Umweltschutzangelegenheiten, 5 Berufungen nach dem Baumschutzgesetz, 14 Strafberufungen und 74 Anträge nach dem Washingtoner Artenschutzabkommen betrafen. Darüber hinaus waren insgesamt 13.298 Einladungen anderer Dienststellen zu Verhandlungen und Ortsgaugenscheinen zu sichten und auf die Notwendigkeit einer Teilnahme der Abteilung zu beurteilen.

## Kanalisation

Laut Gemeinderatsbeschuß vom 7. Dezember 1981, Pr.Z. 3257, wurde die Abwassergebühr mit 8 S/m<sup>3</sup> festgelegt, die auch für das Verwaltungsjahr 1987 galt. Mit Verordnung des Gemeinderates vom 11. Dezember 1987, Pr.Z. 3867 wurde diese Gebühr ab 1988 mit 9,20 S/m<sup>3</sup> festgelegt.

Im Jahre 1987 nahm die Zahl der Kanalbauarbeiten zu, und zwar waren es Arbeiten für die Sammel- und Entlastungskanäle und den Netzausbau sowie Kanalumbauten: Die Umlegung des Liesingtalsammelkanals samt dem Hebewerk Kaiserebersdorf wurde Anfang 1987 in Betrieb genommen, wodurch erstmals sämtliche in Wien anfallende Abwässer der Hauptkläranlage Wien-Simmering zugeleitet und gereinigt werden können. Weiters wurde das bereits 1986 begonnene Baulos des Entlastungskanals für den Rechten Hauptsammelkanal im Bereich, der vom Knoten Prater bis zur Marxergasse reicht, nahezu fertiggestellt und soll im März 1988 in Betrieb genommen werden. Durch die damit verbundene Erhöhung der Abfuhrkapazität und das Höhersetzen der Überfallsschwellen im Regenauslaß Marxergasse kann die Abwassereinleitung in den Donaukanal an dieser Stelle, außer bei extremen

Regenfällen, hintangehalten werden. Die bisher notwendigen Ausleitungen im Zuge von Räumarbeiten können durch einen wechselweisen Betrieb der beiden Profile in Zukunft ausgeschlossen werden. Für die Errichtung des nächsten Bauabschnittes, der von der Marxergasse bis zum Wienfluß reicht, wurden 1987 mehrere Varianten erarbeitet.

Das Netzausbauprogramm sieht die Vollkanalisierung aller Haushalte Wiens bis zum Jahre 1996 vor. Wie auch bereits 1986 konnten die Kanalbauarbeiten programmgemäß fortgesetzt werden. Der Schwerpunkt der Ausbauarbeiten lag bei der Errichtung von Sammelkanälen samt zugehörigem Hebewerk im 21. und 22. Bezirk zur Entsorgung von Stammersdorf, Süßenbrunn, Eßling und Strebersdorf. Diese Sammelkanäle wurden zum Großteil als Stahlbetonkastenprofil mit eingebauter Trockenwetterrinne ausgeführt. Die große Künettenbreite (rund 3 m), die Lage bis zu 3 m unterhalb des Grundwasserspiegels und die Beengtheit der Verhältnisse im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Verkehrs sind die Schwierigkeiten dieser Ausbauarbeiten. Neben den Sammelkanälen konnten die Arbeiten an einer Vielzahl kleinerer Aufschließungskanäle im 10., 11., 13., 14., 16., 17., 21. und 22. Bezirk durchgeführt werden.

Im Zuge der Aufschließung von Betriebsbaugebieten wurden vier Kanalbauten im Bereich der Draschegründe (Kolpingstraße, Slamastraße, Jochen-Rindt-Straße und Deutschstraße) und ein Kanalbau im Gelände einer ehemaligen Lokomotivfabrik im 21. Bezirk errichtet.

Das Kanalumbauprogramm sieht die Sanierung des zum Teil schon über 100 Jahre alten Kanalnetzes des innerstädtischen Bereiches in einer Gesamtlänge von rund 250 km bis zur Jahrtausendwende vor. Der Schwerpunkt der Maßnahmen lag 1987 im Bereich des 10., 13., 16. und 21. Bezirkes. Darüber hinaus wurden einzelne Kanalstränge im 2., 9., 12., 14., 15., 19. und 23. Bezirk zum Teil unter schwierigsten Verhältnissen (Aufrechterhaltung des Verkehrs und des Kanalbetriebes) umgebaut. Zwei dieser Kanäle, nämlich in 19, Silbergasse, und 10, Gudrunstraße, wurden als Minierung in großer Tiefe und neuer Trasse unterirdisch hergestellt. Die meisten dieser Umbauten konnten in terminlicher Abstimmung mit anderen Einbautendienststellen oder dem Straßen- bzw. Gleisbau durchgeführt werden. Ferner wurden zwei Kanalbauten zur Erschließung von Friedhöfen, ein Kanalumbau in einer verkehrsberuhigten Zone sowie einige Kanalumbauten zur Freimachung von geplanten U-Bahn-Trassen durchgeführt. In Zusammenarbeit mit der Gürtelkommission wurde für den Bereich der Westausfahrt eine Studie über einen Entlastungskanal zu den Wienflußsammelkanälen, der ab etwa 1990 in Angriff genommen werden soll, erstellt.

Die Länge des Straßenkanalnetzes hat bis Ende 1987 1.725.669 m erreicht. Durch die neue Trassenführung des Liesingalsammelkanals konnten 1987 insgesamt 13.786 m aufgelassen bzw. der Stadtgemeinde Schwechat übergeben werden. Das Bauvolumen betrug insgesamt 20.188 m.

Vom Einsatzdienst der Abteilung, der für die Beseitigung von Verstopfungen und ähnliche Arbeiten zuständig ist, wurden 6.248 Einsätze geleistet. Die Materialförderung aus allen Teilen des gesamten Kanalbetriebes betrug im Jahre 1987 13.452 m<sup>3</sup>. Im einzelnen wurden aus den Schotterfängen 4.028 m<sup>3</sup>, aus den Hauptsammelkanälen 3.715 m<sup>3</sup>, aus den Straßenkanälen 2.369 m<sup>3</sup>, aus der Kläranlage Blumental 3.039 m<sup>3</sup> und aus dem Pumpwerk Linker Donausammler 301 m<sup>3</sup> geräumt. Durch Hochdruckwagenräumung wurden 482.555 m Rohrkanäle und 600.725 m Profilkäule gereinigt. Die Kanalhebwerke fördern 9.323.000 m<sup>3</sup> Abwasser und 147.000 m<sup>3</sup> Regenwasser.

In der Kläranlage Blumental wurden 21.517.000 m<sup>3</sup> Abwasser gereinigt, wofür 4.122.600 kWh Strom verbraucht wurden. Die durchschnittliche Verschmutzung im Zulauf betrug 358 mg/l BSB<sub>5</sub>, die im geklärten Ablauf nur mehr 18 mg/l BSB<sub>5</sub>. Der Rechengutanfall machte 2.872 m<sup>3</sup> aus. Es war dringend notwendig geworden, zwei neue Getriebe für den Antrieb der Mammutrotoren anzuschaffen.

Im Pumpwerk Linker Donausammelkanal waren 9.059 Schmutzwasserpumpenstunden erforderlich, um das Abwasser der linken Donauseite zur Hauptkläranlage zu pumpen. Der Energieverbrauch des Linken Donausammelkanals, der Hauptkläranlage und der Entsorgungsbetriebe Simmering betrug 10.215.960 kWh. An Rechengut wurden 2.472 m<sup>3</sup> vom Pumpwerk Linker Donausammelkanal abgeführt. In diesem Pumpwerk wurden zwei überaltete Rechengutpressen gegen Rechengutschneckenpressen mit erhöhtem Entwässerungsgrad ausgetauscht. Zur Beschickung des gepreßten Rechengutes in die Container wurden zusätzliche Pressen installiert. Um die Geruchsbelästigung beim Transport des Materials zu den Entsorgungsbetrieben Simmering zu reduzieren, werden nunmehr geschlossene Container verwendet.

Das Hebewerk Kaiserebersdorf wurde im Zuge der Errichtung des Liesingalsammelkanals am 26. März offiziell in Betrieb genommen. Die Pumpenstunden betragen 2.925.

Der Bestand an Senkgruben ist auf 34.656 gestiegen. Die Zahl der Senkgrubenräumungen betrug 25.388, die Gesamtaushubmenge 149.892 m<sup>3</sup>. 2.442 Abscheiderräumungen wurden durchgeführt, wobei die Gesamtaushubmenge 4.334 m<sup>3</sup> betrug. Mit dem Kanalfernsehaug wurden rund 24.000 m Rohrkanäle überprüft.

An rund 2.000 Kleinbaustellen wurden Erhaltungsarbeiten durchgeführt, ferner 1.430 Stück Schachtabdeckungen repariert bzw. erneuert. An den Hauptsammelkanälen wurden auf 145 Baustellen Erhaltungsarbeiten durchgeführt. Einige größere Kanalgebirge und Einstürze, wie z.B. in der Pfenniggeldgasse, Favoritenstraße, Prinz-Eugen-Straße, Thaliastraße, Otto-Probst-Straße, Holohergasse, am Tiefen Graben O.Nr. 1, in der Nowalskygasse, Hackinger Straße/Hochsatzengasse und Boschstraße/Mooslackengasse, waren zu beheben. In einer Reihe von Außenstellen wurden Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Das Referat Chemie hat 1.925 Wasserproben gezogen sowie an 78 Tagen Dauerkontrollen mit Hilfe von Probenahme-, pH- und Temperaturmeßgeräten durchgeführt. 150 Proben entsprachen nicht der geforderten Abwasserqualität. Bei 9 Proben mußten Strafanträge erstattet werden. Die Zahl der Firmen, die regelmäßig wegen gefährlicher Abwassereinleitung kontrolliert werden mußten, betrug 1.059. Ferner waren noch 2.563 weitere Firmen zu überprüfen, so daß sich ein Stand von 3.622 registrierten Firmen ergab. Die Amtssachverständigen des Referates haben an 535 gewerberechtl. Kommissionen sowie an 18 Grundwasserkommissionen teilgenommen. Ferner wurden 59 diverse Erhebungen wegen Geruchsbelästigungen, bei Öleinsätzen, 20 Erhebungen für die Gruppe behördliche Aufgaben und 38 Einsätze zur Kontrolle kontaminierten Grundwassers durchgeführt. Für die Baugruppe wurden 15 Grundwasseranalysen gemacht sowie auf Antrag der Firmen einige Handelsprodukte auf ihre Einleitfähigkeit in das Kanalsystem getestet.

5 Senkgruben-, 1 Funk-, 1 Labor- sowie 1 Hochdruckwagen wurden erneuert. Für die Außenstelle 19. Bezirk wurde ein kombiniertes Räumfahrzeug, ausgestattet für den Mannschaftstransport sowie mit einem Ladekran für Räumzwecke, angeschafft. Die Einrichtung des Funkwagens und des Räumfahrzeuges wurde von der eigenen Werkstätte durchgeführt. Die Fahrzeuge der Abteilung haben 1.003.201 km zurückgelegt, davon der Funkwagen 81.602 km, der Hochdruckwagen 389.512 km, der Senkgrubenwagen 61.212 km, die Abscheiderräumfahrzeuge 41.670 km sowie diverse andere Fahrzeuge 429.205 km.

In baupolizeilichen Angelegenheiten waren 4.983 neue Akte zu bearbeiten, wobei insgesamt 3.986 Kanalbefunde erledigt sowie 4.600 Planbegutachtungen von Hauskanalanlagen durchgeführt wurden. 2.689 unerledigte Aufträge für Kanalinstandsetzungen und Anschlüsse aus früheren Jahren wurden überwacht.

Im Rahmen der behördlichen Aufgaben waren unter anderem 428 Bescheidänderungen, die die Herabsetzung von Räumzahlen betrafen, 438 Gutachten für die Herabsetzung der Abwassergebühr, 802 Mahnungen wegen Räumtermine und Kontrollbuch, 934 Überprüfungen von Bescheidaufgaben und rund 600 verschiedene Schriftstücke, die Selbsträumbescheide usw. enthielten, zu bearbeiten.

An den 57 Führungen in der Friedrichstraße nahmen 1.317 Personen teil, an den 2 Führungen in der Kläranlage Blumental 45 Personen und an den 3 Führungen im Pumpwerk Linker Donausammler 6 Personen.

Trotz der intensiven Schulung des Personals kam es zu 62 Unfällen.

## Wasserwerke

Am Anfang des Jahres 1987 herrschte strenges Winterwetter mit Temperaturen bis  $-25^{\circ}\text{C}$  und ergiebigen Schneefällen. Mitte Februar war es mild und regnerisch, im März kalt mit Temperaturen bis  $-16^{\circ}\text{C}$ ; der April war warm. Auf die regnerischen Monate Mai und Juni folgte schönes Wetter im Juli. Nach dem trüben und feuchten August gab es einen schönen und trockenen Herbst mit wenig Regen. Anfang Dezember war es kalt mit Schneefällen, ab Mitte des Monats durch Tauwetter und Regen wieder schneefrei. Die ziemlich gleichmäßige Verteilung der Niederschläge führte zu einem konstanten Wasserdargebot aus allen Quellen.

Im Jahre 1987 wurden insgesamt 152,540.100 m<sup>3</sup> (1986: 149,342.200 m<sup>3</sup>) Wasser aufgebracht, davon 147,026.700 m<sup>3</sup> (1986: 145,898.200 m<sup>3</sup>) in das Wiener Rohrnetz eingespeist. 139,750.400 m<sup>3</sup> (91,6%) der Gesamtmenge kamen aus den beiden Hochquellenleitungen, 9,389.200 m<sup>3</sup> (6,2%) aus Wiener Grundwasserwerken, 1,969.300 m<sup>3</sup> (1,3%) aus dem Wientalwasserwerk sowie 422.900 m<sup>3</sup> (0,3%) aus dem Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden. Der Restbetrag von rund 1,008.300 m<sup>3</sup> Wasser ergibt sich aus Vorratsveränderungen im Behältervolumen. Der Gesamtverbrauch stieg gegenüber dem Vorjahr um 3,197.900 m<sup>3</sup>, das sind 2,1 Prozent. Von der bezogenen Wassermenge wurden 1,829.800 m<sup>3</sup> an auswärtige Abnehmer und Verbundgemeinden abgegeben, 1.800 m<sup>3</sup> an den Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden, 147,026.700 m<sup>3</sup> an das Wiener Rohrnetz und 3,681.800 m<sup>3</sup> an Überfälle und Ableitungen. Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 402.800 m<sup>3</sup>. Das Tagesmaximum wurde am 1. Juli mit 510.20 m<sup>3</sup>, das Tagesminimum am 1. Jänner mit 303.100 m<sup>3</sup> erreicht. Zur Entkeimung der gesamten dem Verbrauch zugeführten Wassermenge wurden insgesamt 28.842 kg Chlorgas und 37.596 kg Natriumchlorit sowie 1.320 l Hypochlorit verwendet. Der äquivalente Chlorverbrauch betrug somit 44.643 kg, was einem durchschnittlichen Zusatz von 0,30 mg Chloräquivalent pro Liter Wasser entspricht. Von den Wasserleitungskraftwerken an den beiden Außenstrecken wurden 52,274.137 kWh an elektrischer Energie geliefert. Davon erzeugten die Werke in Wildalpen 10,215.805 kWh, Hirschwang 737.330 kWh, Kaiserbrunn 78.900 kWh, Hinternaßwald 2,656.890 kWh, Reithof 343.860 kWh und das Kraftwerk Gaming 38,241.352 kWh.

Im Rahmen der Neubauten und Bauvorhaben wurden für das Projekt Pfannbauernquelle die Ausschreibungen für die elektrotechnischen und hydraulischen Einrichtungen sowie für die Krananlage des Hebewerkes abgeschlossen. Weiters wurde ein Projekt für das Kraftwerk Naßwald, Kammer B, erstellt. Zu Beginn des Jahres 1987 war der Wetterinstollen im Osttrum bis Station 615 m, im Westtrum bis Station 260 m vorgetrieben. Bis Jahresende erreichte der Stollenteil Wetterin-Ost die Station 4.913 m, die Vortriebslänge betrug 4.298 m. Der Stollenteil

Wetterin-West konnte um 2.264 m auf Station 2.526 vorgetrieben werden, wo aufgrund einer zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer einvernehmlich vereinbarten Änderung der Stollennivellette und des Bauzeitplanes der Endpunkt des Bauabschnittes Wetterin-West liegt. Das übrige Stollenstück in der Länge von 654 m wird von der Ostseite her fertiggestellt werden. Die geologischen Verhältnisse, die man angetroffen hat, stimmten im Schichtaufbau mit der Prognose überein. Das Gebirge war jedoch wesentlich dichter gelagert als angenommen, so daß sich wesentlich günstigere Gebirgsgüteklassen und geringere Wasserzutritte ergaben. Dadurch wurde die Projekts- und Bauzeitplanänderung wesentlich mitbestimmt. Der Stollenteil Westtrum des Lärchensteinstollens wurde ab 23. April vorgetrieben. In gutem, trockenem Gebirge konnte bereits im September die Station 1.297 m als Vortriebsende erreicht werden. Das westliche Reststück des Scheiblingstollens in der Länge von 228 m wurde Anfang Oktober begonnen, am 4. Dezember der Durchschlag erreicht. Die Jahresvortriebsleistung des Stollenbaues betrug insgesamt 8.133 lfm. Die zwischen den Stollenteilen Lärchenstein-Ost und Scheibling-West liegende Rohrleitungsstrecke „Tirolgraben“ DN 700 mm in der Gesamtlänge von 361 m und die Rohrleitungsstrecke zwischen Scheibling-Ost und Schneesalpenstollen in der Länge von 295 m sowie die zugehörigen Entleerungsleitungen DN 400 mm in der Länge von 255 m wurden verlegt. Im Tirolgraben wurden Energie- und Fernmeldekabel mitverlegt, ebenso ein Energiekabel bei Straßenbauarbeiten der Straßenverwaltung Lahwand—Mürzsteg. Die Stollendeponie 2 Wetterin-Ost wurde, um eine in ungünstiger Hanglage vorgesehene Deponie 3 nicht einrichten zu müssen, wesentlich nach Osten erweitert; die hierzu erforderlichen Verfahren wurden erledigt. Im Schneesalpenstollen wurden von Februar bis April durch Räumung der Sand- und Tonablagerungen Vorarbeiten für die Durchleitung der Pfannbauernquellwässer geschaffen sowie eine ergänzende Verbindungsleitung geplant und ausgeschrieben. Die Detailplanung des Hebewerkes einschließlich der Anpassung an die aktuellen Sicherheitserfordernisse wurde abgeschlossen, die Arbeiten ausgeschrieben und vergeben. Mit dem Bau wurde Anfang Oktober begonnen; die Aushubarbeiten konnten durchgeführt, Fundamente und ein Teil der Umfassungswände hergestellt werden. Im Zuge der Untertagebauarbeiten kam es zu einigen folgenschweren Unfällen, die einen Toten und zwei Schwerverletzte forderten. Die Deponie des Bauabschnittes Lärchenstein Ost konnte wegen des rutschungsgefährdeten Bodenmaterials wie vorgesehen nicht im Portalbereich angelegt werden; das Material mußte auf eine weiter entfernt gelegene Deponie verführt werden. Die Detailprojektierung einzelner Endausbaumaßnahmen wurde fortgesetzt und größtenteils abgeschlossen. Die Endausbaumaßnahmen für die Herstellung der Betonsohle und der Rohr- und Kabelverlegungen wurden nach Vortriebsende in einzelnen Baulosen bereits in Angriff genommen.

Unter den Neubauten und Bauvorhaben ist ferner das Projekt Grundwasserwerk Mitterndorfer Senke für die III. Wiener Wasserleitung zu nennen. Was das Detailprojekt A — Grundwasseranreicherung betrifft, wurde eine Liste aller Beteiligten im Verfahren durch die Stadt Wien im April vorgelegt. Im Detailprojekt C — Deltabereich Fischapiesting wurde die Parteinsetzung der Triebwerksbesitzer durch den Verwaltungsgerichtshof anerkannt. Das Detailprojekt D — Fischauterlauf wurde am 30. Jänner der Obersten Wasserrechtsbehörde vorgelegt. Die entwurfswise Erarbeitung konsensbestimmender Punkte im Detailprojekt G — Betriebsvorschrift ist abgeschlossen und wurde den Sachverständigen übermittelt. Das Projekt kann aber bei den Behörden erst nach Abschluß der Projekte A, C und D vorgelegt werden. Für die hydrologische und landwirtschaftliche Beweissicherung wurden Wasserstands- und Temperaturmessungen in den Grundwassersonden sowie Wasserstands-, Temperatur- und Abflußmessungen im System Piesting/Fischa vorgenommen. Neben der Evidenzhaltung der landwirtschaftlichen Berechnungsanlagen im Absenkbereich wurden Kulturartenaufnahmen im Absenkbereich und eine landwirtschaftliche Testflächenbeobachtung durchgeführt, die jeweiligen Daten verarbeitet und für Behörden und Gutachter zusammengestellt. Für die Untersuchungen auf Chlorkohlenwasserstoffen in der Tiefbohrung Schranawand wurden jeden Monat Proben aus den vier bestehenden Tiefbohrungen in verschiedenen Horizonten entnommen. Zur Aufbereitung von Wasser, das mit chlorierten Kohlenwasserstoffen belastet ist, wurde für den Behälter Moosbrunn eine Versuchsanlage in Betrieb genommen. Das bestehende Frühwarnsystem wurde routinemäßig untersucht; im Areal des Behälters Unterlaa wurde ein Aufbereitungsversuch für chlorierte Kohlenwasserstoffe durchgeführt.

Was die Transportleitungen und Verteileinrichtungen in Wien betrifft, so wurden von der Verbindungsleitung DN 1200 ab Behälter Unterlaa zur Ringleitung Ost 1987 die beiden letzten Abschnitte in Angriff genommen. Die etwa 100 m lange Pressung DN 1800 durch das Gelände der Ostbahn von der Gadnergasse aus konnte größtenteils fertiggestellt werden. Mit dem rund 700 m langen Abschnitt in der Leberstraße zwischen Geiselbergstraße und dem Anschlußpunkt an die Ringleitung Ost in der Nähe des St. Marxer Friedhofes wurde begonnen. Die Arbeiten sollen 1988 fertiggestellt werden. Ferner wurde für eine mögliche Nutzung von tiefliegenden, geschützten Grundwasserreserven in Notsituationen mit der MA 29 — Grundbau eine Gutachtergruppe zusammengestellt, die ein Notversorgungskonzept erarbeiten soll. Diese Forschungstätigkeit soll mit Bundesmitteln gefördert werden, wobei die entsprechenden Schritte 1987 gesetzt wurden. Im Frühjahr 1988 erwartet man eine Zusicherung der Bundesmittel; in der Folge wird der Auftrag an die Gutachtergruppe erteilt werden. Für das Grundwasserwerk Lobau wurden die Beweissicherungsarbeiten, das hydrologische Programm für den Kraftwerksbau Hainburg und das hygienische Untersuchungsprogramm fortgesetzt sowie die Güteüberwachungsstation an der Donau in Betrieb gehalten. Ferner hat die MA 15 in einem Gutachten im Jänner 1987 festgestellt, daß die Gefährdung des Grundwerkes Lobau durch eine Kohlenwasserstoff-Kontamination vom Bereich der Öltanklager ausgeht. Das Projekt der Grundwasseranreicherung

Lobau (MA 45), das unter anderem eine Untergrunddichtung vorsieht, wurde im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft im April zurückgestellt. Die Abteilung beschloß, aus diesem Grund ein eigenes Projekt mit Gegenmaßnahmen ausarbeiten zu lassen und beauftragte eine Arbeitsgruppe von Zivilingenieuren mit der modellmäßigen Untersuchung der Grundwasserverhältnisse im Einvernehmen mit der MA 45. Ein Projekt wurde ausgearbeitet und im Dezember vorgelegt. Die Genehmigungsverfahren, die Vorarbeiten sowie der Baubeginn für die Untergrunddichtungen sind für 1988 vorgesehen. Im Grundwasserwerk Donauinsel Nord lief das ganze Jahr 1987 ein Pumpversuch. Ferner wurden hydrologische Beobachtungen und Auswertungen, laufende Qualitätsuntersuchungen an der Donau, der Neuen Donau und in den Brunnen durchgeführt. Am Brunnenwasser mußten zur Entwicklung von optimalen Aufbereitungstechnologien Pilotversuche vorgenommen werden. Ein Zwischengutachten wurde ausgearbeitet und der Obersten Wasserrechtsbehörde zur Klärung der weiteren Analytik durch Sachverständige übermittelt. Für die Arbeiten war eine Sachkrediterhöhung notwendig. Die Klärung des Ausbaues dieses Projektes ist für 1988 vorgesehen. Zur Wasserversorgung der Siedlung Wulzendorf im 22. Bezirk wurden 1987 die letzten Straßenzüge im Bereich der Siedlung aufgeschlossen. Es handelt sich um das Gebiet, in dem die vorhandenen Hausbrunnen wegen überhöhter Borwerte nicht mehr zur Trinkwasserversorgung verwendet werden konnten. Die Transportleitung DN 600 stellt die äußere Aufschließung des Gebietes von Eßling und Neueßling dar: 1987 wurde der erste Bauabschnitt mit der Querung der Kleingartensiedlung „Im Gestockert“ beendet, mit dem 2. Bauabschnitt wurde begonnen. Die Strecke in der Schafflerhofstraße zwischen Ostbahn und Breitenleer Straße wurde fertiggestellt. Das etwa 600 m lange Teilstück des Transportrohrstranges DN 250 von Breitenlee bis Süßenbrunn wurde in der Süßenbrunner Hauptstraße verlegt, womit der Rohrstrang fertiggestellt ist. Durch den Neubau der Triester Straße wurde die Umlegung bzw. der Neubau der Wasserleitungen im Bereich des Straßenprojektes notwendig. Im Jahre 1987 wurden rund 1.000 m DN 700, etwa 200 m DN-1000-Transportrohrstränge mit je einer Maß- und Regelkammer sowie rund 400 m Versorgungsleitungen DN 300 und DN 250 verlegt. Die Arbeiten werden bis März 1988 dauern. Im Bereich des Großen Biberhaufens (22. Bezirk) wurden am Ulanen-, Reiher-, Milan-, Flieger- und Schilfweg rund 1.700 m DN 150 Rohrstränge verlegt. Das Projekt, das die Abteilung für den Neubau des Rohrlagers im Industriezentrum Süd—Laxenburg erstellt hat, wurde nach einigen Änderungen in der Wirtschaftlichkeitsbesprechung genehmigt. Die Baubewilligung wurde im Oktober von der Gemeinde Laxenburg erteilt, die Arbeiten für den Neubau als Generalunternehmerarbeiten öffentlich ausgeschrieben, die Sachkredit- und Vergabegenehmigung bei den zuständigen Organen beantragt. Der voraussichtliche Baubeginn ist mit März 1988 festgelegt. Die Vorarbeiten, mit denen 1986 auf dem Bauplatz (provisorischer Lagerplatz, Bodenuntersuchung usw.) begonnen wurde, konnten im Jahre 1987 fertiggestellt werden. Weiters entspricht der bestehende Behälter Schmelz in seiner Größe und seinem Bauzustand nicht mehr den heutigen Anforderungen, so daß die Abteilung ein Amtsprojekt für den Neubau dieses Wasserbehälters auf dem Gelände des Bundesministeriums für Landesverteidigung in 15, Possingergasse—Gablenzgasse erstellt hat. Die Verhandlungen zwischen der Stadt Wien und dem Bund über den Ankauf der Grundstücke sind im Gange, eine Umwidmung wurde bereits vorgenommen. Im Zusammenhang mit dem Bau der U3 im Bereich des bestehenden Behälters Schmelz in 15, Meiselstraße, wird ein Rohrstrang DN 1000 (Gesamtlänge rund 1.100 m) von der Gablenzgasse als Anspeisung des bestehenden Behälters verlegt, der im Endausbau die Funktion der Zuleitung zum neuen Behälter übernehmen wird. Diese Leitung wird im Jahre 1988 fertiggestellt werden. Der Baubeginn für den Neubau des Behälters ist im Jahre 1989 vorgesehen.

Es war wieder eine Reihe von Erhaltungsarbeiten durchzuführen. An den Ziegelgewölben der Aquädukte Liesing, Mödling und Baden der I. Hochquellenleitung nahmen die Schäden aufgrund von Frostsprengungen erneut zu. An zugänglichen Stellen mußten aus diesem Grund sorgfältig Oberflächenbehandlungen zur Beseitigung loser Mauerwerksteile durchgeführt werden. Die Reinigungsarbeiten im Leitungskanal mit Stollenwaschmaschinen wurden mit folgenden Einsätzen fortgesetzt: Die Strecke Mödling—Rosenhügel in der Länge von 11 km wurde in Kurzabkehr im April bei einer Fahrzeit von 11 Stunden gereinigt. Für das kleine Profil wurde ein passendes Gerät fertiggestellt und damit die Streckenabschnitte Ternitz—Neusiedl (5,8 km), Neusiedl—Saubersdorf (1 km) und Gloggnitz—Stuppach (3,2 km) gereinigt. Die Instandsetzungsarbeiten im Leitungskanal bei Abkehren wurde mit der Herstellung von Spritzbetonschalen an Stellen, an denen das Ziegelgewölbe schadhaft war, fortgesetzt, ebenso die Herstellung des Gewölbeschleifputzes im Bereich Bad Fischau. Im Aquädukt Liesing wurden lose Kunststoff-Beschichtungsteile mit einem Hochdruck-Wasserstrahl entfernt, durch Aufspritzen eines Kunstharzes die Wasserdichtheit wiederhergestellt. Der Schnealpenstollen wurde im Quellgebiet I von Sandablagerungen im Bereich von km 4,600 bis 3,400 Nord gereinigt. Zur Evakuierung des Stollentiefpunktes wurde eine Pumpenleitung DN 100 auf der Sohle des Schnealpenstollens im Bereich 0,842—1,930 Süd verlegt sowie 250 Kernbohrungen in den Rohrsockeln durchgeführt. Im Leitungskanal der I. Hochquellenleitung wurden in der bestehenden Rinnschale zwischen Kammer D Hinternaßwald und Kammer C Naßwald (2,6 km) die Betonschäden behoben. Im Hinblick auf die vermehrte Wasserführung bei Einleitung der Pfannbauernquelle wurde die Rinnschale durch Aufbringung eines wasserdichten Zementputzes im Bereich Stollen III—Weichtal erhöht. Beim Hochstegaquädukt wurden Rißabdichtungen durchgeführt, im Kraftwerk Hinternaßfeld nach einem Laufradschaden ein neues Laufrad eingebaut. Zur Überbrückung einer Engstelle in der I. Hochquellenleitung wurde mit den Rohrverlegungsarbeiten zur Herstellung eines DM-800-Entlastungsrohrstranges in Reichenau begonnen. Zwischen dem Stollen II und dem Pegel



Ochsenleiten wurde zur Fernübertragung der Daten betreffend den Wasserstand der Schwarza in das Dienstgebäude Kaiserbrunn auf einer Länge von 240 m eine Kabelverlegung durchgeführt. Weiters erfolgte die Installation einer Fernübertragung für die Daten betreffend die Durchflußmengen des Hauptkanals bei Stollen VII in das Aufseherhaus Fuchspaß und in das Kraftwerk Hinternaßwald.

Im Zuge von Abkehren wurden an der II. Hochquellenleitung folgende Leistungen erbracht: Für Dükersanierungen wurden 30 Muffen instand gesetzt, Beschichtungsarbeiten mit U 1 Kunststoff auf 817,10 m<sup>2</sup> durchgeführt. Um Wasseraustritte zu verhindern, wurden Risse in einer Länge von 447 lfm instand gesetzt. Die Leitungsreinigung erfolgte mittels Waschwagen auf 7.000 m. Im Stollenbereich wurde, um Wasserein- und -austritte zu verhindern, 700 m auf Zementbasis saniert. Die Schadensstelle Scheibbs muß als größte Baustelle betrachtet werden. Voraussetzung für das Sanierungsvorhaben waren statische Berechnungen und bodenmechanische Beurteilungen. Die Schwierigkeiten bei der Durchführung der Arbeiten bestanden darin, daß die Zahl der Firmen, aber auch die Art der Arbeiten groß und der entsprechende Zeitraum kurz war. Nach dem Entfernen der Folie wurden mittels Diamantsäge 26 Betonrippen ausgeschnitten, Bewährungskästen sowie Rippen mit Torkretbeton eingebaut. Zusätzlich wurde die Sohl drainage erneuert. Nach der Fertigstellung der Betonarbeit wurde eine neue Folie nach einem neuen System eingebaut. Zur Sicherung der Leitung wurden weiters 132,80 m<sup>3</sup> Injektionsgut eingebracht. Für die Sanierung von Sohl drainagen mußten 350 lfm angebohrt sowie 16 Putzschächte errichtet werden. Rund 3.000 m<sup>2</sup> wurden mit Kunststoff nach verschiedenen Systemen beschichtet, zu Versuchszwecken etwa 300 m<sup>2</sup> Kunststoff-Folien verlegt und 100 m<sup>2</sup> Korrosionsschutzmaterial mit zwei Komponenten aufgebracht. Für leistungssteigernde Maßnahmen brachte man 500 m<sup>2</sup> Gewölbeschleifputz auf. Gewölbeabdichtungen und Ausbesserungen wurden an 1.200 lfm durchgeführt, zur Instandsetzung der Decke acht Kernbohrungen durchgeführt, in den Einlaufkammern vier Strömungseinrichtungen eingebaut, weiters diverse Armaturen, Schieber und Klappen erneuert. Neben den üblichen Instandhaltungsarbeiten wurden die Vergleichsmessungen am Pielachdüker über hydraulische Veränderungen im Zusammenhang mit der Muffensanierung und den Strömungseinrichtungen fortgesetzt, im Abschnitt II bei den Einlaufkammern sieben Meßeinrichtungen installiert und Überfallmengenmessungen durchgeführt. Im gesamten Bereich der II. Hochquellenleitung wurden Mengmessungen durchgeführt. An drei Aquädukten wurde die Abdeckung mittels Kunststoffbeschichtung in einer Größenordnung von 400 m<sup>2</sup> abgedichtet. Außerdem wurden diverse Pumpvorrichtungen (Sicherheitsgefäße) und Heberwerkzeuge konstruiert und gefertigt. Durch die Erhöhung der Wasserführungslinie im Leitungskanal wurde die Erhöhung der Überfallkante in sechs Einlaufkammern erforderlich. Besonderes Augenmerk wurde auf die Drainageinstandsetzung, Hangentwässerung und Beschichtung von Aquädukten gelegt. Für Drainageinstandsetzungen wurden 2.100 lfm PVC-Rohre, zur Hangstabilisierung 1.400 lfm Sickerschlitzrohre verlegt. Bei den Aquädukt-Beschichtungen wurden Kunststoffbeschichtungen von 1.530 m<sup>2</sup> aufgebracht und sechs Pfeiler injiziert. Zur Meßbarkeit von Drainagen wurden zwei Wasserzähler und vier Maßschächte zusätzlich errichtet. Die Sicherheitseinrichtungen wurden weiter ausgebaut und verbessert. An sechs Einstiegtürmen wurden die Fugen mit 2-Komponenten-Kunststoffmaterial instand gesetzt. Für den Ersatzstollen Scheibbs wurden drei Sondierungsbohrungen mit einer Länge von 510 m abgetäuft.

Im Quellgebiet II wurde mit der Errichtung des Hebewerkes bei der Quellfassung der Pfannbauernquelle begonnen. Im Zuge des DN-500-Ableitungsrohrstranges der Brunngrabenquellen wurde vor dem Zugang 1 eine neue Meßstelle errichtet. Für die Ortswasserleitung Weichselboden wurde im Kraftwerk Höll eine UV-Desinfektionsanlage installiert. In einer Länge von 2.250 m mußte der Quellschutzzaun der Höllbachquellen neu hergestellt werden. Im Frommleitenstollen wurden im Bereich des Zuganges 8a Sanierungsarbeiten durchgeführt. Die hydroelektrische Einrichtung des Kraftwerkes S-Kammer in Wildalpen wurde umgebaut und teilweise erneuert. Ferner wurden die Synchronauslässe im Kraftwerk m-Kammer einer Generalüberholung unterzogen. Die Trasse der 20-kV-Freileitung mußte im Bereich der Hühnermauerstraße teilweise verlegt werden. Beim Pumpenwerk Seisenstein wurde zum Abdecken von Stromverbrauchsspitzen ein 100-kV-Notstromaggregat aufgestellt. Für die Ortswasserleitung wurde in der Kammer 22 eine UV-Anlage montiert. Außerdem mußten im Zuge des Bauloses der Ortskanalisation diverse Umlegungsarbeiten durchgeführt werden. Im Rahmen der Quellschutzmaßnahmen wurden sämtliche Hauskläranlagen überprüft. Sämtliche Quellschutzbegehungen wurden nach einem Begehungsplan durchgeführt. Darüber hinaus fand im Frühjahr und Herbst je eine Befliegung des Wasserschongebietes mit dem Hubschrauber des Innenministeriums statt.

Im Wientalwasserwerk wurden an den Elektroinstallationsanlagen Instandsetzungsarbeiten größeren Umfangs durchgeführt. In der Chlorstation erfolgten diverse Änderungen bzw. Neuinstallationen. Bei den Pumpen und Elektromotoren führte man Wartungsarbeiten durch. Die Schalttafel der Schnellfilteranlage wurde teilweise neu verkabelt. Weiters wurden die Hydraulikschieber instand gesetzt und verschiedene andere Armaturen repariert oder erneuert. An der Wehranlage wurden Revisionsarbeiten durchgeführt, die elektrischen Installationen gemäß ÖVE-Vorschrift erneuert und Hochwasserschäden saniert. Neben den täglichen Pegelmessungen und Überprüfungen der Kontrollbrunnen am Staudamm wurden Begehungen und Erhebungen im Schongebiet durchgeführt und Baustellen kontrolliert. Ferner war an verschiedenen Bau- und Wasserrechtsverhandlungen teilzunehmen.

An den Anlagen in Wien waren gleichfalls Erhaltungsarbeiten durchzuführen. Im Anschluß an die Arbeiten für die neue Einspeisung am Behälter Lainz im Jahre 1986 wurde das alte Schützenhaus am Behälter abgetragen und

die Arbeiten am Rohrkanal fertiggestellt. Weiters wurde eine Regelung des Wasserstandes der beiden Kammern im Behälter Lainz installiert, um Meßungenauigkeiten bei der Gesamtmenge der II. Hochquellenleitung zu verhindern. Die Armaturen des Behälters Wienerberg wurden gegen moderne, aufgepanzerte Dichtklappen ersetzt. Im Zuge dieser Arbeiten wurden beide Behälterkammern einer gründlichen Reinigung unterzogen. Für den Behälter Lobau wurde ein Sanierungskonzept, das im Jahr 1988 durchgeführt werden soll, für die Einspeisung, Lüftungsanlagen und baulichen Sanierungen erstellt. Die Umstellung der Wasserstände der einzelnen Behälter auf digitale Pegelmeßanlagen und die Übertragung der Daten in die Zentrale Grabnergasse wurden durchgeführt. Weiters wurde in der Zentrale Grabnergasse die Visualisierung der Anlagensteuerungen erweitert sowie die Meßwertdarstellung verbessert. Für die Sicherung der Anlagensteuerungen wurden „Zweitwege“ installiert, die bei einem Rechnerausfall die Weiterführung der Lastverteilung gewährleisten. Im Zusammenhang mit den U-Bahn-Arbeiten und mit Arbeiten anderer Dienststellen mußten im Fernmeldekabelnetz der Abteilung zahlreiche Kabelumlegungen größeren und kleineren Umfanges durchgeführt werden. So erfolgten z. B. Umlegungen, um nur die größeren zu nennen, in der Wienerbergstraße, im Raum um den Behälter Schmelz, bei der Querung der Raxstraße im Zuge des Neubaus der Triester Straße sowie beim Behälter Dreimarkstein. In den Quellgebieten wurden ebenfalls zahlreiche Kabellegungen durchgeführt. Außerdem mußten im Laufe des Jahres mehrere Kabelgebrechen behoben werden. Revisionsarbeiten kleineren Umfanges und Störungsbehebungen an den elektrischen und hydraulischen Anlagen führte man bei verschiedenen Objekten, wie Behältern, Pumpwerken, Desinfektionsanlagen und Mengenmeßstellen, durch. Die mit dem MD-VO vereinbarten Sicherheitsmaßnahmen wurden im Zuge von Sanierungsarbeiten fortgeführt. Weiters wurde ein Versuch zur Notwasserversorgung gestartet, der in der Abfüllung von Hochquellwasser in Tetrapak-Behälter mit laufender Qualitätsuntersuchung durch die MA 15 besteht. Für das Frühwarn- und Sicherheitssystem der Abteilung wurden die Studienarbeiten fertiggestellt sowie die Einreichungen beim Wasserwirtschaftsfonds durchgeführt und die Sachkreditsgenehmigung beantragt. Weiters wurden Planungsarbeiten für die Funkeinrichtungen sowie die Meßstationen durchgeführt. Im Zuge des geplanten Umbaus der Telefonanlage im Amtshaus Grabnergasse wurden auch für die innerbetriebliche Fernsprechanlage Planungsarbeiten durchgeführt. Im Amtsgebäude in 6, Grabnergasse 4–6, wurden die Büroräume, die im 2. Stock des Altgebäudes durch die Verlegung der Betriebsabteilung D ins Erdgeschoß frei geworden sind, für die Unterbringung der Betriebsabteilung C adaptiert. Im Fuhrpark konnten die Instandsetzungsarbeiten an der Hofbefestigung mit der Betonpflasterung des 2. Teilabschnittes abgeschlossen werden. Die Instandsetzungsarbeiten am Wasserbehälter Lainz in 13, Wittgensteinstraße mit der Abdichtung der Deckendauerdehnfugen konnten zu einem Abschluß gebracht werden, jene am Wasserturm Wienerberg in 10, Windtenstraße 3, mit der teilweisen Erneuerung der Blecheindeckung des Zwiebelturmdaches, der Dachlaterne und dem Einbau einer neuen Verankerungsvorrichtung für die geplante Montage der neuen Zierwetterfahne wurden fortgesetzt.

Neben den Bauarbeiten sind Wartungen und der Ausbau des Rohrnetzes von großer Bedeutung. Im Versorgungsgebiet Mauer sind zur Vereinfachung der Betriebsführung Rohre zu legen und Versorgungsgebiete zusammenzulegen. Die Arbeiten wurden in der Ruzickagasse, Endresstraße und Rosenhügelstraße durchgeführt und in der Heudörfelstraße begonnen. Für die Erneuerung der vor dem Jahre 1914 verlegten, alten und größtenteils undichten Rohrstränge wurde 1987 erstmals eine Baurate vorgesehen. Diese Arbeiten, die innerhalb von 15 Jahren realisiert werden sollen, umfassen Rohrauswechslungen auf einer Gesamtlänge von 374 km, wobei der Gesamtkostenaufwand 2.430 Millionen Schilling betragen wird. 1987 wurden rund 9,5 km Rohrstränge mit einem Kostenaufwand von rund 50 Millionen Schilling verlegt. Im Zuge von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, Situierung von Fußgängerzonen, Wohnstraßen und dgl. wurden in Zusammenarbeit mit der MA 28 Rohrlegungen in einer Gesamtlänge von rund 1.400 m durchgeführt. Über Antrag von Interessenten wurden, insbesondere in den Fällen, in denen die Grundwasserqualität nicht ausreichend ist, öffentliche Wasserleitungsrohrstränge in einer Gesamtlänge von rund 33.200 m verlegt. Im Zuge von Arbeiten auf Bundesstraßen mußten Rohrstränge der Dimension 150, 200 und 700 mm in einer Länge von rund 1.500 m verlegt werden. Ausgelöst durch das Wohnbauprogramm der Stadt Wien kamen Rohrstränge in einer Gesamtlänge von etwa 1.500 m zur Verlegung. Im städtischen Rohrnetz wurden insgesamt 40.902 m Versorgungs- und Verteilungsrohrstränge neu verlegt sowie 34.575 m Rohrstränge ausgewechselt. 1.260 Gebrechen traten auf, wovon 656 Rohr- und Armaturengebrechen waren. Die Rohrnetzlänge betrug mit Stand 31. Dezember 1987 2.992.659 m. Zur Hilfeleistung bei Gebrechen an Wasserleitungseinrichtungen waren 2.113 Einsätze erforderlich, wobei von den drei Einsatzfahrzeugen 33.717 km zurückgelegt wurden.

Ferner waren Hausanschlüsse und Wasserzähler zu betreuen. Bis Jahresende wurden 1.654 Abzweigungen und T-Abzweigungen neu hergestellt, außerdem 1.624 Wasserzähler neu eingebaut. An Abzweigungen, Spritzhydranten und Auslaufbrunnen traten 2.224 Gebrechen auf. Im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes wurden 23.905 Wasserzähler ausgewechselt, in der betriebseigenen Werkstätte 21.068 Wasserzähler repariert. 65 Abzweigungen mußten verstärkt, 164 ergänzt werden. Für die Neuherstellungen und Erhaltungsarbeiten wurden insgesamt 27.834 m Rohre verlegt. 1.476 Hausinstallationsanlagen wurden überprüft, dabei 356 Gebrechen festgestellt. Durch ihre Behebung konnte eine Wassermenge von 5.585 m<sup>3</sup> pro Tag eingespart werden.

Neue Gesetze und Verordnungen traten auch 1987 in Kraft. Mit Landesgesetzblatt für Wien Nr. 45/1987 wurde das Wasserversorgungsgesetz 1960, LGBI. für Wien Nr. 10, geändert. Der Verfassungsgerichtshof hat mit

Erkenntnis vom 5. Oktober 1987, G 42/87-7, den Paragraph 25 Abs. 1 des Gesetzes vom 8. April 1960 betreffend die Zuleitung und Abgabe von Wasser (Wasserversorgungsgesetz 1960), LGBL. für Wien Nr. 10, als verfassungswidrig aufgehoben. Die Aufhebung tritt mit Ablauf des 30. September 1988 in Kraft. Frühere gesetzliche Bestimmungen sind nicht wieder wirksam. Mit Verordnung vom 11. Dezember 1987 Pr.Z. 3803, hat der Wiener Gemeinderat die Wassergebührenordnung 1988 erlassen. Mit Wirkung vom 1. Jänner 1988 wird die Wassergebühr von bislang S 10,29/m<sup>3</sup> auf S 11,00/m<sup>3</sup> einschließlich 10 Prozent Umsatzsteuer erhöht werden. Die Wasserzählergebühren wurden unverändert belassen.

Eine Reihe von Rechtsgeschäften war auch im Jahre 1987 durchzuführen. Im Zusammenhang mit Wasserbauvorhaben der Abteilung waren 1987 die Einleitung, Abwicklung und Finalisierung von zahlreichen behördlichen Verfahren erforderlich. Zu nennen sind vielfach eisenbahnbehördliche Verfahren im Zusammenhang mit der Aufschließung der Gebiete jenseits der Donau, die Einleitung und der Abschluß wasserrechtlicher Lösungsverfahren von Klein- und ehemaligen Notwasserwerken sowie von diversen Wasserverteilungsanlagen in Wien, so unter anderem die Weiterführung des wasserrechtlichen Lösungsverfahrens für die Laudon'sche Wasserleitung und das wasserrechtliche Verfahren für die Umgestaltung des Wasserbehälters Lainz sowie die Weiterführung behördlicher Verfahren für das Grundwasserwerk Donauinsel Nord.

Im Bereich der I. Hochquellenleitung wurden mehrere Verfahren für die Realisierung von Projekten durchgeführt, insbesondere von Kleinprojekten im Quellenschutzgebiet sowie in den Grundwasserwerksanlagen. Vor allem sind die Weiterführung des wasserrechtlichen Verfahrens für die Ausgestaltung von drei Brunnen des Grundwasserwerkes Wöllersdorf sowie der Ausbau eines Wasserleitungsaufsehergebäudes anzuführen. Weiters wurde das wasserrechtliche Verfahren für eine Parallelrohrstranglegung im Bereich Reichenau an der Rax mit den dazugehörigen privatrechtlichen Vereinbarungen durchgeführt. Was die II. Hochquellenleitung betrifft, wurden die Verfahren für zahlreiche Projekte neu eingeleitet, weitergeführt bzw. abgeschlossen, wobei insbesondere die vielfältigen Hangentwässerungsprojekte entlang der gesamten Trasse anzuführen sind. Die wasserrechtlichen Verfahren für den Ausbau der zweiten Stufe des Kraftwerkes Gaming konnten mit Erfolg weitergeführt werden. Weiters wurden die bau- und naturschutzbehördlichen Verfahren für die Renovierung und Ausgestaltung mehrerer Aufseherhäuser durchgeführt. Die Weiterführung des Projektes III. Wasserleitung war auch im Jahre 1987 schwierig, da alle zur Genehmigung noch ausstehenden Detailprojekte rechtlich in sich verflochten sind. So war weder beim Detailprojekt A — Grundwasseranreicherung (Wegfall) noch beim Detailprojekt C — Ausgleichsmaßnahmen im Deltabereich Fischa-Piesting und beim Detailbereich E — 1. Teil — Bewässerung in den Schutzgebieten teils durch langwierige Ermittlungsverfahren, teils aufgrund von Verwaltungsgerichtshofbeschwerden ein Fortschritt zu erzielen. Das Detailprojekt D — Maßnahme zur Sicherung des notwendigen Mindestabflusses an der Fischa — wurde bereits am 30. Jänner 1987 zur wasserrechtlichen Bewilligung eingereicht, doch auch in diesem Fall sind die Begutachtungen der Sachverständigen noch ausständig. Im Zuge der Weiterführung des Bauvorhabens Pfannbauernquelle wurden die notwendigen behördlichen Verfahren, unter anderem das naturschutzrechtliche Verfahren für das Hebewerk sowie das forstrechtliche Verfahren für die Baustelleneinrichtung, durchgezogen. Auch wurden zahlreiche Entschädigungsvereinbarungen mit den betroffenen Grundeigentümern abgeschlossen. Von Bedeutung war vor allem der Abschluß eines Entschädigungsübereinkommens mit der STEWEAG, das die Ansprüche dieses Elektrizitätsversorgungsunternehmens für den Entfall der Wasserkraft an den Ennskraftwerken bei Einleitung der Pfannbauernquelle endgültig regelt.

1987 traten etwa 50 Wasserrohrgebrechen auf, bei denen Schadenersatzforderungen zu verzeichnen waren. Die Liquidation der Schadenersatzforderungen wurde jeweils im Einvernehmen mit der Wiener Städtischen Versicherung vorgenommen, wobei in einigen Fällen unberechtigte Forderungen auch zurückgewiesen werden mußten. 195 Schadensakte im Zusammenhang mit Beschäftigungen von Wasserleitungsanlagen konnten abgeschlossen werden. Die Beiträge, die teilweise anstandslos, anderenteils im Klagewege eingebracht wurden, beliefen sich auf 2,410.000 S. Im Zusammenhang mit der strengen Frostperiode des vergangenen Winters mußte ein Kostenersatz für beschädigte Wasserzähler vorgeschrieben werden. Ferner fielen mehrere Berufungen gegen Kostenvorschreibungen an, auch Berichtigungen von Abgabenbescheiden waren vorzunehmen. Aufgrund von Beanstandungen durch die Wasserleitungsaufsichtsorgane kam es zur Einleitung von 30 Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretung des Wasserversorgungsgesetzes.

Im Zusammenhang mit der Verwaltung des Grundbesitzes sowie der Sicherung des Bestandes und Betriebes aller Wasserleitungsanlagen mußten rund 70 Bestands-, Gestattungs- und sonstige Verträge neu abgeschlossen bzw. entsprechend geändert werden. Ferner wurden 135 Fischereilizenzen für den Wienerwaldsee samt Zuflüssen ausgestellt. Rund 300 behördliche Verfahren, bei denen die Stadt Wien als Partei betroffen war, wurden lagerbuchmäßig bearbeitet. Für die im Interesse der Stadt Wien gelegenen Vorhaben Fremder wurden Kostenzuschüsse durch die verfassungsmäßig zuständigen Organe der Stadt Wien auf Antrag der Abteilung genehmigt, und zwar für die Kapelle des Trachtenmusikvereines 2.500 S, für die Steiermärkische Berg- und Naturwacht Neuberg 2.500 S, für die Steiermärkische Berg- und Naturwacht Gußwerk 2.500 S, für den Fremdenverkehrsverein Wildalpen 2.500 S, für den Verein „Freunde des Neuburger Münsters“ 5.000 S, für die Freiwillige Feuerwehr Prein/Rax 5.000 S, für den Musikverein „Trachtenkapelle Neuberg“ 10.000 S, für die Freiwillige Feuerwehr in Schranawand 10.000 S, für die Trachtenkapelle Gußwerk 10.000 S, für die Talkapelle Wildalpen 2.500 S und für die Steiermärkische Berg- und

Naturwacht Bruck/Mur 5.000 S. 159 Fälle bezüglich der Gebarung mit Haftrückklassen waren durchzuführen. Schließlich wurden mehrere Grundtransaktionen eingeleitet und abgeschlossen. Diese Grundtransaktionen hatten sowohl den Liegenschaftsankauf zur Erweiterung und Arrondierung der Quellenschutzgebiete als auch den Abverkauf von Grundflächen, die aus betrieblichen Gründen nicht mehr gebraucht werden, zum Inhalt. Es mußten auch Grundabtrennungen im Zuge des Ausbaus öffentlicher Straßen im Bereich der Anlagen der I. und II. Hochquellenleitung behandelt werden. Insbesondere wird auf den Abschluß des Tauschvertrages zwischen der Stadt Wien und der Republik Österreich verwiesen, der die Schenkung des Grundwasserwerkes Wöllersdorf an die Stadt Wien betraf. Dabei wurden Grundflächen im Ausmaß von 30.150 m<sup>2</sup> als Brunnenschutzgebiet in das Eigentum der Stadt Wien übertragen. Neben den sonstigen Rechtsbehelfen war die Aufarbeitung von 30 Lieferungen des „Österreichischen Rechtes“, von 26 Lieferungen des „Landesgesetzblattes für Niederösterreich“, von je 3 Lieferungen der „Wiener Rechtsvorschriften“ und der „Rechtsvorschriften zu Umweltschutz und Raumordnung“ erforderlich.

## Stadtgartenamt

Im Jahre 1987 wurden 2.302 öffentliche Gartenanlagen mit einer Gesamtfläche von 17.654.573 m<sup>2</sup>, darunter 23 Lagerwiesen mit 852.671 m<sup>2</sup> und der „grüne“ Prater mit 75.737 Alleebäumen in 1.530 Straßen mit einer Länge von 648.151 m gepflegt. Für andere Dienststellen wurden 1.589 Wohnhausgärten mit 5.963.112 m<sup>2</sup>, 242 Schulgärten mit 667.027 m<sup>2</sup>, 13 öffentliche Grünflächen in Siedlungen mit 253.474 m<sup>2</sup>, 217 Grünanlagen in Kindergärten und Horten mit 461.885 m<sup>2</sup>, 8 Jugendspielplätze mit 14.182 m<sup>2</sup> sowie 4 Grünflächen in Kinderfreibädern mit 2.584 m<sup>2</sup> gärtnerisch betreut.

Eine Reihe von Gartenanlagen wurde neu hergestellt, umgestaltet oder instand gesetzt: Im 1. Bezirk wurde der Baumbestand beidseitig der Ringstraße vom Julius-Raab-Platz bis zur Babenbergerstraße saniert, wobei die Kosten 20 Millionen Schilling ausmachten. Im 2. Bezirk wurde nach dem Ausbau der Oberen Augartenstraße durch die MA 28 mit deren gärtnerischen Ausgestaltung begonnen (Jahresrate: 500.000 S) und zusätzlich Baumpflanzungen durchgeführt (Gesamtkosten 170.000 S). Der Kinderspielplatz auf der Jesuitenwiese im Prater wurde mit Kosten von 337.000 S ausgestaltet. Die städtischen Wohnhausanlagen in der Taborstraße 61 und der Zirkusgasse 32 wurden mit einem Gesamterfordernis von 540.000 S gärtnerisch ausgestaltet. An der Auffahrtsrampe des Scandic Crown Hotels wurde mit der gärtnerischen Ausgestaltung begonnen, wobei die Baurate 500.000 S ausmachte. Für die Pflege des rechten Donaudammes wurden 700.000 S aufgewendet. Im 3. Bezirk wurde die Wohnstraße Kolonitzplatz in Zusammenarbeit mit der MA 28 begrünt (796.000 S) sowie der Baumbestand saniert. Vor der Tierärztlichen Hochschule in der Linken Bahngasse wurde eine Wohnstraße mit einem Aufwand von 264.000 S begründet. Mit einem Gesamtaufwand von 749.000 S wurde eine als Erholungsgebiet-Parkanlagen gewidmete Fläche hinter dem Rennweger Sportplatz neben dem St. Marxer Friedhof aufgeschlossen und bepflanzt. Ebenso einfach begrünt wurde die Fläche hinter dem Rennweger Sportplatz, die sich derzeit noch in der Verwaltung der MA 51 befindet und künftig eine Widmung als Erholungsgebiet-Parkanlagen aufweisen soll. In der Löwenherzgasse wurden neun Bäume gepflanzt, die Kosten betragen 83.000 S. Im Schweizergarten wurde der Spielplatz neben dem Kinderfreibad mit einem Kostenaufwand von 354.000 S saniert und mit neuen Spielgeräten ausgestattet. Im 4. Bezirk wurden sieben Bäume in der Margaretenstraße gepflanzt. Die Kosten betragen 85.000 S. Die Flächen in der Wiedner Hauptstraße bei der Technischen Universität wurden mit Kosten von 75.000 S begrünt. Auf Rechnung der Technischen Universität (TU) wurden die vom Baugeschehen zerstörten Flächen im Resselpark mit einem Aufwand von 172.000 S wiederhergestellt. Auf Rechnung der Verkehrsbetriebe wurde der Innenhof der TU in der Taubstummengasse saniert (217.000 S). Im 5. Bezirk wurde die Wohnstraße in der Gassergasse begrünt. Die Kosten betragen 227.000 S. Die Bepflanzung von Wohnstraßen, und zwar der Bräuhausgasse (Kosten: 93.000 S) und des Bacherplatzes (Aufwand: 81.000 S), wurde ebenfalls durchgeführt. Die Pflanzung von fünf Bäumen in der Amtshausgasse verursachte Kosten von 64.000 S. Mit einem Gesamtaufwand von 166.000 S wurden vier Bäume in der Rampersdorfgasse und drei große Bäume hinter der Kirche saniert. Im 6. Bezirk begann man mit dem Ausbau der Parkanlage in der Wienzeile 24–32 auf den Denzelgründen. Nach Erstellung des Planums für die Anlage im Sommer wurden die Wegebauarbeiten und die Humusierung durchgeführt, so daß bereits im Herbst der Großteil der Sanierung abgeschlossen werden konnten. Die Baurate des Jahres 1987 mit 4 Millionen Schilling wurde zur Gänze ausgeschöpft. Die von der MA 28 als Wohnstraße ausgebauten Rahlgasse wurde mit einem Kostenaufwand von 138.000 S begrünt. Die Begrünung der Wohnstraße in der Spalowskygasse kostete 48.000 S. Die Grünflächen in der Wohnstraße Barnabiten-gasse wurden mit einem niederen Einfassungsgitter versehen, wobei die Kosten 64.000 S betragen. Um einer Zerstörung der Grünflächen durch Hunde vorzubeugen, wurde die große Wiese des Hubert-Marischka-Parkes eingezäunt (86.000 S) und in der Morizgasse die Baumscheiben mit einem Gitter versehen (90.000 S). In der Liniengasse erfolgte mit einem Aufwand von 103.000 S die Pflanzung von neun Bäumen. Um den Spielplatz am Loquaipplatz wurde eine Hainbuchenhecke gepflanzt (28.000 S). Im 7. Bezirk wurde am Ulrichsplatz und beim Augustinerbrunnen eine Wohnstraße begrünt. Die Kosten

betragen 123.000 S. Im Sophien-Spital wurden die Grünflächen instand gesetzt und die Bäume geschnitten. Die Kosten, die von der MA 17 getragen wurden, betragen 205.000 S. Am Europaplatz erfolgten Umpflanzungsarbeiten für die U-Bahn, Abschnitt U3/13. Im 8. Bezirk wurde der Schönbornpark mit einem Aufwand von 7,370.000 S umgestaltet. Die bestehenden Spielbereiche wurden normgerecht ausgebaut, auf dem vorhandenen Luftschutzbunker ein Spielbereich für Jugendliche errichtet. Das Parterre des Palais Schönborn wurde nach Stichen um 1737 in den Proportionen historisch getreu wiederhergestellt und in die übrige Planung einbezogen. Im 9. Bezirk wurde die Servitengasse im Rahmen des Wohnstraßenprogrammes mit einem Aufwand von 240.000 S gärtnerisch ausgestaltet, ebenso die Borschkegasse (45.000 S) und die Strudlhofgasse (100.000 S). Der Spielbereich der Roßauer Lände und der Donaukanalpromenade wurde mit einem Kostenaufwand von 260.000 S ausgebaut und verbessert. Die 1987 abgeschlossene Umgestaltung des Liechtensteinparkes kostete 4,000.000 S.

Im 10. Bezirk wurde der Spielplatz Mond im Kurpark Laaerberg mit einem Kostenaufwand von 696.000 S umgestaltet. Die Errichtung einer WC-Anlage beim Eingang Süd zum Kurpark Laaerberg kostete 112.000 S. Die Instandsetzung der Grünfläche am Laubeplatz erfolgte mit einem Kostenaufwand von 48.000 S. Am Paltramplatz wurde die Fläche mit der Widmung Erholungsgebiet-Parkanlagen um 259.000 S flächenmäßig erweitert. Mit einem Kostenaufwand von 71.000 S wurden in der Passinigasse 10 Bäume gepflanzt. Ebenfalls 10 Bäume wurden in der Wohnstraße Erlachgasse gepflanzt (100.000 S). Die Gesamtkosten für die Begrünung der Wohnstraßen in der Alxinger-, Herz- und Hardtmuthgasse betragen 568.000 S. Der Oberlaaer Platz wurde als Wohnstraße begrünt (94.000 S). Mit einem Gesamtaufwand von 507.000 S wurde eine Fläche mit der Widmung Erholungsgebiet-Parkanlagen in der Puchsbaumgasse hergestellt. In der Wienerberg Ost-Gasse 6085 wurden 163 Bäume mit einem Kostenaufwand von 69.000 S gepflanzt. Mit einer Bausumme von 2,585.000 S wurde eine Fläche mit der Widmung Erholungsgebiet-Parkanlage am Wienerberg neu hergestellt und aufgeschlossen. Die angrenzende Wohnhausanlage wurde neugestaltet (6,059.000 S). Der Frödenplatz wurde instand gesetzt, die Kosten von 160.000 S wurden von der MA 28 getragen. Die Umlandsanierung bezahlte die MA 24 (87.000 S). Die Kosten für die Baumpflanzung in der Höhe von 25.000 S beim Franz-Josef-Spital ging zu Lasten der MA 17. Die Umpflanzung der Umleitungsstrecke Triester Straße—Computerstraße erforderte einen Aufwand von 66.000 S, den die Wiener Bundesstraßen AG trug. Die Umgestaltung des Wasserbehälters Laaerberg erfolgte über Auftrag und auf Rechnung der Wasserwerke (434.000 S). Die gärtnerische Gestaltung der Wohnhausanlage am Puchsbaumplatz 13 kostete 136.000 S. Im 11. Bezirk wurden mit einem Kostenaufwand von 541.000 S 31 Bäume in der Leberstraße gepflanzt. Im Sinne einer Verkehrsberuhigung wurde in der Sängergasse eine Art von Straßenbegleitgrün mit einem Aufwand von 42.000 S hergestellt. Eine in Albern vorgenommene Baumordnung kostete 55.000 S, die von der MA 28 getragen wurden. Zur Beschleunigung der Straßenbahnlinie 6 wurde die Geiselbergstraße instand gesetzt und bepflanzt, wobei die Kosten von 50.000 S zu Lasten der Verkehrsbetriebe gingen. Auf Rechnung der MA 44 erfolgte beim Hallenbad Simmering ein Baumschnitt (55.000 S). Zu einer Neugestaltung in Form von Straßenbegleitgrün kam es auch in der Lautenschlägergasse, deren Kosten von 159.000 S die MA 28 übernahm. In der Simmeringer Hauptstraße 156 wurden Baumpflanzungen und -rodungen auf Kosten der Verkehrsbetriebe (39.000 S) durchgeführt. Ebenso ging die Neugestaltung auf der Simmeringer Hauptstraße bei ONr. 252 in der Höhe von 169.000 S zu deren Lasten. Im 12. Bezirk erfolgte in der Meidlinger Hauptstraße im Zuge einer Wohnstraßenneugestaltung eine Pflanzung von vier Bäumen samt einer Begrünung, deren Kosten 55.000 S ausmachten. Die Neuherstellung einer Fläche mit der Widmung Erholungsgebiet-Parkanlagen in der Korbergasse wurde mit einem Aufwand von 60.000 S durchgeführt. Ferner wurde eine Fläche mit der Widmung Erholungsgebiet-Parkanlagen im Leopoldipark umgestaltet (73.000 S), 42.000 S kostete eine Baumpflanzung. Mit einem Gesamtaufwand von 833.000 S wurde am Marschallplatz eine Wohnstraße begrünt. Zur Herstellung eines Sickerschachtes und eines Trinkbrunnens in der Marx-Meidlinger-Straße wurden 85.000 S benötigt. In der Vierthalgasse wurde eine Fläche mit der Widmung Erholungsgebiet-Parkanlagen mit einem Gesamterfordernis von 1,162.000 S erweitert. Die Kosten von 37.000 S für die Versetzung von Baumschutzbügeln in der Steingasse gingen zu Lasten der MD-Baudirektion. In der Folge des U-Bahn Baues, Abschnitt U 6/4, kam es zu einer Begrünung am Gaudenzdorfer Gürtel (726.000 S). Im 13. Bezirk wurden im Bereich des Lainzer Platzes nach dem Straßenumbau durch die MA 28 die Restflächen als Rasen- und Strauchflächen ausgestaltet und zusätzlich sieben Bäume neu gepflanzt. Die Gesamtkosten betragen 200.000 S. Im Bereich der Schutzzone Gloriettegasse wurde die bestehende Anlage instand gesetzt (400.000 S). Im Bereich der Jagdschloßgasse und Tolstojgasse wurde in die von der MA 28 hergestellten Baumscheiben acht Bäume gepflanzt (100.000 S). Die Instandsetzung von Grünstreifen in der Amalienstraße und Wattmannngasse erfolgte mit einem Aufwand von 525.000 S. Die Gartenanlage Fichtnergasse—Hietzinger Hauptstraße wurde mit einem Kostenaufwand von 340.000 S instand gesetzt und mit einem Sezessionsgitter versehen. Die Kosten für die Arbeiten, die für andere Magistratsabteilungen durchgeführt wurden, betragen 86.000 S. Im 14. Bezirk wurden für die Begrünung der Wohnstraßen Lortzinggasse und im Bereich Laurentiusplatz—Breitenseer Straße 170.000 S benötigt. Der zweite Teil der Herstellung der Gartenanlage Missindorfstraße—Hütteldorfer Straße kostete 530.000 S. Für Begrünungsmaßnahmen, und zwar für die Herstellung neuer Grünflächen und die Pflanzung von 50 Bäumen, nach dem Umbau der Linzer Straße durch die MA 28 zwischen der Rottstraße und Zehetnerstraße wurden 1,841.000 S aufgewendet. Die Instandsetzungskosten für den Ferdinand-Wolf-Park, Reinlpark, Matznerpark und die Gartenanlage Schützplatz betragen 1,456.000 S. Die gärtnerische Herstellung nach

dem Umbau des Bereiches vor der Schnellbahnstation Breitensee kostete 653.000 S. Für Arbeiten, die für andere Magistratsabteilungen durchgeführt wurden, mußten in diesem Bezirk 145.000 S aufgewendet werden. Im 15. Bezirk wurde mit der Herstellung einer Gartenanlage in der Ullmannstraße 19—27 begonnen (1,200.000 S). Es wurden Ruhe-, Gerätespiel- und Ballspielplätze angelegt und eine Wegoberfläche als wassergebundene Oberfläche ausgestaltet. Die Kosten für die Begrünung der neuen Wohnhausanlagen Kellinggasse 13, Anschützgasse 10, Ortnergasse 5, Fünfhausgasse 6—8, Storchengasse 22 und Beckmannngasse 64 und 66 betragen 2,340.000 S. Für die MA 38 wurden 16 Ersatzpflanzungen sowie Umbauten von Grünanlagen am Reithofferplatz und im Bereich des Westbahnhofes mit Gesamtkosten von 638.000 S durchgeführt. Die Gartenanlage Vogelweidplatz wurde mit einem Aufwand von 268.000 S saniert. Die Erweiterung der Fläche mit der Widmung Erholungsgebiet-Gartenanlagen in der Reichsapfelgasse wurde mit einem Kostenaufwand von 261.000 S durchgeführt. In der Dieffenbachgasse und der Rosinagasse wurden Wohnstraßen mit Baum- und Strauchpflanzungen hergestellt (445.000 S). Die Kosten für Baumpflanzungen im Bereich des Kirchenplatzes in der Reindorfstraße betragen 43.000 S. Arbeiten für andere Magistratsabteilungen in diesem Bezirk verursachten einen Aufwand von 53.000 S. Im 16. Bezirk wurden die Wohnstraßen im Bereich des Kernstockplatzes mit einem Aufwand von 1,500.000 S gärtnerisch umgestaltet. Die Fortsetzung der Arbeiten an der Gartenanlage Kernstockplatz erforderte Mittel von 924.000 S. Die Kosten für die Ausgestaltung der Außenanlagen der städtischen Wohnhausanlagen in der Friedrich-Kaiser-Gasse, Roseggergasse 43, Bachgasse 22 und Ottakringer Straße 145 betragen 362.000 S. Die von der MA 28 hergestellten Wohnstraßen Gaullacher-, Speckbacher- und Römergasse wurden mit Baum- und Strauchpflanzungen versehen (386.000 S). Die Instandsetzung und teilweise Umgestaltung der Gartenanlagen Richard-Wagner-Platz und Joachimsthaler Platz erfolgten mit einem Aufwand von 671.000 S. Für Arbeiten, die für andere Magistratsabteilungen durchgeführt wurden, mußten 209.000 S aufgewendet werden. Im 17. Bezirk wurde nach Fertigstellung des Wohnstraßenprogrammes der MA 28 die Sautergasse von der Wurlitzergasse bis zur Heigerleinstraße begrünt, wofür Kosten von 250.000 S entstanden sind. Im 18. Bezirk wurde die Thimiggasse als Wohnstraße mit Gesamtkosten von 70.000 S gärtnerisch ausgestaltet, ebenso die Schindlergasse (150.000 S). Wesentliche Verbesserungen diverser Gartenanlagen durch Umgestaltungen und die Aufstellung von Spielgeräten erforderten Mittel von 265.000 S für den Maria-Ebner-Eschenbach-Park, 450.000 S für den Schubertpark und 160.000 S für einen Besslerpark in der Möhnergasse. Im Anton-Baumann-Park wurde der durch den Bau der U-Bahn-Station Michelbeuern und des damit verbundenen Fußgängersteiges beeinträchtigte Teil mit einem Aufwand von 630.000 S instand gesetzt. Im 19. Bezirk wurden Wohnstraßen gärtnerisch ausgestaltet, und zwar die Börnergasse (100.000 S), die Zahnradbahnstraße und der Pfarrplatz (600.000 S) sowie die Sieveringer Straße von der Windhaberbis zur Brechergasse (90.000 S). In der Krottenbachstraße wurde eine gärtnerische Ausgestaltung im Bereich der Vorortelinie mit einem Aufwand von 40.000 S durchgeführt. Die Neuanlage einer Grünfläche in der Görgengasse entlang der Wohnhausanlage Weinberggasse 70—74 kostete 400.000 S. Die Verbesserung der Gartenanlagen durch Sanierung und die Neuaufstellung von Spielgeräten kosteten im Strauß-Lanner-Park 700.000 S, im Straßenzug In der Krim 140.000 S, auf der Hohen Warte 120.000 S und am Robert-Stolz-Platz 130.000 S. In der Wohnhausanlage Weinberggasse 70—74 entstand ein öffentlicher Park (2,600.000 S). Die erste Baurate für einen in der Raimund-Zoder-Gasse entstandenen Park betrug 1 Million Schilling. 1,500.000 S kostete die Ausgestaltung der Freiflächen des Sommerbades Döbling. Nach Arbeiten der MA 28 in der Hohenauergasse wurden 10 Bäume gepflanzt (100.000 S). Im 20. Bezirk wurde die Wohnstraße auf dem Brigittaplatz mit Kosten von 400.000 S ausgestaltet und die Fläche mit der Widmung Erholungsgebiet-Parkanlagen um die Kirche saniert. Mit einem Betrag von 310.000 S wurde der Spielplatz auf dem Allerheiligenplatz umgestaltet. Die gärtnerische Ausgestaltung der Wohnhausanlage Dresdnergasse kostete 300.000 S. Die Kosten für die gärtnerische Pflege am rechten Donaudamm betragen 700.000 S. Im 21. Bezirk wurde die Fläche mit der Widmung Erholungsgebiet — Parkanlagen in der Carabelligasse um 1 Millionen Schilling neu gestaltet. Mit dem naturnahen Ausbau der Uferböschungen an der Oberen Alten Donau wurde begonnen, wofür die 1. Baurate 1 Millionen Schilling betrug. Nach dem Ausbau der Schloßhofer Straße durch die MA 28 waren Baumsanierungsmaßnahmen (270.000 S) erforderlich. Für die teilweisen Neugestaltungen und Pflegemaßnahmen auf der Donauinsel und am linken Donaudamm wurden 3,018.000 S benötigt. Baumpflanzungen wurden in der Langenzersdorfer- und Überfuhrstraße, der Pichlmayer-, Weißenwolff-, Audorf- und Liesneckgasse durchgeführt, wofür die Kosten 662.000 S betragen. Im 22. Bezirk wurde die Fläche mit der Widmung Erholungsgebiet-Parkanlagen in der Polgarstraße um 90.000 S umgestaltet. Die Kosten für die Umgestaltung des Spielplatzes in der Aspernstraße betragen 400.000 S. Ferner wurden Baumschnittarbeiten im Bereich der Unteren Alten Donau durchgeführt (Kosten: 500.000 S). Zur Pflege und Ausgestaltung der Donauinsel und des linken Donaudammes wurden 3,018.000 S aufgewendet. Baumpflanzungen wurden in der Bernoullistraße, der Hardeg-, der Tamarisken-, Zschokke- und der Theodor-Kramer-Gasse durchgeführt (572.000 S). Die Kosten für die Pflege der Grünanlagen in Sozialmedizinischen Zentrum Ost betragen 566.000 S. Im 23. Bezirk machte der Gesamtaufwand für die Instandsetzung der Gartenanlagen in der Dr.-Barilits-Gasse, Tullnertal-, Lechtaler- und Rössergasse 1,291.000 S aus. Weiters wurden in der Jochen-Rindt-Straße und Keltengasse 70 Bäume und Grünstreifen angelegt (1,849.000 S). Zur Ausgestaltung von Grünflächen in Wohnhausanlagen waren insgesamt 3,211.000 S erforderlich. Mit einem Gesamtaufwand von 268.000 S wurden nach Straßenumbauten Grünstreifen in der Draschestraße, der Hödl-, Ziedler- und Kellerberggasse hergestellt. Für die MA 51 wurden auf diversen Sportanlagen gärtnerische Arbeiten durchgeführt (2,563.000 S). Im

Zuge der unmittelbaren Bundesverwaltung wurden auf Bundesstraßen A und B für Pflege- und gärtnerische Arbeiten an diversen Grünverbauungsprojekten Mittel von 47,187.000 S benötigt. Die Kosten für Arbeiten, die für andere Magistratsabteilungen durchgeführt wurden, samt der für die Arbeiten an der Liesingbachverbauung betrugen 2,491.000 S.

In 546 Fällen hat das Stadtgartenamt bei der Vollziehung des Baumschutzgesetzes als Sachverständiger mitgewirkt. Von den Organen des amtlichen Pflanzenschutzdienstes wurden 5.237 Begehungen in Klein-, Siedler- und Privatgärten vorgenommen. Weiters wurden zur Schulung der Gartenbesitzer ein Vortrag, ein Lichtbildvortrag und 6 Filmvorführungen veranstaltet. Aufgrund der Pflanzenschutzverordnung mußten 6.750 Sendungen, aufgrund der Verordnung nach dem Qualitätsklassengesetz 5.375 Sendungen überprüft werden.

## Bäder

Im Jahre 1987 waren 61 städtische Bäder, und zwar 12 Hallenbäder (davon 6 mit angeschlossenem Sommerbad), 10 Sauna- und Warmbäder (davon eines mit Sommerbad), 12 Sommer-, 22 Kinderfrei- und 5 Volksbäder, in Betrieb.

Verschiedene bauliche und betriebliche Veränderungen wurden, wie in den vergangenen Jahren, durchgeführt. So wurden die Bauarbeiten für den Zubau eines Sommerbades zum Hallenbad Döbling in 19, Gweygasse 6, fortgesetzt; die Eröffnung erfolgte am 1. Mai 1988. Mit den Generalsanierungsarbeiten im Kongreßbad in 16, Julius-Meinl-Gasse 7a, wurde im Frühjahr 1987 begonnen. Die Fertigstellung war für Juni bzw. Juli 1988 vorgesehen. Ferner wurden die Sanierungsarbeiten am Sportbecken, den Beckenumgängen und Filteranlagen im Krapfenwaldbad in 19, Krapfenwaldgasse 65–73, in Angriff genommen.

In der Saison 1987 waren in den städtischen Bädern mit 4,436.208 Besuchern im Vergleich zum Vorjahr um 330.324 oder 6,9 Prozent weniger Badegäste. Auf die Schwimmhallen entfielen 1,387.412 (31,3%), auf die Saunabäder 685.087 (15,4%), auf die Brausebäder 575.620 (13,0%) und auf die Sonnenbäder 6.584 (0,1%) Besucher. In die Sommerbäder kamen insgesamt 1,619.200 (36,5%), in die Kinderfreibäder 111.809 (2,5%) Badegäste.

Die Zahl der Besucher hat im Vergleich zum Vorjahr in den Schwimmhallen (–40.148 oder 2,8%) und in den Saunabädern (–19.678 oder 2,8%) abgenommen. In den Brause- und Wannengebädern (–33.236 oder 5,5% und –2.064 oder 3,9%) ist die Frequenz schon seit Jahren rückläufig. Die Kinderfreibäder waren stärker besucht (+5.124 oder 4,8%), nicht aber die Sommerbäder (–239.402 oder 12,9%), was auf das kalte Wetter in den Sommermonaten Mai und Juni zurückzuführen ist.

## Wasserbau

Im Rahmen der Gruppe Allgemeines, die sich hauptsächlich mit der Administration der Abteilung befaßt, wurde am 2. Juli nach der Umlagerung des Deponiegutes und der Wiederverfüllung der Grube mit geeignetem Material die Sanierung der Altlast „Im Gestockert“ im 22. Bezirk mit der Wiederherstellung des Kleingartenbereiches abgeschlossen. Am 7. September wurden die Arbeiten auf der Deponie Rautenweg mit der Herstellung des Einfahrtsbereiches, den Arbeiten für die Wasserhaltung und der Ausgestaltung des Randgrabenbereiches fortgesetzt. Diese Bauarbeiten sollen nach der technisch bedingten Unterbrechung in der Zeit vom 14. Dezember 1987 bis zum 12. März 1988 im Sommer 1988 abgeschlossen werden. Am 9. Dezember wurde mit der Herstellung von 64 Gasbrunnen auf der 1. und 2. Berme des Nord- und Westbereiches der Deponie begonnen. Dazu werden in Abständen von 50 bis 70 m Bohrungen bis zur Deponiesohle niedergebracht, die dann mit Stahlfilter- und Vollrohren sowie Filterkies ausgebaut werden. Als obere Abdichtung des Bohrloches wird eine 2,5 m dicke Zement-Betonit-Schicht eingebracht, um ein Ansaugen von Falschluff zu verhindern. Die Herstellung der Gasbrunnen soll bis Ende März 1988 abgeschlossen werden.

Im Bereich der Gruppe Amtssachverständige wurde neben der laufenden Arbeit, die unter anderem in der Prüfung von 132 genehmigungsfähigen Projekten nach § 104 WRG 1959 und in der Kollaudierung von 83 wasserrechtlich genehmigten Anlagen bestand, an 252 wasserrechtlichen, 207 gewerberechtlichen und 144 baubehördlichen bzw. sonstigen Verhandlungen teilgenommen. Zusätzlich wurden 196 Ortsaugenscheine, Erhebungen bzw. Überprüfungen durchgeführt.

Laut Schiffspatentverordnung, BGBl. Nr. 120/1936, wurden vom Amtssachverständigen 303 Motorschiffe und Sportboote sowie 727 Mietboote überprüft, gemäß dem Schiffahrtsanlagengesetz, BGBl. Nr. 12/1973, Schiffahrtsanlagen, die zu den Mietbooten gehören, kontrolliert.

Im Rahmen des Donauhochwasserschutzes Wien wurden am rechten Donauufer die Bauarbeiten für das Projekt Rechter Donaudamm zum Teil weitergeführt. Die Arbeiten am Abschnitt II C + D – Innstraße bis zum

Gelände der Ersten Donau Dampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG) sind bis zum Vorliegen des Ergebnisses des Wettbewerbes „Chancen für den Donaauraum Wien“ vorübergehend eingestellt.

Im Bereich der Schiffsanlegestelle der DDSG in Nußdorf wurde eine Uferstrecke von rund 200 m hochwasserfrei ausgebildet. Um die Begehbarkeit des Fußgängerdurchganges unter der Franz-Josefs-Bahn zur Heiligenstädter Straße aufrechterhalten zu können, war die Errichtung einer Stützmauer notwendig. Die Bauarbeiten wurden im Oktober abgeschlossen. Mit den Bauarbeiten am Rechten Donaudamm im Abschnitt 4 A — Lößlweg bis Meiereistraße, Scandic Crown Hotel — wurde am 1. April begonnen. Dieser Bauabschnitt reicht von km RD 5,972 bis km RD 6,322. Die Linienführung des Damms bzw. der seitlichen Begrenzungen wird einerseits durch die bestehende Uferkante, andererseits durch das Hotel mit seinen Nebeneinrichtungen (Terrassen, Parkplätze, Tennisplätze) bestimmt. Parallel zum Ufer ist ein 3,50 m breiter Treppelweg vorgesehen, der auch beleuchtet wird. Der hochwasserfreie Hauptweg wird landseits des Hotels geführt. Die Anbindung an den Handelskai erfolgt über eine Straßenbrücke, die im Zuge des Hotelumbaus errichtet wird.

Um neuerliche Bauarbeiten bei der Errichtung der Staustufe Wien zu vermeiden, werden im Namen und auf Kosten der Österreichischen Donaukraftwerke AG verschiedene Bauteile (Ufersicherungen, Dichtungen) mithergestellt. 1987 konnten die Untergrund- und Betonarbeiten im wesentlichen abgeschlossen werden, ebenso auch die erforderlichen Dammschüttungen.

Die Planungsarbeiten bezogen sich auf Projektierungen und Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Wettbewerb „Chancen für den Donaauraum Wien“.

Am linken Donauufer konnte beim Bau des Entlastungsgerinnes im Baulos 2, das sich vom Einlaufbauwerk Langenzersdorf bis zum Wehr 1 über eine Länge von rund 12 km erstreckt, die Gerinnebaggerung abgeschlossen werden. Insgesamt wurden 16,6 Millionen Kubikmeter Aushubmaterial gewonnen und für den Bau der Donauinsel verwendet; 2,6 Millionen Kubikmeter mußten als Überschußmaterial auf Deponien außerhalb des Baubereiches gelagert werden. Im Bereich der Neuen Donau zwischen Einlaufbauwerk und Jedleseer Brücke wurde der durch Hochwässer abgelagerte Schlamm entfernt und damit einerseits das volle Abflußprofil wiederhergestellt, andererseits eine Verbesserung der Badewasserqualität in diesem Abschnitt erreicht. Im Zuge der Ausbau- und Gestaltungsarbeiten stromab der Reichsbrücke konnten die Stiegenanlagen und Hartflächen am linken Ufer der Neuen Donau vor Kaisermühlen zum größten Teil fertiggestellt werden. Mit dem Oberflächenausbau der Donauinsel in diesem Bereich wurde ebenfalls begonnen. Am Baulos 1, das sich vom Hafen Lobau bis zum Wehr 1 über eine Länge von etwa 10 km erstreckt, konnten die Baggerarbeiten abgeschlossen werden. Insgesamt wurden bisher 14,9 Millionen Kubikmeter Material ausgehoben und für den Bau der Donauinsel verwendet. Die Ausbau- und Gestaltungsmaßnahmen auf der Donauinsel und auf der linksufrigen Dammverstärkung wurden im Bereich des Wehres 2 fortgesetzt. Im Bereich der Steinspornbrücke wurden die Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur (Parkplätze, Radwege) abgeschlossen. Die Bauarbeiten am Wehr 2 wurden weitergeführt. Die fünffeldrige Wehranlage (Gesamtbreite rund 167 m) ist mit hydraulisch betriebenen Klappenverschlüssen ausgestattet. Das auf der Insel gelegene Wartengebäude kann über eine Betriebsbrücke, die auch die elektrischen und hydraulischen Steuerleitungen enthält, erreicht werden. 1987 wurden die Rohbauarbeiten soweit abgeschlossen, daß die Wehrverschlüsse eingesetzt und provisorisch betriebsbereit gemacht werden konnten. Das Wartengebäude wurde ebenfalls im Rohbau fertiggestellt.

Durch die provisorische Betriebsbereitschaft des Wehres 2 und den genannten Abschluß der Baggerarbeiten an den beiden Gerinne-Baulosen kann die Neue Donau nun die ihr zugeordnete Aufgabe der schadlosen Abfuhr von extremen Hochwässern voll erfüllen.

Für die Erhaltung der fertiggestellten Teile der Neuen Donau und der Donauinsel mußten neben einer Vielzahl von kleineren Arbeiten 160 ha Uferböschungen mehrmals gemäht und 36 km Badestrände gereinigt werden. Ein Teil der Erhaltungsarbeiten umfaßte auch die fertiggestellten Teile des rechten Donaudammes. Mit dem Mähboot der Stadt Wien wurde, wie in den vergangenen Jahren, der Unterwasseraufwuchs sowohl im Bereich des Südtails der Neuen Donau auf einer Fläche von rund 100 ha als auch im Bereich der Alten Donau (60 ha) fachgerecht zurückgeschnitten.

Auf dem Gebiet der Gewässeraufsicht wurden neben der laufenden Arbeit unter anderem Anzeigen über die Gewässergefährdung nach 72 Schadstoff- bzw. Ölnfällen sowie 6 Fälle von Fischsterben überprüft. Im Hinblick auf die komplizierten Sanierungsmaßnahmen war in 60 Fällen der Einsatz der Amtssachverständigen notwendig. Weiters erfolgte die Teilnahme an insgesamt 6 wasserrechtlichen, 254 gewerberechtlichen, 6 baubehördlichen sowie an 99 sonstigen Verhandlungen bzw. Besprechungen. Überdies wurden 1.288 Erhebungen und Überprüfungen durchgeführt. 86 Senkgruben, 366 Kläranlagen und 36 Benzinabscheider wurden durch Augenschein auf ihren Zustand überprüft. Im Kleinlabor der Abteilung wurden 104 Wasserproben, die Kläranlagen entnommen worden waren, untersucht und ausgewertet. Konnten Mißstände festgestellt werden, erfolgte die Einleitung der erforderlichen Maßnahmen. Ferner wurden 66 Schottergruben und Planien kontrolliert. Im gleichen Zeitraum mußten 104 Brunnen auf ihren Zustand und die Einhaltung des wasserrechtlichen Konsens sowie 8 Feuerlöschbrunnen auf ihre Ergiebigkeit überprüft werden. Im Zuge der Altlastenerhebungen und 1.571 Gewässerüberprüfungen wurden 1.743 Wasserproben entnommen und der MA 15 — Umweltmedizin zur Überprüfung übergeben. 10 Fließgewässer wurden einer turnusweisen Überprüfung unterzogen. In sieben Fällen wurde Strafanzeige erstattet. Im Einzugsgebiet



des Liesingbaches wurden zahlreiche Betriebsanlagen auf grundwasser- und niederschlagswassergefährdende Produkte und Lagerungen untersucht. Die Ausbreitung der Borverunreinigung, die vom Betriebsgelände der Cheka Handelsges.m.b.H. in 22, Gotramgasse 11, ihren Ausgang nahm, wurde in zweimonatigen Abständen weiterhin beobachtet. Die Sanierung der ehemaligen wilden Deponie auf dem Gelände der ÖBB in 22, Wagramer Straße, konnte abgeschlossen werden. In den Gebieten 10, Absberggasse, und 16, Herbststraße, in denen man chlorierte Kohlenwasserstoffe (CIKW) im Grundwasser feststellte, wurden weitere Sonden niedergebracht, um die Stelle, an der es zur Verunreinigung kam, zu lokalisieren. Nachdem eine erhebliche Verbesserung der Werte verzeichnet werden konnte, wurde die Sanierung der CIKW-Grundwasserverunreinigung in 2, Handelskai 385, eingestellt. Im Zusammenhang mit der „Grundwasserverunreinigung durch chlorierte Kohlenwasserstoffe im Ortsgebiet von Aspern“ wurden Grundwassersonden niedergebracht und das Institut für Wasserwirtschaft an der Hochschule für Bodenkultur mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Sanierungsprogrammes beauftragt. Schließlich wurden weitere Gerinnebegehungen am Mauerbach, Halterbach, Hainbach und Rosenbach durchgeführt.

Die Gruppe Hydrologie hat die im Hydrographiegesetz geregelte Auswertung der Daten von 24 Niederschlags- und 11 Temperaturmeßstellen sowie von 3 Oberflächenwasserpegeln und 118 Grundwassermessstellen fortgesetzt. 900 Grundwassermessstellen — an 140 Meßsonden wurde auch die Grundwassertemperaturen gemessen —, 25 Niederschlagsmessstellen, 14 Temperaturstationen, 12 Oberflächenwasserpegel, bei denen kontinuierliche Abflußmessungen erfolgen sowie 20 Meßstellen, bei denen anlässlich von Qualitätsuntersuchungen der Abfluß gemessen wird, wurden im Jahr 1987 kontrolliert. Die teilautomatische Wetterstation Mauerbach wurde in Betrieb genommen.

Die Beweissicherung zum Donauhochwasserschutz — Rechtes Ufer wurde fortgesetzt, die Beweissicherung zur Schwechatregulierung abgeschlossen. Im Rahmen des Wettbewerbes „Chancen für den Donaauraum Wien“ wurde die Neue Donau über die turnusmäßigen Qualitätsuntersuchungen hinaus von einem Team von Limnologen beprobt; Operate, die die Sohlstabilität und die Sohlstabilisierung der Donau betreffen, wurden erstellt.

Ein Klimagutachten für den Bereich Neue Donau — Donau nach einem etwaigen Aufstau am Kraftwerk Freudenu wurde im Auftrag der Abteilung von der Meteorologischen Station Hohe Warte ausgearbeitet und eine Wasserbilanzierung der Neuen und der Alten Donau vorgenommen. Ein Dotationsversuch der Lobau, der 1989 stattfinden soll, wird weiter vorbereitet. In diesem Zusammenhang wurden in der Lobau fünf Grundwasserqualitätssonden errichtet.

Die Gruppe Schutzwasserbau — Neubau war 1987 mit Planungsarbeiten, der Verbesserung des Hochwasserschutzes, mit Maßnahmen zur Landschaftsgestaltung und vielfältigen Baumaßnahmen für Bäche, Gerinne und den Hafen befaßt. So wurden die Projektierungsarbeiten für die Verbesserung der Abflußverhältnisse am Reumanngerinne sowie im Bereich Dennweg—Nußberggasse fortgesetzt bzw. eingeleitet und erforderliche Baugrundaufschlüsse durchgeführt. Für den Abschnitt zwischen der Großen Bucht und dem Süden der Alten Donau wurden die generellen Planungen für einen landschaftsgerechten Ausbau des Ufers der Alten Donau in Angriff genommen. Im Zuge der geplanten Herstellung des früheren Zustandes entlang der ehemaligen Hafenbahntrasse wurden die Projekte für die Gerinnegestaltung am Mühlwasser im Bereich der Ostbahnbrücke und für die Revitalisierung des Kleinen Schilloches fertiggestellt. Mit den Arbeiten soll im Frühjahr 1988 begonnen werden.

Die Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes der Liesing wurden mit der Errichtung dreier Hochwasserrückhalteanlagen mit Mehrzweckfunktion weitergeführt. Die im Jahr 1984 begonnenen Arbeiten umfassen neben örtlichen Ufererhöhungen auch die Einbindung eines Radweges in die begleitenden Maßnahmen zur Landschaftsgestaltung.

Von den naturnah ausgestalteten und bepflanzten Rückhalteanlagen wurde das Becken westlich des Wohnparks Alt Erlaa fertiggestellt. Es kann somit in der Trockenperiode der Bevölkerung zu Spiel- und Erholungszwecken dienen. Die Bauarbeiten an den beiden anderen Rückhalteanlagen wurden weitergeführt, die Hochwasserschutzmaßnahmen mit naturnaher Gestaltung im 10. Bezirk begonnen.

Für die bereits fertiggestellte Regulierung der Schwechat im Unterlauf — Bauabschnitt Wien — wurde die Herstellung der Grundbuchordnung sowie die Grundwasser-Beweissicherung fortgesetzt.

Im Hafen Kuchelau wurden die Arbeiten zur Instandsetzung des Böschungspflasters weitergeführt und Stiegen hergestellt.

Die Detailprojektierung für das Vorhaben „Dotation der Lobau“, das eine Grundwasseranreicherung der Lobau über das bestehende Altarmsystem der Donau mit Uferfiltrat aus der Neuen Donau vorsieht, wurde fortgesetzt. In diesem Zusammenhang sind die Errichtung bzw. der Umbau von Stauhaltungen sowie die Aktivierung von Altarmen in der Lobau geplant. Als erste Baumaßnahme wurde 1987 die Querung der A 22-Donauufer-Autobahn mit einem Abschnitt der Überleitung Neue Donau—Alte Donau in Angriff genommen — eine Vorleistung, die durch den Baufortschritt der A 22 erforderlich wurde.

Der Arbeitsbereich der Gruppe Schutzwasserbau umfaßt Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Bächen und Gerinnen in Wien, insbesondere am Liesingbach und am Wienfluß. In Zusammenarbeit mit den Wiener Stadtwerken—Verkehrsbetrieben wurde die Sanierung der Witterungsschäden an der Trennmauer zwischen Wienfluß und U 4 im Bereich Reinprechtsdorfer Straße—Pilgramgasse weitergeführt.

Die Feststellung des Zustandes der alten Einwölbung des Lainzerbaches, die in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts hergestellt wurde, mußte zurückgestellt werden, da geprüft werden muß, ob die Sanierung in den Kompetenzbereich der Stadt Wien fällt.

Die Sanierungsarbeiten an der Wienfluß-Trennmauer und den Wehren in Hadersdorf wurden fortgesetzt, wobei die Abschremmarbeiten von losem Beton an der Trennmauer im Becken VII weitergeführt und mit der Torkretierung beckenseitig begonnen werden konnte.

Die Regulierungsarbeiten am Halterbach im Bereich Bujattigasse wurden mit der Sanierung bestehender und der Herstellung neuer Ufersicherungen sowie einer Sohlrampe im Bereich flußauf der Brücke im Zuge der Bujattigasse größtenteils fertiggestellt.

Für den Bereich des Rosenbaches flußab des Dehneparks bis zur Mündung in den Kanal der MA 30, der große Schäden aufweist und bereits die Böschung zur Dehnegasse gefährdet, wurden mit der Erarbeitung eines besonders naturnahen Detailprojektes begonnen, das eine Hebung der tiefeingeschnittenen Flußsohle und, wenn möglich, die Erhaltung des vorhandenen Bewuchses und der Unstetigkeiten im Flußverlauf vorsieht.

Nach der Ausarbeitung eines Vorprojektes zur Herstellung kleiner naturnaher Rückhaltebecken unter Ausnutzung natürlicher Geländemulden im Oberlauf des Kräuterbaches konnte, da verschiedene Fragen geklärt werden mußten, mit der Detailprojektierung noch nicht begonnen werden. Die als Teiche und Biotope auszubildenden Rückhaltebecken sollen die Wässer bei Hochwasserspitzen zurückhalten und verzögert abgeben.

Am Sickerteich „Laimergrube“ konnte mit der Errichtung der Wurzelraumentorgungsanlage begonnen werden.

Das Vorhaben Sickerteich „Krottenhofgasse“, in den wegen der fehlenden Kanalisation die verunreinigten Oberflächenwässer der Weingärten und Straßenflächen des Bisamberges sowie geklärte Abwässer gelangen, wurde durch Errichtung einer Wurzelraumentorgungsanlage weitergeführt. Dabei wurde eine Trennmauer zwischen dem Hochwasserrückhalteteil und dem Bereich der Entsorgungsanlage hergestellt. Die Arbeiten an der Anlage konnten bis zur Einbringung des Schilfsubstrates fortgesetzt werden.

Die naturnahe Teilregulierung der „Dürren Liesing“ im Bereich Pfitznergasse wurde bis auf einen Teil der Begrünungsarbeiten fertiggestellt. Im Trockengerinne Zemlinskygasse konnte die Herstellung eines geregelten Wasserabflusses abgeschlossen werden. Von den kleineren wasserbaulichen Arbeiten und Projektierungen ist die Fortsetzung der Arbeiten an der Gewässerkartei für Wien zu nennen.

Neu begonnene Projekte sind die Sanierung der schadhaften Uferstützmauer der Dürren Liesing im Bereich der Perlmooser Zementfabrik, die Herstellung eines generellen Projektes zur Sanierung des Trockengerinnes in Verlängerung des ausgebauten Asenbauergrabens im 23. Bezirk, die Ausarbeitung eines Gefahrenzonenplanes für den Gütenbach sowie die Schlammräumung im Teich des Volksparkes Laaer Berg, die 1988 abgeschlossen werden soll.

Die Schwerpunkte in der Tätigkeit Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung bildeten auch 1987 wieder die Planungs- und Untersuchungsarbeiten zum Thema „Grundwasser — Gewässerschutz“. So wurde das Forschungsprojekt „Erarbeitung von Grundlagen für einen langfristigen Plan zur Nutzung und zum Schutz des Grundwassers in Ballungszentren am Beispiel Wiens“ in Zusammenarbeit mit der MA 29 und 39 fortgeführt. Erstmals wurde für den gesamten linksufrigen Donaubereich anhand eines Rechenmodells eine Untersuchung zur Grundwasserbilanz vorgenommen. Weiters wurde ein Sonderplan erstellt und umfangreiche Vorarbeiten für die generelle Erfassung der Grundwassergüte geleistet.

Die systematischen Arbeiten zur Erhebung und Untersuchung von Altlasten wurden fortgeführt, Aufschlußbohrungen vorgenommen, Bodenluft- und Wasseruntersuchungen durchgeführt und Sanierungsvorschläge ausgearbeitet bzw. verschiedene Sanierungsmaßnahmen eingeleitet. Über die Schlammabsaugung an der Neuen Donau wurde ein Projekt erstellt.

In der Projektorganisation Gürtel, Süd- und Westeinfahrt wurde an der Erstellung einer Systemstudie zum Wienfluß mitgewirkt und gemeinsam mit der MA 30 wasserwirtschaftliche Grundsätze zum Wienfluß erstellt bzw. Planungsarbeiten durchgeführt. In der Folge wurde mit einer Wien-Niederösterreich umfassenden Rechenbasis- und Abflußuntersuchung begonnen, die im Juni 1988 abgeschlossen wird. An der Planung und Durchführung des Pilotprojektes „Zwillingsee“ zur Reinigung des Wassers mittels Schwimmpflanzen wurde mitgewirkt.

In einer Reihe von Arbeitskreisen wurde ferner an der Bearbeitung wasserwirtschaftlicher Sachthemen, wie z. B. Bodeninjektionen, Kompost, Grünflächen, Wasserwirtschaft, Erdwärmesonden usw., mitgearbeitet und in der Funktion eines wasserwirtschaftlichen Planungsorganes Stellungnahmen in wasserrechtlichen Verfahren abgegeben.

Insgesamt hat die Abteilung an rund 60 laufenden Planungen und Untersuchungen mitgearbeitet.

## Stadtreinigung und Fuhrpark

Im Jahre 1987 ist der Müll, der von der Müllbeseitigung eingesammelt wurde, gegenüber dem Vorjahr gewichtsmäßig um 3,97 Prozent auf 523.005 t, volumsmäßig von 5.792.763 m<sup>3</sup> auf 5.873.565 m<sup>3</sup> (1,39%) gestiegen; das entspricht einem mittleren Raumgewicht von 0,0891 t/m<sup>3</sup>. Zusätzlich wurden von anderen Stellen 31.871,1 t

Müll und 10.770 t Riesel und Kehricht zu den Deponien, 6.968,0 t zur Müllverbrennungsanlage I Flötzersteig, 5.649,6 t zur Müllverbrennungsanlage II Spittelau und 92.614,2 t Müll zur Abfallbehandlungsanlage (ABA) gebracht, so daß insgesamt 670.878 Tonnen Müll zu beseitigen waren. Der von der Abteilung eingesammelte Müll von 523.005 t wurde zu 37,3 Prozent in den Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau sowie in der Sondermüllverbrennungsanlage Entsorgungsbetriebe Simmering (EBS) verbrannt, 48,8 Prozent auf Ableerplätzen geordnet abgelagert; ein Anteil von 0,9 Prozent gelangte während des Versuchsbetriebes in die Sperrgut-Sortieranlage der Muldenzentrale, der Rest von 13,0 Prozent wurde von der Abfallbehandlungsanlage zur Sortierung übernommen. Für die Beladung der Müllfahrzeuge wurden nur mehr drei Schüttsysteme, und zwar 120/240-l-Müllgefäße aus Kunststoff, 770/1.100-l-Müllgefäße aus Stahlblech und 2.200/4.400-l-Müllgefäße aus Aluminiumblech eingesetzt. An Spitalsmüll wurden 116.729 m<sup>3</sup> bzw. 6.392,5 t mit verschiedenen Systemen gesondert eingesammelt, und zwar 87.820 m<sup>3</sup> nach dem Umleersystem mit 1.100-l-Gefäßen (mit 3 Spitalmüllwagen), 18.542 m<sup>3</sup> nach dem Wechselsystem mit 1.100-l-Gefäßen (mit 2 LKW mit Ladebordwand) und 10.367 m<sup>3</sup> mit 12-m<sup>3</sup>-Spezialcontainern. Dieser Spitalsmüll wurde zu 72,9 Prozent (4.659,5 t) der Sonderabfall-Verbrennungsanlage EBS und zu 27,1 Prozent (1.733,0 t) der Müllverbrennungsanlage Spittelau zugeführt.

Die Entleerung der Müllgefäße ohne Altstoffbehälter wurde, gegliedert nach den einzelnen Gefäßarten, wie folgt durchgeführt:

Gefäßart	Zahl der Entleerungen
120 l .....	6,036.591
240 l .....	4,341.372
770 l .....	510.918
1.100 l .....	3,002.706
2.200 l .....	154.025
4.400 l .....	29.271
12/16 m <sup>3</sup> .....	38.854
Zusammen .....	14,113,737

Das entleerte Gefäßvolumen betrug 6,424.227 m<sup>3</sup>, was einer Zunahme von 1,53 Prozent gegenüber 1986 entspricht. Die mit der Systemmüllabfuhr (ohne Altstoff-, Spital- und Problemstoffsammlung) eingesammelte Müllmenge und deren Abtransport verteilte sich auf die einzelnen Schüttsysteme wie folgende Aufstellung zeigt:

Schüttung in l	Müllmenge in %	Müllfahrzeuge	Ladepersonal
120/240	29,6	72	285
770/1.100	62,0	96	192
2.200/4.400	8,4	8	16
Summe	100,0	176	493

Auf den Ableerplätzen, die 1987 zur Verfügung standen, wurden 909.474 t Müll, Schutt, Aushubmaterial sowie Asche und Schlacke der Müllverbrennungsanlagen deponiert. In der städtischen Reparaturwerkstätte für Müllgefäße und Kübelwäscherei wurden insgesamt 30.817 Müllgefäße gereinigt, 12.380 Müllgefäße repariert sowie alle anfallenden Reparaturen und Wartungsarbeiten an Geräten durchgeführt.

Um die Deponie Rautenweg für jede Art der Direktanlieferung von Müll sperren zu können, wurde im Juli 1985 die Errichtung einer der Deponie vorgeschalteten Vorsortieranlage für die Abfallbehandlungsanlage (Rinterzelt) der Maschinenfabrik Andritz in Auftrag gegeben. Diese Anlage befindet sich seit ihrer Inbetriebnahme am 22. Dezember 1986 im Stadium der Erprobung und hat den Zweck, den Sperr-, Gewerbe- und Industriemüll zu sichten, Sonderabfälle und Problemstoffe auszusortieren, Altstoffe (Weißblech- und Aludosen) aus der getrennten Altstoffsammlung mechanisch zu sortieren, vermarktbar Altstoffe sowie Altstoffenergieträger zu gewinnen und das Volumen des sperrigen Anteils zu reduzieren. Ferner wurden die Müllmengen aus dem Gewerbe- und Industriebereich, der Sperrmüll sowie die zu deponierenden Müllmengen statistisch erfaßt. Nach den Erfahrungen, die man mit dem Betrieb der Vorsortieranlage gemacht hat, werden eine Optimierung des Anlagenbetriebes und die Schaffung von erforderlichen Zusatzgeräten für die Gewinnung von marktfähigen Altstoffen und Altstoffenergieträgern angestrebt. Bisher hat sich gezeigt, daß sich im angelieferten Müll immer wieder Behälter für Lösungsmittel und Chemikalien — vor kurzem 6 kg Zyankali —, ferner Autobatterien, Gasflaschen usw. befinden. Aus diesem Grund kommt der Aussortierung dieser Stoffe zur Entgiftung des Mülls große Bedeutung zu. Die Altstoffe Papier, Pappe, Eisenschrott, Buntmetalle und Styropor werden vom österreichischen Altstoffhandel bzw. von Verwerterbetrieben übernommen. Die Holzfraktion wird zerkleinert, von Eisenteilen befreit und gelangt sodann zur Energieverwer-

tung. Die aussortierten Kunststoffolien werden über die Kunststoffaufbereitungsanlage der Firma Andritz AG zu Regranulat verarbeitet und in der österreichischen Kunststoffindustrie verwertet. Im Erprobungszeitraum Jänner bis Dezember 1987 gelangten insgesamt 164.836 t Sperr-, Gewerbe- und Industiemüll, 6.637 t Hausmüll sowie 2.859 t Bauschutt zur Eingangskontrolle der Abfallbehandlungsanlage. 103.044 t wurden von Sonderabfällen befreit und aufgrund ihrer an Altstoff armen Zusammensetzung (überwiegend Bauschutt, Laub, Straßenkehrschutt usw.) auf der Deponie Rautenweg abgelagert. 49.215 t wurden der Vorsortieranlage zugeführt, wobei 9.280 t an Altstoffen und 365 t an Altstoffenergieträgern in der Müllverbrennungsanlage II verwertet werden konnten. An Sonderabfällen wurden 217 t einer umweltkonformen Beseitigung zugeführt. Der Rest, der noch einen erheblichen Anteil an Energie- und Altstoffen hatte, wurde in der Erprobungsphase deponiert. Für mechanische Sortiertests wurden 110 t Weißblech- und Aludosen aus der getrennten Altstoffsammlung der Sortieranlage zugeführt. Um die Vermarktbarkeit verbessern und die anfallenden Transportkosten reduzieren zu können, wurde im Dezember 1987 eine Ballenpresse installiert, die im Jänner 1988 in Betrieb genommen werden wird. Weiters beabsichtigt man, die derzeitige Mengenbilanz durch technische Optimierungsmaßnahmen an der Anlage, aber auch durch die Neugestaltung der Müllgebühr-Annahme-Regelung in vier Kategorien (Altstoffe, Mischmüll, Mischmüll vermengt mit Bauschutt sowie Bauschutt) zu verbessern. Man erwartet sich, daß durch diese Neuregelung ein ökonomischer Anreiz für die Anlieferer besteht, da homogene Abfallmengen nunmehr zu günstigen Konditionen angenommen werden. Die von der Maschinenfabrik Andritz AG modifizierte ehemalige Rinter-Hausmüllsortieranlage wurde bis zum 13. September getestet und hat ab diesem Zeitpunkt die Funktion eines Entsorgungsbetriebes für Hausmüll übernommen. Von Jänner bis September wurden 2.279,0 t Hausmüll für Analysen und zu Optimierungszwecken durch die Anlage gesetzt, von September bis Dezember 4.358,0 t Hausmüll behandelt. Diese Anlage wurde als Prototyp von der Maschinenfabrik Andritz konzipiert und als Pilotanlage installiert. 1987 wurden 171 t stark verschmutzte und gemischte Kunststoffolien aus der Hausmüllseparationsanlage, Agrarfolien aus der Landwirtschaft sowie 321 t Kunststoffolien aus der Vorsortieranlage zu Regranulat verarbeitet und von der österreichischen Kunststoffindustrie verwertet.

Insgesamt wurden 18.808 t Altstoffe getrennt gesammelt. Bei der seit 14. November 1977 laufenden Aktion zur getrennten Sammlung von Altglas wurden insgesamt 51.680,2 t, allein 8.410,8 t im Jahre 1987, an Altglas eingesammelt und der Glasindustrie zur Wiederverwertung zugeführt. Ferner waren 7.452 Sammelbehälter für Weiß- und Buntglas aufgestellt, die mit Spezialfahrzeugen entsorgt wurden, wobei diese es erst ermöglichen, daß auf einer Sammelstrecke gleichzeitig Weiß- und Buntglas in zwei getrennten Kammern sortiert werden können. Die Altpapiersammlung erbrachte eine Sammelleistung von 10.231,8 t Altpapier. An den Altstoffsammelzentren wurden insgesamt 123,9 t Altmetalle (Getränkedosen und sonstige Altmetalle) sowie 41,5 t Alttextilien gesammelt und der Wiederverwertung zugeführt.

Die getrennte Erfassung von umweltbelastenden Substanzen aus den Haushalten hat den Zweck, die Schadstofffracht im Hausmüll zu vermindern. Durch diese Maßnahme werden die Umweltschutzeinrichtungen der Müllverbrennungsanlagen entlastet und die gesammelten Problemstoffe einer umweltgerechten Verwertung zugeführt. Ende 1987 standen der Bevölkerung zur flächendeckenden getrennten Sammlung von Problemstoffen 28 Sammelstellen im gesamten Stadtgebiet zur Verfügung. Die Errichtung von weiteren Sammelstellen im 1., 3., 7., und 9. Bezirk sowie von mobilen Einrichtungen sind für 1988 vorgesehen. Als Sammelstellen stehen besonders ausgestattete Container an frequentierten Stellen des Stadtgebietes, häufig auf Marktplätzen, ferner drei Straßenreinerdeposits der Abteilung und die Abfallbehandlungsanlage am Rautenweg zur Verfügung. Die Sammlung von Problemstoffen wird durch die Zusammenarbeit mit dem Handel forciert. Die Abteilung trug die Kosten für die Entsorgung von 99 t in Apotheken abgegebenen Altmedikamenten. Durch ein Übereinkommen zwischen der Stadt Wien und der Wiener Handelskammer ist seit März 1987 eine flächendeckende Altbatteriensammlung in Wien sichergestellt. Mehr als 800 Firmen beteiligten sich an dieser Umweltschutzaktion und lieferten 19,6 t Altbatterien an den Sammelstellen der Stadt Wien ab, die die Entsorgung dieser Mengen übernahm. Insgesamt 601,0 t Problemstoffe wurden getrennt gesammelt und ordnungsgemäß verwertet oder entsorgt; das entsprach einer Zunahme der Sammelmenge um über 69 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Davon wurden 154,2 t oder 25,6 Prozent verwertet, 340 t (56,6%) in den Entsorgungsbetrieben Simmering verbrannt und der Rest von 106,8 t (17,8%) auf der Sonderabfalldeponie entsorgt. Für die Problemstoffsammelstellen interessierten sich im Jahr 1987 91.228 Personen.

Entsorgte Problemstoffe von Haushalten in Tonnen:

Art der Problemstoffe	Gewicht in t
Problemstoffsammelstellen .....	311,3 t
Apotheken (Altmedikamente) .....	99,0 t
Handel (Altbatterien) .....	19,6 t
Lokale Sammelaktionen, gewerbliche Direktanlieferung und Eigenaufkommen der Abteilung .....	171,1 t
Summe .....	601,0 t

Im Rahmen der Sperrmüllsammlung, die zur Reinhaltung der Stadt Wien und des Wienerwaldes alljährlich durchgeführt wird, wurden 1.720 Großcontainer und LKW-Fuhren kostenlos beseitigt. Bei der laufend durchgeführten Entrümpelungsaktion gegen Bezahlung wurden 2.735 LKW-Fuhren an Sperrmüll abgeholt. Zusätzlich zu der Entrümpelungsaktion gegen Bezahlung stehen der Bevölkerung für kleinere Mengen Sperrmüll 14 Sammelstellen kostenlos zur Verfügung. An diesen Stellen kann Sperrmüll bis zum Inhalt eines PKW-Kofferraumes abgegeben werden, Bauschutt und Gewerbemüll werden nicht angenommen, größere Mengen auf der Abfallbehandlungsanlage Rautenweg gegen Gebühr entsorgt.

Im Zuge der Sanierung der Deponie Rautenweg wurden 1987 weitere bauliche und betriebliche Maßnahmen in Angriff genommen. So wurde eine Gasversuchsanlage für die aktive Entgasung der Deponie bis zum Jahresende fertiggestellt. Als nächster Schritt wurden die Arbeiten für die Wasserhaltung der Deponie durchgeführt sowie der Rand- und Einfahrtsbereich hergestellt. Mit der Errichtung zweier Brückenwaagen konnte der Einfahrtsbereich bis Ende Oktober abgeschlossen werden. Die für den Betrieb erforderlichen Baumaßnahmen (Wiegenhaus, Betriebsgebäude, Garagen) sowie die Errichtung von Gasbrunnen wurden im Dezember begonnen. Die Arbeiten für die Wasserhaltung sowie die Ausgestaltung des ersten Randbereiches und die erforderlichen Baumaßnahmen werden im Jahre 1988 weitergeführt und sollen bis Ende Sommer 1988 abgeschlossen sein. Im Jahre 1987 kam es in der Müllverbrennungsanlage II — Spittelau am 15. Mai durch Revisionsarbeiten im Bereich der Rauchgaswäsche zu einem Brand, der für den Rest des Jahres zum Ausfall der Anlage führte. Statt der vorgesehenen 254.000 t konnten nur knapp 100.000 t Müll behandelt werden. Der überwiegende Teil des Hausmülls mußte, da die Verbrennungskapazität nicht ausreichte, ohne Verwertung des Energieinhaltes, ohne Volumenreduktion und ohne Inertisierung durch Verbrennung auf die Deponie Rautenweg und auf Anlagen im Umland verbracht werden. Der Ausfall hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Nutzungsdauer der Deponie Rautenweg. Die Bemühungen um eine Abfallverringering sowie stoffliche und energetische Abfallverwertung gewinnen in Wien aus diesem Grund immer mehr an Bedeutung. Während der Input in die beiden Müllverbrennungsanlagen exakt gewogen wird, basieren die Angaben über die deponierten Mengen auf Schätzungen bzw. auf Umrechnungen mit Durchschnittsgewichten. Die in diesem Bericht ausgewiesenen Gewichte für 1987 sind aus diesem Grund nicht so genau wie im Vorjahr.

Der Fahrzeug- und Gerätestand der Müllbeseitigung betrug 218 Müllwagen, 4 Multiliftfahrzeuge, 14 Planier- und Ladegeräte, 13 Radlader und Gabelstapler (davon 1 Leichtfahrzeug), 1 Kranrüstwagen, 5 LKW (Kübeltauschfahrzeuge), 3 Toilettenanhänger, 2 Toilettencontainer, 1 Tiefladeanhänger, 6 Glassammel- und 4 Spitalmüllfahrzeuge, 34 Kehrmaschinen, 2 Spezialfahrzeuge, 53 PKW-Kombi- und Kastenwagen, 5 LKW für Wechselaufbau, 3 Trinkwasseraufbauten und 2 Kehraufbauten. Von diesen Fahrzeugen und Geräten wurden insgesamt 2.870.303 l Dieselkraftstoff, 60.452 l Vergasertreibstoff, 32.181 l Motoröl, 6.047 l Getriebeöl, 14.481 l Hydrauliköl und 2.471 l Frostschutzmittel verbraucht. Die Fahrzeuge der Müllbeseitigung (Unternehmerbereich) haben 4.949.629 km zurückgelegt, was einer Zunahme um 14,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die ständig zunehmende Verkehrsdichte und Verparkung sowie die Beseitigung des Streuriesel nach dem Winterdienst machte eine weitere Intensivierung der händischen Reinigung notwendig. Gleichzeitig wurden Kehr- und Waschmaschinen eingesetzt. Für die händische Reinigung waren bei der Straßenreinigung 705 Mann ständiges Personal und 135 Saisonarbeiter beschäftigt. Weiters wurden zwei- bis dreimal wöchentlich Tagelöhner und Schneearbeiter, insgesamt 235.954 Mann, aufgenommen, die 1.887.632 Arbeitsstunden leisteten. Bei der maschinellen Reinigung waren 34 abteilungseigene Kehrmaschinen eingesetzt, von denen 9 Maschinen in der Nacht auf abwechselnd zu befahrenden Planrouten, die übrigen bei Tag eingesetzt waren. Diese Maschinen haben bei 5.194 Einsätzen eine Fahrleistung von 211.919 km erbracht. Zusätzlich mußten Kehrmaschinen von privaten Firmen gemietet werden, die bei 439 Einsätzen 21.950 km zurücklegten. Das Waschen der Fahrbahnflächen wurde von 21 abteilungseigenen Waschmaschinen, davon 7 mit Wechselaufbau, durchgeführt, die bei 3.040 Einsätzen eine Fahrleistung von 157.566 km erbrachten. Von Firmen mußten zusätzlich Waschmaschinen eingesetzt werden, die bei 1.227 Einsätzen 61.350 km zurücklegten. Weiters wurden drei Kleinfahrzeuge mit Waschaufbauten zur Reinigung der Verkehrsflächen eingesetzt.

Im Stadtgebiet waren 6.590 Papierkörbe à 50 l, 925 Altstadtpapierkörbe à 20 l und 37 Betonabfallbehälter mit Einsatz aufgestellt. Ab September 1985 wurden zur Erprobung in Automaten Hundereinigungssets gegen den Einwurf von 2 S angeboten. Diese Automaten wurden beim Abgang zur U-Bahn in 1, Kärntner Straße/Stephansplatz, beim Parkeingang in 1, Rathausstraße/Felderstraße, beim Volksgarten am Heldenplatz, in 1, Hoher Markt 3, am Franz-Josefs-Kai 21, am Parkring/Weiskirchnerstraße, Am Hof, ferner in 8, Hamerlingplatz und Schlesingerplatz, in 9, Liechtensteinpark, 10, Keplerplatz-Fußgängerzone sowie in 17, Jörgerstraße 24, aufgestellt. Bis zum Dezember 1987 wurden 5.305 Reinigungssets entnommen.

Im Winterdienst 1986/87 waren 126 abteilungseigene Fahrzeuge sowie 185 LKW von Firmen mit Winterdienstgeräten der Abteilung eingesetzt. Für die Bekämpfung der Eis- und Schneeglätte wurden 107.000 t Streuriesel und 12.786 t Auftaumittel (5.089 t Salz und 7.697 t Plantabon Eis-Ex) verbraucht. Die Gesamtschneehöhe betrug im vergangenen Winter 1986/87 172 cm, so daß die Schneeabfuhr ein Ausmaß von etwa 812.400 m<sup>3</sup> erlangte.

Aufgrund der Erfahrungen, die man im Winter 1986/87 gemacht hat, wurden einige organisatorische Änderungen getroffen: Die Zahl der Funkkontrollfahrzeuge, die die eingesetzten Streu- und Räumfahrzeuge überprüfen, wurde

von drei auf sechs Fahrzeuge erhöht und ein neues Alarmsystem für die Einberufung der Privatfuhrwerke, die einen Winterdienstvertrag mit der Stadt Wien haben, eingeführt. Drei weitere Sandlagerplätze, und zwar in 22, Gotramstraße, 12, Wundtgasse und 23, Seybelgasse, wurden geschaffen, so daß nunmehr 14 Sandlagerplätze zur Verfügung stehen. Für den Winterdienst in Nebenstraßen wurden zusätzlich 16 Reform-Muli angeschafft und 22 Unimog von Firmen unter Vertrag genommen, für die Schneeabfuhr von anderen Abteilungen Personal eingeschult, so daß bei Bedarf bis zu 10 Teams gleichzeitig eingesetzt werden können. Die Flächenräumung wurde mit den Verkehrsbetrieben abgestimmt. Weiters wurden einige Schneeebleerstellen geschaffen, so daß 10 Hauptableerstellen, 4 Nebenableerstellen und eine Reihe von Kanaleinwurfschächten zur Verfügung stehen. Für die Entgegennahme von Wünschen, Anregungen, Informationen und Beschwerden sowie zur Entlastung der Einsatzleitung wurde ein „Schneetelefon“ installiert, ebenso ein BTX-Gerät, mit dem die aktuellen Wetterinformationen eingeholt werden können. An die Bevölkerung wurde eine Broschüre mit Hinweisen, die im Zusammenhang mit dem Winterdienst nützlich sind, verteilt. Schließlich wurden mit der Polizei die genannten Maßnahmen abgesprochen.

Der Fahrzeug- und Gerätestand der Straßenreinigung betrug 58 LKW mit Schneepflugbauvorrichtung, 29 Unimog mit Schneepflugbauvorrichtung, 4 Vorbaubesen (Anbaugerät für Unimog), 14 Waschmaschinen, 7 Waschaufbauten, die in den Sommermonaten auf Winterdienst/LKW aufgebaut werden, ferner 6 Schlammsauger (3 davon explosionsgeschützt), 15 Radlader und Gabelstapler (davon 1 Leihfahrzeug), 4 Autobusse zur Beförderung körperbehinderter Kinder, 76 Kleinfahrzeuge (Reformmuli, Multicar, Eurocar und Bucher, davon 16 geleast), 20 LKW bis 1 t Nutzlast, 260 Streuanhänger, 425 Schneepflüge (davon 42 geleast), 4 Schneefräsen, 1 Eisbrecher (geleast), 138 Aufbaustreugeräte (davon 27 geleast), 1 Spezialabschleppanhänger (für Multicar und dgl.), 3 LKW zur Fahrzeugabschleppung und 37 PKW und Kombi (davon 5 geleast). Die Kilometerleistung der Fahrzeuge der Straßenreinigung (Hoheitsbereich) betrug 2.561.942 km, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 2,45 Prozent ergab. Die Fahrzeuge der Straßenreinigung verbrauchten 675.698 l Dieseltreibstoff, 103.116 l Vergasertreibstoff, 13.103 l Motoröl, 1.899 l Getriebeöl, 5.341 l Hydrauliköl und 2.254 l Frostschutzmittel.

Der Bereitschaftsdienst machte 10.723 Ausfahrten, um notstandspolizeiliche Maßnahmen wie Abschränkungen, Beleuchtungen und dgl. durchzuführen. Mit den zwei eingesetzten VW-Kombi wurde eine Kilometerleistung von 109.831 km erbracht.

Die Garagen haben 21.475 Sondereinsätze mit einer Fahrleistung von 51.614 km durchgeführt. Die Gründe für die Einsätze waren unter anderen die Beseitigung von Straßenverunreinigungen nach Verkehrsunfällen sowie die Entfernung von Brandresten, ferner Schmieraktionen, die Zustellung von Trinkwasser über die MA 31, der Abtransport von ölgetränktem Material sowie verschiedene Einsätze für den Bürgerdienst.

Die Abschleppgruppe mußte 10.795 Fahrzeuge ohne Kennzeichen gemäß §89 StVO von öffentlichen Verkehrsflächen entfernen, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 11 Prozent bedeutete. Weiters wurden 7.126 Wracks oder Fahrzeuge nach Verzichtserklärungen beseitigt; dies ergab gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 17 Prozent. Durch den Verkauf oder die Verschrottung der ohne Kennzeichen entfernten Fahrzeuge oder Wracks konnten 2.555.254 S eingenommen werden. Weiters wurden 18.434 verkehrsbehindernd abgestellte Fahrzeuge mit Kennzeichen kostenpflichtig, 4.517 Fahrzeuge bei der Großflächenräumung im Zuge des Winterdienstes kostenlos entfernt.

Der Fahrzeugstand des Dienstkraftwagenbetriebes betrug 89 Personenkraftwagen, wovon 17 ohne Lenker an andere Abteilungen verliehen wurden, sowie 20 Busse oder Kombi, von denen 6 ohne Lenker anderen Dienststellen zur Verfügung gestellt wurden. Mit diesen Fahrzeugen wurde, die verliehenen Fahrzeuge ausgenommen, eine Kilometerleistung von 1.313.548 km erbracht, was gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme um 2,5 Prozent ergab. Im Interesse des Umweltschutzes werden alle Fahrzeuge des Dienstkraftwagenbetriebes, soweit es technisch möglich ist, mit bleifreiem Benzin betrieben, 19 Fahrzeuge haben bereits einen Katalysator. An Betriebsmitteln wurden 20.611 l Dieseltreibstoff, 178.426 l Vergasertreibstoff, 2.383 l Motoröl, 39 l Getriebeöl, 39 l Hydrauliköl und 126 l Frostschutzmittel verbraucht.

In Wien standen 192 öffentliche Bedürfnisanstalten, 27 Pissoire und 51 Trockenaborte zur Verfügung. Die drei fahrbaren Toilettenanhänger waren an 157 Tagen, die sieben transportablen Toilettenanlagen an 1.431 Tagen bei diversen Veranstaltungen sowie auf Lagerwiesen eingesetzt. Die alte WC-Anlage am Urban-Loritz-Platz (7. Bezirk) wurde abgetragen und an dieser Stelle eine vandalenresistente City-WC-Anlage aufgestellt, die in Deutschland gekauft worden war. Weiters wurde eine neue öffentliche Bedürfnisanstalt in 13, Wolkersbergenstraße und im Volksprater beim Riesenrad (Container) errichtet. Die WC-Anlagen am Floridsdorfer Markt (21. Bezirk) und Am Hundsturm (5. Bezirk) wurden umgebaut und saniert. Mit dem Umbau der WC-Anlage im Volksprater beim Calafatiplatz wurde begonnen. Die von Vandalen zerstörte WC-Anlage in 5, Bacherplatz, wurde wieder instand gesetzt. Die Revitalisierung bzw. Sanierung der Bedürfnisanstalt „Am Graben“ im 1. Bezirk konnte fertiggestellt werden. Die öffentlichen Bedürfnisanstalten auf Märkten, die bisher von der MA 59 verwaltet wurden, hat die Abteilung ab 1. Jänner in die eigene Verwaltung übernommen. 17 WC-Anlagen in Stationen der Stadtbahn und U4 wurden ab 1. Oktober von den Verkehrsbetrieben in den Aufgabenbereich der Abteilung übernommen. Auf dem Parkplatz bei der Halle 3 am Wiener Zentralfriedhof, III. Tor, wurde eine öffentliche Bedürfnisanstalt errichtet und der MA 43 am 21. Dezember in die Verwaltung übergeben.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich der Saisonarbeiter und Gastarbeiter (ohne Dienstkraftwagenbetrieb) betrug am 31. Dezember 1987 insgesamt 2.781. Im Jahre 1987 waren noch 210 Gastarbeiter, überwiegend Jugoslawen, eingesetzt, und zwar 181 bei der Straßenreinigung, 9 bei der Hauptwerkstätte, 13 in den Garagen des Fuhrparks, 2 in der Müllverbrennung, 4 in der Abfallbehandlungsanlage und einer in der Müllbeseitigung. Seit September 1985 werden in der Hauptwerkstätte 18 Kfz-Mechanikerlehrlinge ausgebildet.

Die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung, die in versicherungsrechtlichen und technischen Belangen von der Abteilung betreut werden, waren an 1.535 Schadensfällen beteiligt. An Schadenersatzforderungen wurden von den Haltern der gegnerischen Fahrzeuge oder von deren Haftpflichtversicherungen 2.400.400 S hereingebracht. Für die Beschädigungen von 764 Betriebseinrichtungen (Müllgefäße, Sanddächer, Papierkörbe usw.) durch dritte Personen wurden 288.988 S einbringlich gemacht.

Für andere Magistratsabteilungen wurden 452 Fahrzeuge oder Geräte gekauft, und zwar 19 PKW oder Kombi, 41 LKW bis 3,5 t Nutzlast, 8 LKW über 3,5 t Nutzlast, 14 Spezialfahrzeuge (Rettungs-, Krankentransportwagen und dgl.), 6 Motorräder und Mopeds, 41 Traktoren — Kleintraktoren sowie 323 Geräte und Kleinfahrzeuge (Anhänger, selbstfahrende Arbeitsmaschinen und dgl.) An 728 Fahrzeugen von anderen Abteilungen und an 741 eigenen Fahrzeugen wurden die wiederkehrenden Überprüfungen gemäß §§ 55 (1)/57 (1) KFG 1967 durchgeführt. Auf Anordnung des Herrn Bürgermeisters wurden an allen überprüften Fahrzeugen, obwohl es nach dem Kraftfahrzeuggesetz nicht erforderlich ist, grüne Umweltpickerln mit dem Überprüfungsdatum angebracht. Für den gesamten Magistrat hat die Abteilung etwa 300 Fahrzeuge und Geräte (Schneepflüge, Streugeräte, Zubehörteile und dgl.) ausgeschieden und veräußert bzw. selbst verwertet, wobei ein Erlös von 4.014.132 S erzielt werden konnte.

In der Hauptwerkstätte wurden 1.101 Reparaturen an abteilungseigenen Fahrzeugen, 59 an abteilungsfremden Fahrzeugen, 937 Stückreparaturen, 707 Reparaturen an Schneepflügen sowie 714 Reparaturen an Streugeräten durchgeführt.

Neben den Ausschreibungen für die einzelnen Dienststellen der Abteilung und der Mitwirkung bei Anbotesöffnungen und -prüfungen wurden für die Garagen, die Hauptwerkstätte, den Dienstkraftwagenbetrieb, andere Abteilungen und Dienststellen 3.834 Bestellungen für Ersatzteile, Reifen, Treibstoff, Schmiermittel und dgl. durchgeführt.

Das Baureferat hat größere bauliche Instandhaltungsarbeiten durchgeführt. So wurden in der Garage 17 die Dacheindeckung und Dachkonstruktion der Halle und über den Lenkergarderoben instand gesetzt sowie Wasserrohrgebrechen am Waschplatz behoben, in der Garage 20 die Dachentwässerung der E-Halle und die Garagenhalle erneuert. In der Hauptwerkstätte wurden die PKW-Spritzbox sowie die Transportöffnung vom Holzlager über der Tischlerei instand gesetzt. In der Hauptwerkstätte 19 mußten die Platzbefestigung vor der Halle, der E-Anschluß, der Entwässerungskanal für den Platz und das Dach bzw. die Benzinabscheider sowie die Tore vom Werkstättengebäude erneuert bzw. instand gesetzt werden.

In der Abfallbehandlungsanlage wurde zum Teil die Dachhautsanierung durchgeführt und Sturmschäden behoben, weiters die elektrisch gesteuerten Ventile der Turmlöschleitung eingebaut, eine Heizhausabmauerung, ein Mauerwerk über dem Müllbunker bzw. der Glaswand, ein Fundament für die Müllpresse errichtet, ein Staubmeßgerät installiert, Wassergebrechen an der Ringwasserleitung (150 lfm) und Frostschäden an der Trockenlöschleitung über dem Müllbunker behoben. In der Müllbeseitigung wurde die Dachsanierung in der Halle 1 der Kübelwäscherei durchgeführt sowie in der Unterkunft der Müllaufleger im 6. Bezirk die Warmwasseraufbereitung erweitert. Ferner wurden für 26 neu zu benennende Straßen 116 Tafeln benötigt. 556 Straßenbenennungs-, 5 Hinweis- und 3 Orientierungstafeln mußten ersetzt werden. 172 Tafeln wurden gereinigt, an 1.502 Straßen- und Platzbenennungstafeln waren 8.351 Reparaturen durchzuführen. In 23, Südrandstraße 2, wurden auf dem Sandlagerplatz umfangreiche Umbauarbeiten vorgenommen. Für den Winterdienst wurden in 12, Wundtgasse—Jägerhausgasse, in 22, Gotramgasse 7, und in 23, Seybelgasse, Lagerplätze eingerichtet und in Betrieb genommen sowie Sandsilos auf Lagerplätzen der MA 28, 42 und 48 aufgestellt.

Das Referat für Budget, Statistik und Datenverarbeitung hatte die Lagermaterialverwaltung und Verrechnung, Auftragsabrechnung (HW), Treibstoff-Tankstellenabrechnung, Stammdatenverwaltung durchzuführen sowie neben der Erstellung diverser Auswertungen und kleineren Programmänderungen neue Aufgaben begonnen bzw. fertiggestellt: So wurde das Integrierte Bürosystem in der Abteilungsleitung und im Referat eingeführt und für alle Betriebsabteilungen der Abteilung geplant, ein eigener MICROS (Micro-VAX) in der Zentrale mit Netzverbindung zum Hauptlager der Hauptwerkstätte installiert, ein PC-unterstütztes Abwaagesystem für die Abfallbehandlungsanlage organisiert und implementiert, die Verwaltung der Altstoff- und Sondermülleinsammlung auf PC umgestellt, ein JOB-Start-System für die laufend benötigten Auswertungen im Bereich des Hauptlagers und der Hauptwerkstätte eingeführt und an der Neuorganisation im Bereich der Lagermaterialverwaltung und des Auftragswesens sowie an der mit der MD-ADV unterstützten Programmierung weitergearbeitet.

## Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

Die Abteilung ist mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der stadtnahen Erholungswälder, der in Niederösterreich und in der Steiermark gelegenen Quellenschutzforste, der zugeordneten Aufforstungsflächen und Nebenbetriebe sowie der landwirtschaftlich genutzten städtischen Ökonomien betraut. Hierzu kommen noch die Planung, Errichtung und Erhaltung diverser Erholungseinrichtungen sowie die Anlage und Erweiterung von Windschutzgürteln.

Das Ausmaß der Grünflächen, die von der Abteilung verwaltet wurden, betrug im Bereich des Landes Wien 8.188,7701 ha, im Bereich der Quellenschutzforste 32.219,4267 ha, insgesamt 40.408,1968 ha. Die landwirtschaftlich genutzten Flächen machten 2.480 ha aus. Die Bestände wurden ihrer Widmung entsprechend genutzt. Im Nahbereich der Stadt Wien, in dem die Bestände in erster Linie der Erholung der Bevölkerung dienen, überwog die Holzentnahme in Form der Einzelstammnutzung, wobei hauptsächlich in überaltete Bestände eingegriffen wurde. Ein Hauptaugenmerk wurde auf die Einleitung und Förderung der natürlichen Bestandesverjüngung durch entsprechende Auflichtung von Altbeständen gelegt. Im Wienerwald mußte, wie in den letzten Jahren, verstärkt in Eichenrein- und -mischbeständen eingegriffen werden, da die sogenannten „Eichenwelke“, eine für die betroffenen Bäume tödlich verlaufende Krankheit, in unvermindertem Ausmaß weiter auftrat. Bei der Bewirtschaftung der Lobau hatten vor wirtschaftlichen Aspekten ökologische und erholungswaldorientierte Überlegungen den Vorrang. Die Nutzung erfolgte in Form von kleinflächigen, umweltschonenden Kahlhieben. Die Quellenschutzforste wurden ebenfalls entsprechend ihrer speziellen Widmung bewirtschaftet, wobei ein Hauptaspekt die Verjüngung der überalteten Bestände war.

Der Holzeinschlag im Jahr 1987 betrug:

	Blochholz fm	Schleifholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste	5.750,73	4.904,12	14.582,16	25.237,01
Quellenschutzforste	33.339,14	12.669,87	8.523,39	54.532,40
Zusammen	39.089,87	17.573,99	23.105,55	79.769,41
in Prozent	49,00	22,03	28,97	100,00
Vergleich 1986:	38.297,70	20.098,87	24.886,80	83.283,37
in Prozent	45,98	24,13	29,89	100,00

Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies eine Einschlagsminderung um 3.514 fm, die auf Kosten von Schleifholz (-2.524 fm) und Brennholz (-1.781 fm) ging, während beim wertvollen Blochholz eine Zunahme um 792 fm zu verzeichnen war. Der Anteil von Blochholz am Gesamteinschlag stieg etwas an, während der des teilweise schwer absetzbaren Brennholzes leicht sank.

Die Holzabgabe diente im Bereich der I. Wiener Hochquellenwasserleitung vorrangig der Versorgung des städtischen Sägewerkes Hirschwang, in den übrigen Verwaltungen wurde das anfallende Holz vermarktet.

Holzabgabe	Nutzholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste an Fremde	10.673,70	14.460,01	25.133,71
Quellenschutzforste an Fremde	35.212,93	7.870,83	43.083,76
an das Sägewerk Hirschwang	10.818,33	—	10.818,33
Zusammen	56.704,96	22.330,84	79.035,80

Die Preise stagnierten auch 1987 weiterhin, so daß infolge der ständigen Steigerung der Erntekosten der Nettoerlös geringer war als im Vorjahr. Beim Brennholz konnten ebenfalls die Preise des Vorjahres erreicht werden, wobei der Absatz im stadtnahen Bereich zufriedenstellend, in den Quellenschutzforsten jedoch nach wie vor problematisch war.

Beim Schnittholzverkauf stagnierten die Preise. Insgesamt waren bei Schnittholz die Preise seit 1982 im wesentlichen unverändert. Die Nachfrage entsprach im In- und Ausland ungefähr der der letzten Jahre. 1987 wurden insgesamt 9.674,09 fm verschnitten, um 168,75 fm oder 1,7 Prozent weniger als 1986. Die Schnittholzmenge betrug 6.368,964 m<sup>3</sup>, was einer Ausbeute von 65,84 Prozent entsprach. Abgegeben wurden 6.340,989 m<sup>3</sup>.



Auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen erfolgte der Anbau in der bewährten Form. Auf einer Bestellfläche von 1.746 ha (ohne Weinbau) wurden 1.279 ha (73,2%) Getreide, 232 ha (13,3%) Ölfrüchte, 14 ha (0,8%) Mais, 190 ha (10,9%) Hackfrüchte, 22 ha (1,3%) Hülsenfrüchte sowie 9 ha (0,5%) Gemüse und Erdbeeren angebaut. Die Fläche an Weingärten betrug 32 ha. Die Ernteergebnisse lagen infolge der günstigen Witterungsbedingungen, insbesondere der hohen Niederschläge mit optimaler Verteilung während der Vegetationsperiode, bei sämtlichen Kulturen erheblich über dem Durchschnitt. Allerdings war die Qualität des Getreides, sortenmäßig unterschiedlich, nicht optimal. Vielfach mußte es vor der Einlagerung künstlich getrocknet werden. Erwähnenswert ist der verstärkte Anbau von Sonnenblumen, der wegen des günstigen Klimaverlaufes gute Ergebnisse zeitigte. Der Absatz ist gesichert, eine in Entstehung begriffene Ölmühle in Bruck/Leitha kann erstmals in Österreich Rohstoff für Speiseöl und Margarine verarbeiten.

An landwirtschaftlichen Produkten wurden 5.855 t Getreide, 90 t Mais, 514 t Raps, 8.441 t Zuckerrüben, 106 t Sonnenblumen, 113 t Grünerbsen, 96 t grüne Bohnen, 1.108 t Kartoffel, 23 t Zwiebel, 16 t Gurken, 100 t Karotten, 53.000 Bund Radieschen, 17 t Erdbeeren sowie 1.082 hl Wein erzeugt.

Bei den Aufforstungsarbeiten war nach wie vor die Notwendigkeit gegeben, neben der Wiederaufforstung der Schlagflächen Nachbesserungen in den Kulturflächen der letzten Jahre vorzunehmen. So wurden in den Quellenschutzforsten 418.700 Pflanzen als Ersatz für die in den Kulturen abgestorbenen Bäumchen gesetzt (1985: 263.000, 1986: 242.450). Im Wiener Raum mußten insgesamt 55.500 Pflanzen nachgebessert werden. Insgesamt wurden im Jahr 1987 nachstehend angeführte Anzahl von Pflanzen versetzt:

	Nadelhölzer in Stück	Laubhölzer in Stück	Gesamt in Stück
Wiederaufforstungen	163.900	97.600	261.500
Nachbesserungen	332.600	141.600	474.200
Neuaufforstungen (Ohne Wohlfahrtsaufforstungen)	1.500	—	1.500
Zusammen	498.000	239.200	737.200

Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies eine Zunahme um 141.450 Pflanzen, die hauptsächlich in der schon erwähnten Notwendigkeit des Nachbesserns begründet ist. Wie in den letzten Jahren betrug der Laubholzanteil in den Quellenschutzforsten beinahe 30 Prozent, was sehr deutlich die Bestrebungen zur Begründung von standortgerechten Mischwäldern zum Ausdruck bringt. Im Wiener Bereich war der Laubholzanteil mit 75 Prozent erwartungsgemäß hoch. Die Schäden am Wald durch Windwurf, Insekten, Eisbruch und Lawinen hielten sich 1987 durchaus im vertretbaren Rahmen. Die Eichenkrankheit, die seit einigen Jahren in den Wiener Wäldern auftritt, hielt unvermindert an. Bekämpfungsmaßnahmen sind nicht bekannt, als einzige Möglichkeit bleiben die unverzügliche Schlägerung und Abfuhr der sichtbar befallenen Bäume. Die durch Verbiß und Rindenschälung verursachten Wildschäden konnten durch eine weitere Reduktion der Wildbestände in tragbaren Grenzen gehalten werden. Die Aufbringung von chemischen und mechanischen Kulturschutzmitteln sowie die Errichtung von Zäunen trugen ebenfalls wesentlich zur Sicherung der Jungbestände und der Holzartenzusammensetzung bei. Um das Wild am Abnagen der Baumrinde, somit an der Beeinträchtigung des Holzzuwachses und einer damit einhergehenden Entwertung der Erdstämme zu hindern, wurde in den vom Rotwild bevorzugten Einständen eine Behandlung der Z-Bäume mit dem Rindenhobel oder mit flüssigen Stammschutzmitteln durchgeführt. Im Bereich um die Futterstellen werden neuerdings auch mechanische Bewehrungen an den Bäumen angebracht. Die Wintergatter, die von der Forstverwaltung Naßwald im Jahre 1986 errichtet wurden, haben sich in den Fütterungsperioden des Jahres 1987 voll bewährt. Gegenwärtig wird ein derartiges Projekt für das Revier Gahns in der Forstverwaltung Hirschwang geplant.

Der Wildbestand betrug, laut den im Laufe des Fütterungszeitraumes 1987 mehrmals durchgeführten Zählungen, in den Eigenjagdgebieten:

Wildart	Wienerwaldforste	Quellenschutzforste
Rotwild	217	1.416
Rehwild	1.056	1.344
Gamswild	—	2.489
Muffelwild	778	26
Damwild	237	—
Schwarzwild	827	—
Steinwild	—	103

Die Fallwildquote war auch 1987 wegen des strengen und schneereichen Winters außerordentlich hoch. Besonders das Gamswild erfuhr wie schon 1986 abermals einen hohen Abgang, so daß der Abschluß der Altersklassen I und II in einigen Revieren reduziert werden mußte.

Der Gesamtbetrag (Abschüsse und Fallwild zusammen) betrug im Jahre 1987:

	Wienerwaldforste	Quellenschutzforste	Gesamt
Rotwild	24	488	512
Rehwild	288	418	706
Gamswild	—	666	666
Muffelwild	70	7	77
Damwild	33	—	33
Schwarzwild	725	—	725
Steinwild	—	10	10

Was die Zahl der Abschüsse betrifft, ist in den meisten Revieren ein Höhepunkt erreicht worden. Eine weitere Steigerung des Jagddruckes würde anstatt der Abnahme der Waldschäden, zumindest in bestimmten Bestandsklassen, eher eine Zunahme bewirken, da das Wild erfahrungsgemäß durch eine zu starke Bejagung im vermehrten Maße am Betreten der Äsungsflächen gehindert wird und daher vor allem in den Dickungen und Stangenhölzern zu Schaden geht. Weiters kann man infolge der sinkenden Wildbestände in einzelnen Revieren feststellen, daß das Interesse der Pächter abnimmt.

Die Erlöse aus dem Verkauf des Wildbretes sind nach dem Preisverfall, bewirkt durch den Reaktorunfall des Jahres 1986, im Jahr 1987 leicht gestiegen. Besonders bei der Abgabe an Einzelabnehmer konnten gute Einnahmen erzielt werden. Die Nachfrage nach Einzelabschüssen ist nach wie vor groß, wenn sich auch das Interesse der Abschußnehmer auf die niedrigeren Preiskategorien beschränkt.

Die Forstaufschließung ist, was das Generalkonzept betrifft, im wesentlichen abgeschlossen, lediglich im Bereich des Schutzwaldes und zur Verkürzung der Rückedistanzen im Wirtschaftswald wurden Forstwege 2. Ordnung, überwiegend in Form von Stichwegen, angelegt. Im Jahre 1987 wurden an Forststraßen in der Forstverwaltung Naßwald 890 lfm und in der Forstverwaltung Wildalpen 4.300 lfm fertiggestellt. Die Rückung des Holzes wird im Rahmen der Pflegeeingriffe im vermehrten Maße mittels rasch überstellbarer Kurzstreckenseilkräne, die von den Forststraßen aus operieren, durchgeführt, da diese eine optimale Schonung des verbleibenden Bestandes gewährleisten. Auch aus einzelnen wegen der Schroffheit des Geländes mit Forstwegen nicht erreichbaren Standorten wurden insgesamt rund 10.000 fm Rundholz mit Hilfe von Seilbringungsanlagen (Langstreckenkränen) geliefert.

Die Arbeitszeit der Forstarbeiter der Stadt Wien entfiel, auszugsweise und anteilmäßig aufgegliedert, auf folgende Arbeiten:

	Quellenschutzforste	Wienerwaldforste
Holzgewinnung	15,65	10,35
Kulturarbeiten	3,60	13,46
Bau und Erhaltung von Bringungsanlagen	3,84	3,75
Gebäudeerhaltung	16,53	15,05
Erholungswaldmaßnahmen	—	13,70

Der relativ geringe Anteil z. B. der Holzgewinnung und der Kulturarbeiten ergibt sich aus der Tatsache, daß die zeitaufwendigen Arbeiten, wie Durchforstungen, Kulturarbeiten, Dickungspflege und dgl., an Fremdfirmen vergeben wurden. Nur so kann der bedeutende Leistungsumfang erst bewältigt werden. Außerdem werden auf diese Art Leerläufe in den arbeitsärmeren Wintermonaten vermieden.

Die Untersuchungen über neuartige Waldschäden wurden durch Ermittlungen der Dienststelle sowie durch Vergabe von Forschungsaufträgen an zahlreiche wissenschaftliche Institute in verstärktem Maße weitergeführt. Die hohen Niederschlagsmengen während der Vegetationsperiode 1987 bewirkten anfänglich eine leichte Verbesserung des Belaubungsgrades bzw. eine Verringerung der Nadelvergilbung. In der zweiten Hälfte des Sommers zeigten sich jedoch wieder die gewohnten Krankheitserscheinungen.

Die holztechnologischen Untersuchungen, die nach Beanstandungen beim Verkauf des Eichenstammholzes in Auftrag gegeben wurden, ergaben keinerlei Beeinträchtigungen der technischen Eigenschaften bzw. der Saftleitungsgefäße (Institut für Holzforschung).

Zur Dokumentation des Flächenausmaßes der Waldschäden in den Wienerwaldforsten wurden, neben den eigenen Erhebungen, auch photogrammetrische Auswertungen des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen

und der Firma OKODATA herangezogen. Der Schädigungsgrad am städtischen Waldbesitz im Raume Wiens wurde durch eine Waldzustandsinventur, die die Forstliche Bundesversuchsanstalt durchgeführt hat, 1987 mit 70 Prozent ermittelt. Um eine größtmögliche Resistenz der Waldbestände gegen die Schadstoffeinträge, die neben den Klimaveränderungen nunmehr als Hauptnoxen feststehen, zu erzielen, wurden die Pflegeeingriffe wesentlich intensiviert (Waldbaukonzept Prof. Mayer).

Zur Entwicklung einer Therapie, die die Bodensymbionten aktivieren, wurde auf je rund 20 ha großen Versuchsfeldern in den Wienerwald- und in den Quellenschutzforsten ein Gesteinsmehl-Kompostgemisch und das Produkt Biovin ausgebracht (Institut für Forstökologie, Prof. Glatzel).

Der Meßsturm am Hermannskogel im Revier Sievering konnte mit sämtlichen Meßsystemen in Betrieb genommen werden (MA 22 und Prof. Glatzel). Die pH-Wertmessungen des Regenwassers bewegten sich im Bereich zwischen 4,2 und 5,7, im einzelnen unter pH 4 (Forstverwaltung Wildalpen).

Die Auswertung der Wet-and-dry-only-system(WADOS)-Messungen (MA 22 und Technische Universität Wien) ergaben erhöhte Parameter an Cl bei den in Wien stationierten Geräten (Lobau, Laaer Berg, Lainzer Tiergarten). Die von WADOS in Hirschwang verzeichnete Deposition enthielt infolge der Nähe eines Emittenten hohe Werte an Cl und SO<sub>4</sub>.

Das forstliche Bioindikatorennetz, das durch chemische Nadel- bzw. Blattanalysen Aufschluß über die Schwefelbelastung gibt, wurde an 21 Standorten untersucht. Die Ergebnisse der Analyse liegen noch nicht vor. 1986 wiesen 48 Prozent der untersuchten Bäume eine starke Schwefelbelastung auf.

Unter dem Titel „Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels“ konnten im Verlauf des Jahres 1987, ausgehend vom „Aufforstungsprogramm“, weitere 20,1 ha aufgeforstet werden. Die meisten dieser neubewaldeten Flächen liegen im 22. Bezirk mit insgesamt 16,8 ha. Die restlichen 3,3 ha kamen im 10. Bezirk, 11. und 21. Bezirk zur Aufforstung, wobei hier auch kleinflächige Flurhölzer geschaffen wurden, die zur Verbesserung des Landschaftshaushaltes von großer Bedeutung sind. Insgesamt wurden 138.200 Bäume und Sträucher gepflanzt. Im Rahmen des „Landschaftsgestaltungsprojektes Wienerberg-Ost“ konnten weitere drei Bauteile zum Abschluß gebracht werden. Hierbei wurden entsprechend dem Landschaftsplan Geländemodellierungen durchgeführt, Aufforstungen vorgenommen sowie Wiesen und Wege angelegt.

Bei der Jungbürgerfeier wurde am 26. Oktober im 22. Bezirk an der Niklas-Eslarn-Straße die Stadtwaldfläche, die bereits vorhanden ist, erweitert. Es war dies eine Aktion, die gemeinsam mit der MA 13 und MA 53 durchgeführt wurde. Zum Gedenken an die jüdischen Opfer in der Zeit des Hitlerfaschismus wurde im 22. Bezirk östlich des Areals von General Motors im Frühjahr ein „Gedächtniswald“ in der Größe von 9,23 ha mit 63.000 Pflanzen errichtet. Diese Aktion wurde gemeinsam mit dem Bund werktätiger Juden veranstaltet.

Zur Information der in steigendem Maß an den Vorgängen in der Natur interessierten Bevölkerung Wiens und um die Waldbesucher über die notwendigen Verhaltensregeln in den Erholungsgebieten aufzuklären, wurde die Öffentlichkeitsarbeit in verstärktem Umfang weitergeführt. So wurde in Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat für Wien vom 6. bis 12. April die „Woche des Waldes“ unter dem Motto „Mit der Natur — die naturnahe Waldbewirtschaftung“ durchgeführt, mit der MA 13 diverse Familiensonntage und Ferienspiele veranstaltet. Ferner wurden gemeinsam mit verschiedenen Jugendorganisationen und der Naturwacht einige Säuberungsaktionen in den Erholungsgebieten abgehalten.

In mehreren Radio- und TV-Interviews wurde die Öffentlichkeit schließlich von Mitarbeitern des Forstamtes über aktuelle Themen, wie Waldschäden, Stadtwanderwege usw., informiert.

Sehr großes Interesse fanden die Waldrundfahrten und die Exkursionen „Zu den Quellen des Wiener Wassers“.

Die Erholungseinrichtungen wurden laufend instand gehalten, Fehlbestände ergänzt. Am Wienerberg hat Stadtrat Braun einen weiteren Kinderspielplatz eröffnet; mit Holzspenden der Abteilung wurde vom Bundesheer der Kinderspielplatz des Neurologischen Krankenhauses ausgestaltet.

Mitarbeiter der Abteilung nahmen, unter anderem wegen des zunehmenden Interesses an der Grünraumgestaltung der Stadt Wien, an mehreren wissenschaftlichen Seminaren insofern aktiv teil, als sie Vorträge gehalten haben, und zwar beim Waldkongreß 1987, beim Seminar des Institutes für forstliche Betriebswirtschaft und des Institutes für Geobotanik an der Universität für Bodenkultur, Lehrerseminar des Pädagogischen Institutes, Seminar der Unesco-Arbeitsgemeinschaft, am Institut für Landschaftsgestaltung an der Technischen Universität und beim Umweltsymposium im Rathaus am 16. und 17. September. Außerdem wurden Vertreter in- und ausländischer Institute, von Vereinen sowie Delegationen durch die Neuaufforstungen, Naturschutzgebiete und die Quellenschutzforste geführt: Es waren dies unter anderem ungarische Forstexperten, Vertreter der Technischen Universität München-Weihenstephan, des Militärkommandos Wien, der Bezirksforstinspektion Lienz, ferner norwegische Waldbesitzer, der Stadtrat von Aarhus in Dänemark, Naturschutzreferenten der Salzburger Landesregierung und der Gouverneur der Präfektur Hyogo in Japan.

## Presse- und Informationsdienst

Über das Fernschreibnetz der Austria Presse-Agentur (APA) gab die Rathaus-Korrespondenz insgesamt 3.474 Meldungen durch. Die gedruckte Ausgabe der Rathaus-Korrespondenz (RK) mit einer Auflage von täglich rund 850 Stück umfaßte 2.804 Seiten. Seit Anfang 1987 erscheint das Blatt in einer neuen, durch Lichtsatztechnik ermöglichten Gestaltung. Das Nachrichtenmaterial gliederte sich in Meldungen aus den Bereichen Kommunal- und Lokalgeschehen, Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Übermittelt wurden Nachrichten an sämtliche Wiener Tageszeitungen, an Hörfunk und Fernsehen, an Wochen- und Monatszeitschriften sowie an andere Institutionen und Personen. Für die aktuellen Lokalmeldungen der Rathaus-Korrespondenz ist die Stammredaktion zuständig. Der diensthabende Redakteur ist werktags von 7.30 bis 19 Uhr erreichbar, samstags von 10 bis 17 Uhr, sonntags ist die Redaktion von 12 bis 17 Uhr besetzt. In der übrigen Zeit steht ein Anrufbeantworter zur Verfügung. Das Nachrichtenmaterial aus den Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird von den Pressereferenten des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte erstellt. Im Jahre 1987 wurden 199 Pressekonferenzen abgehalten, die meisten im Konferenzsaal der Abteilung. Für diesen Zweck wurden jeweils Presseinformationen, fallweise aber auch Fotos, Zeichnungen und Pläne ausgearbeitet. Das Pressegespräch des Bürgermeisters findet jeden Dienstag nach der Sitzung des Stadtsenates im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes (PID) statt. Zusätzlich waren 140 Pressekonferenzen, die vor allem von den politischen Parteien abgehalten werden, mit Redakteuren des PID zu besetzen. Wöchentlich wird eine Zusammenfassung der Meldungen der Rathaus-Korrespondenz erstellt. Diese Wochenübersicht „RK-intern“ wurde in rund 1.850 Exemplaren im PID verfaßt, gedruckt und aufgelegt. Zum Bezieherkreis gehören leitende Beamte, städtische Funktionäre sowie Interessenten im In- und Ausland. Im Rahmen des Medienservices wurden insgesamt 10.052 Aussendungen mit Fotos an Zeitungen, Zeitschriften usw. verschickt, darüber hinaus 703 Fototermine wahrgenommen.

Zu bestimmten Themen erschienen 18 Ausgaben der „RK-Spezial“ mit ausführlichen Hintergrundinformationen, und zwar: „Ergebnisse des Wettbewerbes ‚Chancen für den Donauraum Wien‘“, „Untersuchungen über die hydrologische und wasserwirtschaftliche Auswirkung eines Donaustaus in Wien“, „Grün 87: Vier neue Parks — 20 Millionen für Ringstraßenallee — Weitere Ausgestaltung des Erholungsbereichs Wienerberg-Ost“, „Der Brand im Fernheizwerk Spittelau und seine Auswirkungen auf das Wiener Abfallwirtschaftskonzept“, „Ausstellung 100 Jahre Historisches Museum der Stadt Wien“, „1000 Tage für Wien — Bürgermeister Dr. Helmut Zilk“, „Drei Prozent weniger Müll durch Abfallwirtschaftskonzept“, „Geschäftsgruppe Verkehr und Energie — 1983 bis 1987 Bilanz und Ziele — Amtsführender Stadtrat Johann Hatzl“, „Neues Institut für Umweltmedizin“, „Tag der offenen Tür 1987“, „Symposium — Grün in der Stadt“, „Medizinisches Konzept bei Strahlenunfällen“, „Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 1987“, „Charta über die Europäischen Städte — Dialog: Herausforderungen an die Stadtpolitik (2./3. November)“, „Wie gesund sind die 30jährigen Wiener? — Bilanz der Gesundenuntersuchungsstellen“, „Gesundheitsbericht 1986“, „Regierungserklärung von Bürgermeister Dr. Helmut Zilk“ sowie „Ausstellung: Bürgersinn und Aufbegehren. Biedermeier und Vormärz in Wien. 1815—1848“.

Von „wien aktuell“, der Zeitung für die Bediensteten der Stadt Wien, erschienen im Jahre 1987 21 Ausgaben sowie eine Sondernummer über die Auswirkungen des Rekordwinters 1986/87.

Das Amtsblatt der Stadt Wien wurde in 52 Nummern mit einer Auflage von 8.000 Stück und insgesamt 2.320 Seiten herausgebracht. Weiters wurden 82 Sonderdrucke aufgelegt.

Vom Landesgesetzblatt für Wien wurden 43 Stück mit 155 Seiten herausgegeben.

Der Amtliche Wohnungstauschanzeiger erschien sechsmal und brachte auf 91 Seiten Tauschangebote.

Die Postwurfszeitung „Unser Wien“ wurde bis Ende Dezember 15mal herausgegeben, für den „Tag der offenen Tür“ wurde eine Sondernummer, zu den Themen „Alles über Aids“, „Frühjahrsputz“, „Wiener Festwochen“, „Alles über Gürtel, Süd- und Westeinfahrt“, „Wiener Ferienspiel“ Sonderbeilagen produziert und an alle Wiener Haushalte versandt. „Unsere Wiener Hauswandzeitung“ kam als Ergänzung zur Zeitung „Unser Wien“ heraus und brachte wichtige Informationen für Mieter in Gemeinde- und Genossenschaftshäusern. „Unsere Wiener Hauswandzeitung“ erschien im Jahre 1987 in elf verschiedenen Ausgaben.

Der PID hat folgende Broschüren herausgegeben: „Die Stadt Wien hilft“, „Leitfaden für die Wien-Aktion“, „Stadtwanderwege 1—9“ (Neuaufgabe), „Donauinsel Süd“ (Neuaufgabe), „Donauinsel Mitte“ (Neuaufgabe), „Donauinsel Nord“ (Neuaufgabe), „Sommersport“, „Alte Donau“ (Neuaufgabe), „Stadtrundfahrten 1987“, „Pratermuseum — Aus dem Reich der Illusionen“ (Neuaufgabe), „Archäologische Ausgrabungen und Neidhart-Fresken — Verborgenes Wien“ (Neuaufgabe), „Wiener Bezirksmuseum — Kostbarkeiten vom ‚Grund‘“ (Neuaufgabe), „Historisches Museum der Stadt Wien — Spaziergang durch sieben Jahrtausende“ (Neuaufgabe), „Hermesvilla — Ein Geschenk für Sisi“ (Neuaufgabe), „Uhrenmuseum — Der Wandel der Zeit“ (Neuaufgabe), „Musikergedenkstätten — Vom kleinen Alltag großer Komponisten“ (Neuaufgabe), „Wanderpässe“ (Neuaufgabe), „Die Sozialhilfe der Stadt Wien“, Sammelmappe „Bäderatlas“, „Die Strandbäder“, „Die Sommerbäder — Ruhe und Erholung“, „Die Sommerbäder — Spiel und Sport“, „Die Kinderfreibäder“, „Die Wildbadeplätze“, „Die Hallenbäder“, „Wegweiser für behinderte Menschen“, „Wasserleitungsmuseum Kaiserbrunn“, „Altstadterhaltung“, „Krankenpflegeschulen der Stadt Wien“, „Wien und die Wissenschaft“ sowie „Ballkalender“.

An Plakaten und Posters gab der PID heraus: „Wiener Ferienspiel '87“, „Spielefest — 15 Jahre Wiener Ferienspiel“, „Die Blumenschau — 150 Jahre Österreichische Gartenbaugesellschaft“, „Tag der offenen Tür“, „Wiener Vorlesungen“, „Wien ist ... anders“, „Kleine Wiener Hundekunde“, „Wiener Festwochen“ und „Sportplätze der offenen Tür“.

Hausanschläge zu folgenden Themen wurden affiziert: „Wien im Blumenschmuck“, „Frühjahrsputz“ und „Winter“. Ferner wurden zu diversen Themen Flugblätter in einer Auflagenhöhe von 1,4 Millionen Stück produziert.

Das Auslandsreferat ist die Anlaufstelle für österreichische Journalisten außerhalb Wiens, hauptsächlich aber mit der Betreuung von Auslandsjournalisten befaßt. Es werden sowohl rund 280 ständig in Wien akkreditierte Journalisten regelmäßig mit Informationen über Wien versorgt, als auch jene Auslandsjournalisten betreut, die auf Einladung des Bürgermeisters, des Fremdenverkehrsverbandes oder des Bundespressedienstes auf wenige Tage — meist mit einem Spezialauftrag — in die Bundeshauptstadt kommen. Die Artikel, die diese Journalisten verfassen, werden archiviert, ausgewertet und regelmäßig Wiener Mandataren und sonstigen Meinungsträgern übermittelt.

Die Beobachtung der Medien wurde im Pressespiegel, der täglich hergestellt wird, dokumentiert, wobei vor allem Artikel, die sich auf die Stadtverwaltung und auf kommunale Ereignisse beziehen, erfaßt werden. Für diesen Zweck wurden zum einen Tageszeitungen ausgewertet, und zwar die „Wiener Zeitung“, der „Kurier“, die „Neue AZ“, „Die Presse“, die „Kronen-Zeitung“, die „Volksstimme“ und das „Volksblatt“, zum anderen die Bundesländerzeitungen „Salzburger Nachrichten“, „Oberösterreichische Nachrichten“, „Oberösterreichisches Tagblatt“, „Kleine Zeitung“, „Neue Zeit“, „Vorarlberger Nachrichten“, „Tiroler Tageszeitung“, „Kärntner Tageszeitung“ und „Niederösterreich-Kurier“. Ferner wurden unter Berücksichtigung der Auswertung der „Rathaus-Korrespondenz“ Artikel in den Wochen- und Monatszeitungen „profil“, „Wochenpresse“, „Neue Freie Zeit“, „Die Furche“, „Trend“, „Basta“, „Wiener“ und „Falter“ ausgewertet. Der Pressespiegel wurde durch Kurzfassungen, die aus kommunalpolitisch relevanten Sendungen des ORF zusammengestellt wurden, ergänzt. Mitgeschnitten wurden regelmäßig die Sendungen „Österreich-Bild“, „Wir“, „Zeit im Bild 1“ (FS 2), „Zeit im Bild 2“, „Kulturjournal“, „Schilling“, „Stadtradio“ (montags bis freitags), „Morgenjournal“, „Mittagsjournal“, „Abendjournal“, „Mittagsinformation Radio Wien 12.45 Uhr“ und „Abendinformation Radio Wien 17.15 Uhr“, „Club 2“, „Pressestunde“, „Argumente“, „Inlandsreport“, „Ein Fall für den Volksanwalt“ und „X-Large“. Im Handarchiv wurden wieder Zeitungsausschnitte, die „Rathaus-Korrespondenz“ und andere Publikationen von einem Beamten des Wiener Stadt- und Landesarchives nach Schlagworten archiviert.

Im Jahr 1987 hat der PID 503 Inserate und PR-Artikel verfaßt, die in insgesamt 144 Tages-, Wochen-, Monats-, Bezirks- und Fachzeitungen veröffentlicht wurden. Die Inserate bezogen sich unter anderem auf die Stadterneuerung, den Gürtel, die Problemstoffe, die Gesundheitskampagne, auf Freizeitangebote und den „Tag der offenen Tür“. Für die Personalwerbung wurden gezielt Einzelinserate in der „Computerwelt“ und in den Wiener Tageszeitungen „Kronen-Zeitung“, „Kurier“, „AZ“, „Wiener Zeitung“ eingeschaltet. Ferner wurden 13 „Hallo Kino“-Spots à 5 Minuten produziert. Die Themen waren unter anderem „Chancen für den Donauraum Wien“, „Festwochen“, „Müllsammelstellen“, „Freizeit“, „Bürgerdienst“ und „Umweltpolizei“. Neu produziert wurden 13 Rundfunkspots à 25 Sekunden, und zwar unter anderem über den „Frühjahrsputz“, die „Hundekunde“, den „Donauraum“, die „Rundfahrten“, „Festwochen“ und das „Ferienspiel“. Die Video-Produktion „Wien 2001 — Donauraum“, III. Folge (rund 10 Minuten), wurde in Auftrag gegeben. Ferner beteiligte sich der PID an der Produktion der Bildplatte „Vienna“. Für die MA 17 wurde die Serie „Spitalsradio“ fortgesetzt. Je 14 Sendungen à 60 Minuten wurden für das Pflegezentrum Sophien-Spital und das Pflegeheim Baumgarten produziert. Mit Hilfe von Monitoren wurden das Hundertwasserhaus, die Ausstellung „Chancen für den Donauraum Wien“ im Messepalast und die Ausstellung „Stadterneuerung“ im Festsaal audiovisuell betreut. Weiters waren 350 Drehgenehmigungen für 350 Spielfilme, Dokumentationen, Ländersendungen, Werbefilmen sowie für den ORF (ZIB, WIR, usw.) zu erteilen. Schließlich wurde das „Bädertelefon“, ein Tonbanddienst von den Hallen- und Sommerbädern der Stadt Wien, das Programm für „Radio Adria“ und „Radio Lignano“ gestaltet.

Zahlreiche Veranstaltungen wurden mit dem Zweck durchgeführt, die Bürger über aktuelle Ereignisse zu informieren und sie auf städtische Einrichtungen aufmerksam zu machen. Es war dies die Jubiläumsveranstaltung „100 Jahre Wiener Bäder“ im Hallenbad Floridsdorf am 26. April, ferner die Waldpflanzaktion im Wienerwald (23. April), der „Tag der offenen Tür“ im Pflegezentrum Sophien-Spital (11. Mai), die Eröffnung des Liechtensteinparks (21. Mai), die Eröffnung des Parkes Wienerfeld (25. Mai), das Bäderfest im Hietzinger Bad (28. Mai), der Nationale Radwandertag (28. Mai), die Eröffnung der Vorortelinie (30. Mai), die Veranstaltung „80 Jahre Gänsehäufel“ (14. Juni), der Blumenkorso „Rettet den Stephansdom“ (20. Juni), die Erstbefahrung vom Ring-Rund-Radweg (26. Juni), das Bäderfest im Ottakringer Bad (28. Juni), die Eröffnung des Spielgeländes am Wienerberg-Ost (29. Juni), das Bäderfest im Laaer-Berg-Bad (3. Juli), die Eröffnung des Kinderspielplatzes auf der Jesuitenwiese (22. Juli), das Praterstraßenfest (4. und 5. September), das Donaupromenadenfest (13. September), das Umweltsymposium (16. bis 19. September), der „Tag der offenen Tür“ (19. September), das Spielfest am Wienerberg (27. September), die Enquete „Alte Donau — Wege in die Zukunft“ im Haus der Begegnung Floridsdorf (28. September), der „Letzte Durchschlag im U6-Tunnel unter der Vivenotgasse“ (30. September), das Fit-Fest Oberlaa

(26. Oktober), die Eröffnung der Stadtbahnstation Michelbeuern (31. Oktober) und die Besichtigung der U-Bahn-Station Philadelphiabrücke (U6) (20. November). Sehr bewährt hat sich wieder der Einsatz von Hostessen in den Montaten Mai bis August am Stock-im-Eisen-Platz und in Schönbrunn. Ebenso erfolgreich war der Einsatz des „Packerlbusses“ in der Zeit vom 28. November bis 24. Dezember am Graben, in dem Weihnachtspakete für einen Tag gratis aufbewahrt werden. Neben diesen Veranstaltungen gab es auch einige Kleinveranstaltungen. Der PID nahm ferner an verschiedenen Veranstaltungen anderer Institutionen teil. Weitere Aktionen, die der PID veranstaltete, waren die „Ferienmesse“ (18. bis 22. Februar), „Senior Aktuell“ in der Wiener Stadthalle (31. März bis 4. April), die „Wissenschaftsmesse“ im Austria Center (21. bis 24. Mai), „Wien und die Wissenschaft“ (April/Mai) sowie die Ausstellung „Chancen für den Donauraum Wien“ im Messepalast. Vom 14. bis 23. März fand in Basel die Schweizer Mustermesse statt, an der sich der PID mit einem Informationsstand beteiligte. Auf verschiedenen Auslandsbällen, und zwar in Berlin (9. Jänner), Rom (31. Jänner), Mailand (31. Jänner), Athen (8. Februar), Madrid (3. Juli), Brüssel (21. November) sowie bei den Feiern des Vereins der Auslandsösterreicher in Berlin zum Österreichischen Nationalfeiertag (22. bis 25. Oktober) war der PID gleichfalls vertreten.

An den Rundfahrten „Modernes Wien“ nahmen 133.589 Personen teil. Die Zahl der Führungen in fremden Sprachen für die Gäste der Stadt Wien betrug 96. Die Gesamtausgaben für die Rundfahrten beliefen sich auf 4.754.877 S, der Erlös aus dem Verkauf der Fahrkarten betrug 592.185 S.

Der Bürgerdienst wurde durch die neue Geschäftseinteilung des Magistrates im Dezember 1987 in die MA 54 eingegliedert. Die Stadtinformation, die bisher ein Teil des Bürgerdienstes war, blieb beim PID.

Zentrale, Außenstellen und „Mobiles Büro“ des Bürgerdienstes wurden von 87.141 Personen telefonisch, persönlich und schriftlich für viele kleine und große Probleme des täglichen Lebens in Anspruch genommen. Von den insgesamt 87.141 Personen wandten sich 3.253 an die Zentrale des Bürgerdienstes, 8.797 an die Außenstelle Landstraße (2., 3. Bezirk), 7.287 an die Außenstelle Favoriten (4., 10. Bezirk), 5.247 an die Außenstelle Simmering (11. Bezirk), 6.393 an die Außenstelle Meidling (5., 12. Bezirk), 6.148 an die Außenstelle Hietzing (13., 14. Bezirk), 8.266 an die Außenstelle Rudolfsheim-Fünfhaus (6., 7., 15. Bezirk), 6.356 an die Außenstelle Ottakring (16., 17. Bezirk), 5.265 an die Außenstelle Währing (8., 9., 18. Bezirk), 4.991 an die Außenstelle Brigittenau (19., 20. Bezirk), 9.439 an die Außenstelle Floridsdorf (21. Bezirk), 7.044 an die Außenstelle Donaustadt (22. Bezirk), 6.109 an die Außenstelle Liesing (23. Bezirk) und 2.546 an das Mobile Büro.

Der Kontakt mit dem Bürgerdienst wurde wegen Meldungen über diverse Schäden, Mängel und Unzukömmlichkeiten, wie ausgefallene Straßenlampen, Autos ohne Kennzeichen, Frostaufbrüche, überfüllte Altpapiercontainer usw., wegen Problemen, die durch den strengen Winter verursacht waren, wie Schneeräumung, winterliche Gehsteigbetreuung usw., ferner wegen Belästigungen durch Lärm, Geruch, Rauch, Verschmutzung von Straßen, Grünflächen, Grundstücken, Entsorgung von Sperrmüll und Problemstoffen, Baustellen, Bauschäden, Verkehrsproblemen, sozialen Schwierigkeiten, Konsumentenschutz und Mieterfragen aufgenommen.

Die Stadtinformation verzeichnete 124.457 Anfragen telefonischer, persönlicher oder schriftlicher Art. Die Aufgabe dieser Einrichtung besteht in erster Linie in der Betreuung von Touristen. Es werden aber auch Hinweise aus der Bevölkerung über Unzukömmlichkeiten (Autowracks, Straßenschäden, überfüllte Altpapiercontainer usw.) entgegengenommen. In der dienstfreien Zeit haben die Bürger der Stadt die Möglichkeit, ihre Wünsche auf den Anrufbeantworter zu sprechen. Zur Information wurden in der Schmidt-Halle Plakate affiziert und Broschüren zur freien Entnahme aufgelegt, in einer Plakatwiege Plakate gratis zur Verfügung gestellt. Die monatliche Selbstschutz-Beratung in der Schmidt-Halle mußte eingestellt werden. Ferner gibt es einen Tonbanddienst unter der Rufnummer 15-25 („Stadtnachrichten“), den die Stadtinformation selbst gestaltet. Anlässlich der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 1987 wurde ein „Wahltelefon“ eingerichtet. Der in der Halle aufgestellte „Luftmeßwerte-Terminal“ ist ein Zeichen des Interesses am Umweltschutz. Somit wurde die „Stadtinformation“ auch zur Anlaufstelle für Probleme, die die „Umweltpolizei“ betrifft. Es werden generell Auskünfte zu Umweltfragen erteilt, bestimmte Problemfälle jedoch an die jeweiligen Fachdienststellen weitergegeben. Die Mitarbeiter der Stadtinformation haben 608 Führungen durch das Rathaus abgehalten, bei denen im Jahre 1987 insgesamt 24.113 Personen (vor allem Touristen, Schulklassen und Gäste der Stadtverwaltung) die Repräsentationsräume des Wiener Rathauses kennengelernt haben.

## Feuerwehr und Katastrophenschutz

Im Jahre 1987 waren mit 30.189 Einsätzen um 663 Einsätze weniger gegenüber dem Rekordjahr 1986 (30.852 Einsätze) zu verzeichnen. Dies bedeutet zwar einen Rückgang um 2,2 Prozent, jedoch erregten wieder zwei spektakuläre Großbrände, und zwar bei der Firma Steyr im 1. Bezirk und in der Müllverbrennungsanlage Spittelau im 9. Bezirk, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung. Insgesamt muß man jedoch feststellen, daß technische Einsätze sowie Einsätze im Zusammenhang mit gefährlichen Stoffen wie Chemikalien in zunehmendem Maße auftreten. Dieser Entwicklung wurde mit der Indienststellung einer neuen Fahrzeuggeneration an Standardfahrzeugen, den

sogenannten „Berglöschfahrzeugen“ (BLF), und mit der Neuentwicklung eines „Wechseladers Umweltschutz“ (WUS) Rechnung getragen.

Das „Berglöschfahrzeug“, von dem im Jahre 1986 ein Prototyp in Dienst gestellt wurde, ist nunmehr so erprobt und ausgereift, daß 1987 alle Hauptfeuerwachen und die Zugwache „Donaustadt“ mit einem derartigen Löschfahrzeug ausgerüstet werden konnten. Gleichzeitig wurde die Bauserie „Tanklöschfahrzeug“ aufgelassen. Dieses Gruppeneinsatzfahrzeug, dessen Kosten rund 3 Millionen Schilling betragen, haben Referenten der Wiener Berufsfeuerwehr gemeinsam mit den Firmen Steyr und Rosenbauer entwickelt. Es ist in seiner Größe und von seiner Technik her vor allem für Einsätze im städtischen Bereich konzipiert. Dies zeigt sich durch einen leistungsstarken Motor für rasche Beschleunigung, ein Automatikgetriebe und ein Antiblockier-Bremssystem, das die Sicherheit in kritischen Situationen, speziell bei Einsatzfahrten, erhöht. Neben den Verbesserungen am Fahrgestell wurden auch die Einsatzmöglichkeiten des Fahrzeuges erweitert. Der Einbau einer Bergeseilwinde (Zugkraft 50 kN) sowie eines elektromotorisch betriebenen Hydraulikaggregats mit leistungsstarken hydraulischen Spreizern und Scheren (40 kN) beschleunigt und erleichtert wesentlich die Bergung von Personen, die nach einem Verkehrsunfall in Fahrzeugen eingeklemmt sind. Ein Einbaugenerator mit einer Leistung von 11 kW versorgt sämtliche am Fahrzeug mitgeführten E-Geräte. Für Brandeinsätze werden neben den erforderlichen Lösch- und Atemschutzgeräten auch 1.600 l Wasser mitgeführt.

Eine durch seine Konzeption und Ausrüstung europaweit neuartige Entwicklung ist der „Wechselader Umweltschutz“. Dabei wurde der vor einigen Jahren begonnene Weg, die Ausrüstung von Sonderfahrzeugen auf sogenannten Wechselaufbauten unterzubringen, konsequent fortgesetzt. Die gesamte Ausrüstung dieses Wechseladers, die so ausgelegt ist, daß fast jeder nur denkbare Schadstoffunfall bewältigt werden kann, ist in insgesamt sieben mit Rolläden verschlossenen Räumen sowie in zwei mit Klappen versehenen Dachräumen untergebracht. Diese Ausrüstung besteht ferner auch aus Schutzanzügen, Meßgeräten, Pumpen, Schläuchen, Armaturen, Auffangbehältern sowie aus Belüftungs-, Trenn- und Räumwerkzeugen. Großes Augenmerk wurde bei der Auswahl der Geräte darauf gelegt, daß alle jene Teile, die mit Schadstoffen direkt in Kontakt kommen können, entweder aus Edelstahl (V4A) oder aus chemikalienbeständigem Kunststoff (Teflon, Viton) gefertigt sind. Die Besonderheit der Geräte, die auf dem „Wechselader Umweltschutz“ zur Verfügung stehen, besteht darin, daß sie mit Druckluft betrieben werden. Damit entfallen jene Probleme, die durch den erforderlichen Ex-Schutz elektrisch betriebener Geräte praktisch vollkommen ex-geschützt ist. Für den Betrieb dieser Geräte wurde im hinteren Teil des Wechseladers ein leistungsstarker Druckluftkompressor, der 5.000 l Luft pro Minuten bei 7 bar Druck bereitstellt, eingebaut. Zum Umpumpen großer Mengen von chemischen Flüssigkeiten wurde der Aufbau mit zwei Doppelmembranpumpen ausgerüstet. Der Pumpenkörper ist aus Teflon, alle Materialteile sind aus V4A-Stahl gefertigt, womit eine ausreichende Beständigkeit gegen Flüssigkeiten aller Art, die entzündbar, ätzend usw. sein können, gegeben ist. Die maximale Förderleistung einer derartigen Pumpe beträgt, auf Wasser bezogen, rund 450 l/min, der Luftbedarf für den Antrieb liegt bei 2.000 l/min. Zum Umpumpen kleinerer Mengen stehen eine Handrotationspumpe sowie zwei Faßpumpenköpfe mit entsprechenden Pumpwerken aus Edelstahl und Polypropylen zur Verfügung. Für mechanische Arbeiten, wie sie im Zuge eines Einsatzes auftreten, stehen eine Bohrmaschine, ein Winkelschleifer, ein Fuchsschwanz, zwei Schlag-schrauber sowie das nötige Zubehör zur Verfügung. Alle diese Geräte können gleichzeitig und auch bei Arbeiten unter Wasser eingesetzt werden. Bei diesen Geräten und Schläuchen des Schadstoffdienstes werden spezielle Kupplungen (Elaflex VK50 und MK50) verwendet, um eine klare Trennung zu Pumpen und Materialien zu haben, die nur für Wasser geeignet sind. Um Probleme beim Anschluß von Pumpen an Tankwagen und Kesselwaggons zu vermeiden — allein bei Kesselwaggons gibt es rund 80 verschiedene Kupplungen —, wurde der Aufbau mit einer Reihe aus Edelstahl gefertigten Übergangsstücken bestückt. Für undichte 200-l-Normfässer befinden sich auf dem Fahrzeug Edelstahlfässer, die für die Aufnahme solcher Fässer gedacht sind.

Die Umstellung der „Kommandofahrzeuge“ von Kleinbussen auf geländegängige Fahrzeuge wurde mit der Anschaffung von vier weiteren Einheiten weitgehend abgeschlossen. Die Hauptinspektion sowie alle Hauptfeuerwachen sind nunmehr mit derartigen Fahrzeugen, die sich speziell im Winter 1986/87 hervorragend bewährt haben, ausgestattet. Diese Kommandofahrzeuge wurden auch mit Strahlenschutzkoffern ausgerüstet, so daß schon vor dem Eintreffen von Spezialfahrzeugen (Atemschutzfahrzeug) ein rascher Einsatz bei Strahlenunfällen möglich, die eingesetzte Mannschaft aber gleichzeitig in hohem Maße geschützt ist. Der Koffer enthält neben 24 Personendosimetern (eines pro Mann einer Löschbereitschaft) ein Dosisleistungsmeß- und -warngerät sowie fünf taktische Dosimeter, weiters Kontaminationsschutzhauben und Handschuhe. Das Dosisleistungsmeßgerät wurde in der BRD einer speziellen Prüfung auf Tauglichkeit für den Feuerwehreinsatz unterzogen und zeichnet sich gegenüber vergleichbaren Geräten durch besondere Robustheit, einen hohen Bedienungskomfort und hohe Empfindlichkeit aus. Diese Meßgeräte können mit den verschiedensten Spezialsonden nachgerüstet werden, sie verfügen über Analog- und Digitalanzeige sowie über fünf einstellbare Alarmschwellen. Darüber hinaus wird die maximal registrierte Dosisleistung abgespeichert. Die hohe Empfindlichkeit des Gerätes zeigt sich dadurch, daß es möglich ist, bei elektronischer Unterdrückung des Dunkelstromes die natürliche Umweltstrahlung bei einer Meßdauer von einer halben Stunde und einer Genauigkeit von  $\pm 5$  Prozent zu messen.

Daß die Ausbildung, insbesondere bei neuen, modernen und hochtechnisierten Fahrzeugen und Geräten immer aufwendiger und umfangreicher wird, geht schon allein daraus hervor, daß in den Wachen, in denen die neuen „Berglöschfahrzeuge“ in Dienst gestellt wurden, 3tägige Einschulungskurse für alle Feuerwehrbeamten durchgeführt wurden. Die Kurse vermittelten nicht nur theoretisches Wissen, sondern waren darauf ausgerichtet, daß die Mannschaft das Fahr- und Bremsverhalten der Fahrzeuge kennenlernt sowie praktische Erfahrungen speziell mit den neuen Hydraulikgeräten sammelt. Zu diesem Zweck hat die MA 48 Autowracks zur Verfügung gestellt, die zerschnitten und zerlegt werden konnten. Für das Fahrzeug selbst sowie für sämtliche Geräte haben die Fachreferenten umfangreiche Dienstabweisungen und Lehrbehelfe ausgearbeitet.

Für Feuerwehreinsatzboote wurde ein Standschiff entwickelt und projektiert. Dieses Standschiff, das die Form eines U hat und 28 x 18 m groß ist, wird mit einer Tankstelle, einer Krananlage und einer Batterieladestation ausgerüstet. Mit dem Bau dieser Anlage wurde im Herbst 1987 begonnen. Die Gesamtkosten wurden mit 9,7 Millionen Schilling veranschlagt.

Der Wasserdienst und die entsprechende Aus- und Weiterbildung hat bei der Wiener Feuerwehr besondere Bedeutung: So waren 1987 bei 99 Taucheinsätzen insgesamt 420 Einsatzstunden zu leisten. Im Rahmen der Aufnahmeprüfung in die Abteilung wurden 300 Mann auf ihre Schwimm- und Tauchgrundkenntnisse überprüft. Rund 90 Prozent der Prüflinge konnten diese Prüfung positiv abschließen. In den beiden Wasserdienstkursen wurden 72 Beamte in insgesamt 464 Theorieausbildungseinheiten und 600 praktischen Ausbildungseinheiten geschult, wobei sämtliche Kursteilnehmer das Ausbildungsziel erreicht haben. Die Richtlinien des österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes, die seit 1986 eingeführt sind, bilden die Basis für die Tauchausbildung. 12 Beamte nahmen an dieser Spezialausbildung für Feuerwehrtaucher teil, jedoch beendeten aufgrund der hohen Anforderungen nur 7 Feuerwehrmänner den Kurs positiv. Weiters ist es wegen der Überdruckbauweise, die bei den U-Bahn-Baustellen angewendet wird, notwendig geworden, für Einsätze jederzeit eine schlagkräftige Einsatztruppe zur Verfügung zu haben. Für diesen Zweck wurden 550 Feuerwehrangehörige einer aufwendigen und kostenintensiven Untersuchung auf Drucktauglichkeit zugeführt. An 40 Übungen im Überdruckbereich nahmen 140 Beamte teil. Das hohe Ausbildungsniveau der Bediensteten der Abteilung im Wasserdienst läßt sich daran ermessen, daß über Ersuchen der Bundespolizeidirektion Wien 48 Beamte der Alarmabteilung Aus- und Fortbildungskurse bei der Feuerwehr absolvierten. Für Angehörige der DDSG wurden 1987 Kurse abgehalten, in denen sie im Umgang mit Rettungs-Ruderzillen instruiert wurden. Wie hoch das Ausbildungsniveau der Führungskräfte der Wiener Feuerwehr bundesweit eingeschätzt wird, geht aus der Tatsache hervor, daß alle übrigen Berufsfeuerwehren Österreichs, sowie einige Landesfeuerwehrkommanden ihre zukünftigen Einsatzleiter die Ausbildung zum Feuerwehroffizier in Wien absolvieren lassen. So wurden 1987 sieben derartige Ausbildungslehrgänge durchgeführt, des weiteren 13 Volontäre verschiedener Landesfeuerwehrverbände betreut. Für insgesamt 16 Angehörige niederösterreichischer Freiwilliger Feuerwehren wurden zwei Kurzlehrgänge für Drehleitermaschinisten abgehalten.

Das Planbüro der Feuerwehr hat 1987 Spezialpläne für die Lagerhallen des Franz-Josef-Bahnhofs, den Neubau des AKH sowie für das Wilhelminenspital erarbeitet. Dieses Planmaterial ist erforderlich, um Einsätze in diesen Objekten rasch und zielstrebig durchführen zu können.

Auf baulichem Gebiet wurde im Rahmen des neuen Generalsanierungskonzeptes mit der grundlegenden Reparatur und Sanierung von Feuerwachen begonnen. Für dieses Vorhaben standen 28,4 Millionen Schilling zur Verfügung. Mit diesen Mitteln wurden die Arbeiten an der Hauptfeuerwache „Döbling“, die 1986 begonnen wurden, abgeschlossen und die entsprechenden Arbeiten in den Feuerwachen „Steinhof“ und „Kahlenbergerdorf“ in Angriff genommen. Beide Wachen werden voraussichtlich im Frühjahr 1988 von den Wachebesetzungen wieder bezogen werden können. In den Hauptfeuerwachen „Favoriten“ und „Hernals“ wurde die Sanierung der Fahrzeughallen und der Übungshöfe eingeleitet. Die Fertigstellung dieser Arbeiten ist für das Frühjahr 1988 geplant. Der Übungshof der Hauptfeuerwache „Leopoldstadt“ war in den letzten Jahren infolge eines Kanalgabrechens bei starken oder länger andauernden Regenfällen immer wieder überflutet, so daß in diesem Bereich die Kanalisation komplett erneuert werden mußte. In der Hauptfeuerwache „Mariahilf“ wurde die völlig desolate und nicht mehr den hygienischen Anforderungen entsprechende Küche umgebaut und mit neuen, in rostfreiem Stahl ausgeführten Möbeln und Geräten eingerichtet. Viele Neuerungen baulicher und einrichtungsmäßiger Art in den Feuerwachen ist nur dadurch möglich gewesen, daß die Feuerwehrbeamten die Arbeiten in Eigenregie durchgeführt haben.

Nach Fertigstellung der baulichen Arbeiten wurde die neue Nachrichtenzentrale nach Entwürfen von Architekten mit den erforderlichen Möbel und Einrichtungsgegenständen ausgestattet. Ebenso wurde der neue Wählerraum im 1. Keller der Zentralfeuerwache so weit ausgebaut, daß im Frühjahr 1988 mit der Installation der nachrichtentechnischen Anlagen begonnen werden kann. Im Zuge der Erneuerung der Nachrichtenanlagen wurden in den Hauptfeuerwachen „Leopoldstadt“, „Favoriten“, „Mariahilf“, „Hernals“ und „Floridsdorf“ sowie in den Zugwachen „Landstraße“ und „Simmering“ die neuen Telefonanlagen in Betrieb genommen. In einigen Wachen wurden die Verstärker-, Fernwirk- und Batterieanlagen angeliefert, Funkmaste und Antennenanlagen montiert und ein Teil der Fahrzeugfunkgeräte für Datenfunk ausgerüstet. Dieser Datenfunk gibt über Knopfdruck dem Einsatzleiterschreiber in der neuen Nachrichtenzentrale bekannt, wann ein Fahrzeug an einer Einsatzstelle angekommen und wann ein Einsatz beendet ist, so daß die Beamten in der Nachrichtenzentrale wissen, daß das betreffende Löschfahrzeug wieder



für den nächsten Einsatz verfügbar ist. Für einen reibungslosen und vor allem sicheren Betrieb ist es notwendig, ein eigenes Kabelnetz, das alle Feuerwachen miteinander verbindet, zu betreiben. Dieses Kabelnetz wurde 1987 um 16 km erweitert, so daß es nunmehr eine Gesamtlänge von über 200 km hat. Es wird vom feuerwehreigenen Nachrichtenbau rund um die Uhr gewartet und betreut. Nach Kabelrissen, die durch Aufgrabungsarbeiten entstanden sind, sowie für Zwecke der Umschaltung mußten 40 Kabelspießungen vorgenommen werden.

Die Vorbereitungen für die neue Nachrichtenzentrale liefen auch in organisatorischer Hinsicht auf vollen Touren. Es wurden die Straßen-, Kreuzungs-, Objekt- und Brandmelderdateien überprüft, auf den neuesten Stand gebracht und so aufbereitet, daß sie nach Fertigstellung der neuen Anlagen sofort in den Einsatzleitreechner übernommen werden können. Dies gilt auch für die Unterlagen von Betrieben, die gefährliche Güter produzieren oder lagern, sowie für die allgemeinen Verständigungs- und Telefonverzeichnisse. Auch diese wurden auf den neuesten Stand gebracht und für die Datenverarbeitung aufbereitet. Damit für den Einsatz im Katastrophenfall nicht nur die technischen, sondern auch die organisatorischen Voraussetzungen gegeben sind, wurden gemäß den Bestimmungen des Wiener Katastrophenhilfegesetzes sowohl die Unterlagen der Katastrophenhilfe der Stadt Wien als auch der einsatzbereite Zustand der im Bereich der Stadt Wien befindlichen Einrichtungen überprüft und auf dem aktuellen Stand gehalten. Für den Bereich der Abteilung wurde der K-Vorsorgeplan als überarbeiteter Entwurf in der Abteilung zur Diskussion gestellt und die von den einzelnen Offizieren abgegebenen Stellungnahmen, soweit wie möglich, in den Plan eingearbeitet. An alle Hauptwachen wurden ferner Mappen mit Unterlagen für den Katastropheneinsatz ausgegeben, die eine Übersicht über eingesetzte Fahrzeuge, eingesetztes Personal, Ablösen usw. geben. Für die Bevölkerung sind die spektakulären Einsätze der Wiener Feuerwehr augenfällig, nicht so greifbar sind die Lehren und die Erfahrungen, die aus den Einsätzen gezogen werden. Sie haben für den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung Bedeutung, da dieses Wissen auf dem Gebiet des „Vorbeugenden Brandschutzes“ eingebracht wird.

Im Zuge der wachsenden Integration in die EWG soll es zum Abbau von Handelsbarrieren auch für technische Geräte kommen. Verschiedene Fachgremien, Normungsausschüsse und der ÖVE untersuchen derzeit, wie dieser Annäherungsprozeß unter Wahrung des in Österreich gegebenen hohen Sicherheitsstandards vonstatten gehen kann. Die Abteilung stellte hierzu einen brandschutztechnischen Sachverständigen zur Verfügung, der insbesondere den Standpunkt der Feuerwehren vertritt. Des weiteren arbeiteten Sachverständige der Feuerwehr an der Erstellung einer neuen Verordnung für die Lagerung brennbarer Flüssigkeiten in gewerblichen Betriebsanlagen mit. Im Jahre 1987 kam es zu einem Abschluß der Besprechungen. Mit den Dienststellen der Baupolizei wurde wegen der Vereinheitlichung von brandschutztechnischen Anforderungen sowohl bei konkreten Bauvorhaben als auch im Zulassungsverfahren für Baustoffe und Bauteile die Zusammenarbeit intensiviert. Durch die Anpassung der gesetzlichen Regelungen für das Rauchfangkehrerwesen an die tatsächlichen Erfordernisse des Brand- und Umweltschutzes im Jahre 1985 wurde die Kontrolltätigkeit der Rauchfangkehrer Wiens wesentlich verbessert. Dadurch kam es zu einer enormen Zunahme der Zahl an Übelstandsmeldungen, bescheidmäßigen Heizverboten sowie Instandsetzungsaufträgen für Feuerungsanlagen. Die Zahl der Akten, die zu erledigen waren, stieg gegenüber 1985 auf das Zehnfache. In Büroverhandlungen mit der MD-VR und der MD-ADV wurden die verfassungsrechtliche Seite und die praktische Vorgangsweise beim Verhängen von Heizverboten gemäß § 112 der Bauordnung für Wien oder gemäß § 15 Abs. 7 des Wiener Feuerpolizeigesetzes erörtert und versucht, Rechtsunsicherheiten bei der Handhabung auszuräumen und gleichzeitig für die Betroffenen eine Beschleunigung des Verwaltungsverfahrens zu erreichen.

Im Jahre 1987 wurde im Rahmen des österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes und der österreichischen Brandverhütungsstellen mit der Ausarbeitung einer „Technischen Richtlinie — Vorbeugender Brandschutz“ für Garagen begonnen. Diese technische Richtlinie soll in weiterer Folge als brandschutztechnische Grundlage für eine Novellierung des Wiener Garagengesetzes herangezogen werden. Wie in den Vorjahren arbeiteten Brandschutzsachverständige der Abteilung an der Erstellung von brandschutztechnischen Normen in mehreren ÖNORM-Ausschüssen mit. Besonders zu nennen ist die Mitarbeit an der ÖNORM B 3800 „Brandverhalten von Bauteilen“, ÖNORM B 3810 „Brandverhalten von Bodenbelägen“, ÖNORM S 1455 „Brennverhalten von Textilien“ sowie an der ÖNORM B 3822 „Brandverhalten von Dekorationsartikeln“. Weitergeführt wurde die gutachtliche Tätigkeit bei mehreren Großbauvorhaben, und zwar beim U-Bahn-Bau, beim Neubau des AKH, für das unter Federführung der Abteilung eine eigene Betriebsfeuerwehr aufgebaut und ausgebildet wird, ferner beim Sozialmedizinischen Krankenhaus Ost, bei zahlreichen Hotelgroßbauten sowie bei der Erneuerung und dem Ausbau der Wiener Museen.

Im Zuge der Umstellung der kalorischen Kraftwerke der Wiener Stadtwerke auf schadstoffarmen Betrieb wurde für das Kraftwerk Donaustadt in enger Zusammenarbeit mit dem Betreiber ein umfassendes Sicherheitskonzept erarbeitet; die im Kraftwerk eingebaute Entstickungsanlage läuft zufriedenstellend im Probetrieb. Weiters soll auch das Gasturbinenkraftwerk Leopoldau mit Rauchgasreinigungsanlagen versehen und gleichzeitig als Kraft-Wärme-Kupplung-Kraftwerk zur Fernwärmeversorgung der angrenzenden Bezirke ausgebaut werden. Im Kraftwerk Simmering beabsichtigt man, einen neuen Block speziell für die Verfeuerung sonst nicht verwendbarer schwefelreicher Heizöle zu errichten. Für beide Projekte wurden von einem Sachverständigen der Feuerwehr die sicherheitstechnischen Rahmenbedingungen erarbeitet und in den jeweiligen baubehördlichen Verfahren vorgeschrieben. Rauchgasanlagen wurden auch für die Entsorgungsbetriebe Simmering projektiert. Nach den Erfahrungen, die man aus dem Brand der Müllverbrennungsanlage Spittelau gezogen hat, wurde unter Beiziehung eines Amtssachverständigen der

Abteilung die Rauchwäsche so ausgestattet, daß bei Ausfall des Kühlsystems ein Notkühlsystem, das aus einem Tank besteht, wirksam wird und eine Umleitung der Abgase auf Metallrauchgaszüge erfolgt. Im Falle eines Brandes sorgt eine eigene Sprühflutanlage für einen raschen Löscherfolg.

Sämtliche Spielstätten, auf die die Richtlinien des Wiener Veranstaltungsgesetzes anzuwenden sind und in denen Organe der Abteilung einen Brandsicherheitswachdienst versehen, wurden begangen, um einerseits den Kontakt mit dem verantwortlichen Hauspersonal zu pflegen und es auf ortsspezifische Gefahrenmomente aufmerksam zu machen und um andererseits die notwendige Kompetenz für eine zielführende Zusammenarbeit zwischen den Kräften der Abteilung und der Veranstalter bzw. der Hausverwaltungen festzulegen.

In Zusammenarbeit mit dem Wiener Landesfeuerwehrverband, dem Wirtschaftsförderungsinstitut Wien und der MD-VA wurden 5 dreitägige und 5 zweitägige Seminare für Brandschutzbeauftragte abgehalten. Insgesamt 357 Personen wurden ausgebildet.

Der Stand der Betriebsfeuerwehren hat sich im Jahre 1987 von 38 auf 41 erhöht. Damit ist ein Stand von insgesamt 1.090 Mann gegeben, die im Berichtsjahr 222 Einsätze durchführten.

Im folgenden werden Berichte über die größten und gefährlichsten Einsätze im Jahre 1987 gebracht, die die Arbeit und Schlagkraft der Feuerwehr verdeutlichen:

Bei Ankunft der Löschbereitschaft „Zentrale“ waren am 19. Februar augenscheinlich der ebenerdige Ausstellungsraum und das Stiegenhaus in 1, Mahlerstraße 8, von Rauch erfüllt. Die Stromversorgung war laut Auskunft des Portiers, der den Alarm ausgelöst hatte, bereits ausgefallen. Personen befanden sich nach seinen Angaben nicht mehr im Gebäude. Von mehreren anwesenden Firmenangehörigen wurde vermutet, daß der Brand im 1. Stock im Bereich des Hauses Kärntnerring 7 ausgebrochen ist. Über das Stiegenhaus in 1, Mahlerstraße 8, wurde ein Rohr im Innenangriff vorgenommen. Während der Vorbereitung hat ein anwesender Polizist gemeldet, daß sich vermutlich eine vom Rauch und Brand eingeschlossene Person im 6. Stock des angrenzenden Gebäudes 1, Kärntnerring 5, befindet. Daraufhin wurde eine Löschgruppe unter Atemschutz zur Rettung dieser Person eingesetzt. Kurze Zeit später stand das komplette erste Geschoß des Steyr-Daimler-Puch-Hauses in Vollbrand. Es wurde Alarmstufe 2 ausgelöst, gleichzeitig zwei weitere Rohre in das 5. und 6. Stockwerk vorgenommen und alle restlichen Stockwerke nach Personen durchsucht, wobei Türen zum Teil gewaltsam geöffnet werden mußten.

Aus unbekannter Ursache war es am 15. Mai in der rund 60x30 m großen und 30 m hohen in Stahlkonstruktion ausgeführten Maschinenhalle der Heizbetriebe Wien in 9, Spittelauerlände 45, zu einem Brand gekommen. Beim Eintreffen der Löschbereitschaft „Döbling“ stand nahezu die gesamte Dachfläche im Ausmaß von 5.400 m<sup>2</sup> in Vollbrand. Arbeiter, die zur Zeit des Brandausbruchs mit dem Reinigen von Kesseln beschäftigt waren, teilten mit, daß nach einer Explosion oder Verpuffung im Bereich des Daches sich der Brand rasch ausgebreitet hatte. Das Gebäude war bereits vor dem Eintreffen der Löschkräfte von allen Personen geräumt worden. Durch den massiven und gezielten Einsatz von zwei Wasserwerfern, vier Wendestrahldrehleitern über Drehleitern, einem Ringmotor, einem B- und 10 C-Rohren konnte der Brand innerhalb kurzer Zeit niedergekämpft werden. Nach etwa zwei Stunden war er vollkommen lokalisiert. Eine Ausbreitung des Brandes auf den direkt angebauten Vordertrakt sowie auf Nachbarobjekte konnte verhindert werden. Der Vollbrand, der zu diesem Zeitpunkt bereits mehrere Geschoße erfaßt hat, wurde von den inzwischen eingetroffenen Löschbereitschaften „Leopoldstadt“, „Mariahilf“, „Hernals“, „Döbling“ und „Floridsdorf“ im Innen- und Außenangriff mit Unterstützung von Drehleitern und Großstankfahrzeugen bekämpft. Durch den raschen und massiven Einsatz aller sechs Löschbereitschaften gelang es, die Brandintensität zu brechen und eine Ausbreitung auf Nachbarobjekte zu verhindern. „Brand bis auf Glutnester aus“ konnte um 3.37 Uhr gemeldet werden. Durch Verpuffungen im Bereich des 4. Stockwerkes erlitten neun Feuerwehrbeamte zum Teil schwere Verletzungen. Als Brandursache wurde von den Experten des Innenministeriums eindeutig Brandlegung ermittelt.

Auf der Höhe von km 12,6 ist im Bereich des linken Ufers der Neuen Donau ein rund 500 m<sup>2</sup> großer Schwimmponton mit einem Restaurationsaufbau verheftet. Die tragende Konstruktion des Pontons besteht uferseitig aus fünf Stahlschwimmkörpern, der Rest aus Styroporschwimmkörpern. Am 23. Juni hatten sich infolge eines Stromausfalls fast alle Gäste des Lokals, etwa 300 bis 400 Personen, auf die uferseitige Pontonanlage und den Steg begeben. Durch die einseitige Belastung und einen offenstehenden Domdeckel eines Schwimmkörpers war es zu einer Überflutung des Bodens im Restaurant gekommen. Da die restlichen vier Schwimmkörper nicht dicht verschraubt waren, fluteten auch diese, wodurch die gesamte Pontonanlage zu sinken drohte. In der Folge haben Feuerwehrtaucher alle Schwimmkörper auf Undichtheiten untersucht, eine Schottkammer wurde mit einer großen Unterwasserpumpe gelenzt. In der Zwischenzeit war auch Wasser in das Hauptschott eingedrungen. Aus diesem Grund wurde das gesamte Ponton mit zwei Kranfahrzeugen gesichert und leicht angehoben, so daß alle Domdeckel über die Wasserlinie zu liegen gebracht wurden. Anschließend konnten alle fünf Schotts mit Unterwasserpumpen ausgepumpt werden. Wegen starken Funkenflugs wurden die Geleise der naheliegenden U-Bahn und ÖBB für den Verkehr gesperrt. Zwei Löschgruppen mußten im Bereich des U-Bahn-Betriebsbahnhofes „Wasserleitungswiese“ zur Bekämpfung kleiner Sekundärbrände, die durch geschmolzene Lichtkuppeln der Reparaturhalle und brennendes Isoliermaterial am Gleiskörper entstanden waren, eingesetzt werden.

Vermutlich durch ein eingeschaltetes Elektrogerät im Bereich der Kochnische der Wohnung in 22, Rennbahnweg 27/9/5/29, war es am 26. Juli zu einem Brand gekommen. Beim Eintreffen der Feuerwehr schlugen die Flammen aus der straßenseitig gelegenen Loggia. Die Wohnungstür wurde gewaltsam geöffnet und der Brand mit einem Rohr unter Atemschutz gelöscht. Gleichzeitig mußten auch Löscharbeiten in der darüberliegenden Wohnung eingeleitet werden, da die Flammen bereits die Holzverkleidung des Balkons in Brand gesteckt hatten und auch die Fenster zum Wohnzimmer zerstört waren. Nach umfangreichen Untersuchungen und Ausräumarbeiten wurden die Fenster der Wohnungen mit Plastikplanen provisorisch verschlossen. Da die Wohnung nicht zu benützen war, hat die Bezirksvorstehung gemeinsam mit dem Büro für Sofortmaßnahmen entsprechende Unterbringungsmöglichkeiten angeboten. Die Betroffenen konnten jedoch bei Verwandten unterkommen.

In einem ebenerdig gelegenen Drogeriegeschäft in 1, Führichgasse 1, war am 31. August ein Brand ausgebrochen, der so weit fortgeschritten war, daß die Flammen auf der gesamten Front des Geschäftes herausschlugen. Dabei drohte der Brand auf das darüberliegende Restaurant überzugreifen. Aus diesem Grund wurde Alarmstufe 2 ausgelöst. Der Brand wurde mit zwei Rohren im Außenangriff gelöscht, gleichzeitig von einem Atemschutztrupp das Stiegenhaus kontrolliert. Anschließend mußten sämtliche Räume des angrenzenden Hotels Astoria überprüft und gelüftet werden. Der Brand im darüberliegenden Restaurant wurde mit einem Rohr von der Drehleiter aus gelöscht. Nach Beendigung der Untersuchungen, die von der Kriminalpolizei vorgenommen wurden, mußten die gesprungenen und geborstenen Scheiben ausgeglast und Aufräumarbeiten durchgeführt werden.

Aus unbekannter Ursache geriet am 7. September eine Lagerhalle der Reparaturwerkstätte für Kraftfahrzeuge in 3, Rennweg 114, in Vollbrand. Aufgrund der Situation wurde vom anwesenden Bereitschaftsoffizier Alarmstufe 2 ausgelöst. Der Brand wurde von beiden Löschbereitschaften mit insgesamt sechs Rohren unter Atemschutz gelöscht. Als Unterstützung wurde ein Großtankfahrzeug eingesetzt. In der Zeit des Feuerwehreinsatzes mußte der Schnellbahnverkehr eingestellt werden. Nach Beendigung der Löscharbeiten hatte die Feuerwehr umfangreiche bauliche Abtragungs- und Sicherungsarbeiten an der Lagerhalle durchzuführen.

Im Zuge von Bauarbeiten waren am 18. November um 13.30 Uhr das rund 50 m<sup>2</sup> große, dreistöckige Hofgebäude in 15, Schweglerstraße 20, komplett eingestürzt. Da nicht sicher festgestellt werden konnte, ob alle Arbeiter die Baustelle verlassen hatten, wurde begonnen, händisch den Schuttkegel abzutragen, in weiterer Folge wurde auch ein Radlader eingesetzt. Gleichzeitig wurde der Vordertrakt des Gebäudes evakuiert und eine 90jährige gehbehinderte Frau dem Rettungsdienst zur Pflege übergeben. Das Büro für Sofortmaßnahmen hat für 15 evakuierte Personen Ersatzquartiere beschafft. Um 19.00 Uhr konnte noch immer nicht eindeutig gesagt werden, ob Arbeiter vermißt wurden. Aus diesem Grund wurde die Suche fortgesetzt und die Grabungsarbeiten mit Suchhunden durchgeführt. Bis zur Einstellung der Grabungsarbeiten um 3.32 Uhr konnten jedoch keine Personen gefunden werden. In der Zeit des Einsatzes war die Schweglerstraße für den gesamten Verkehr gesperrt.